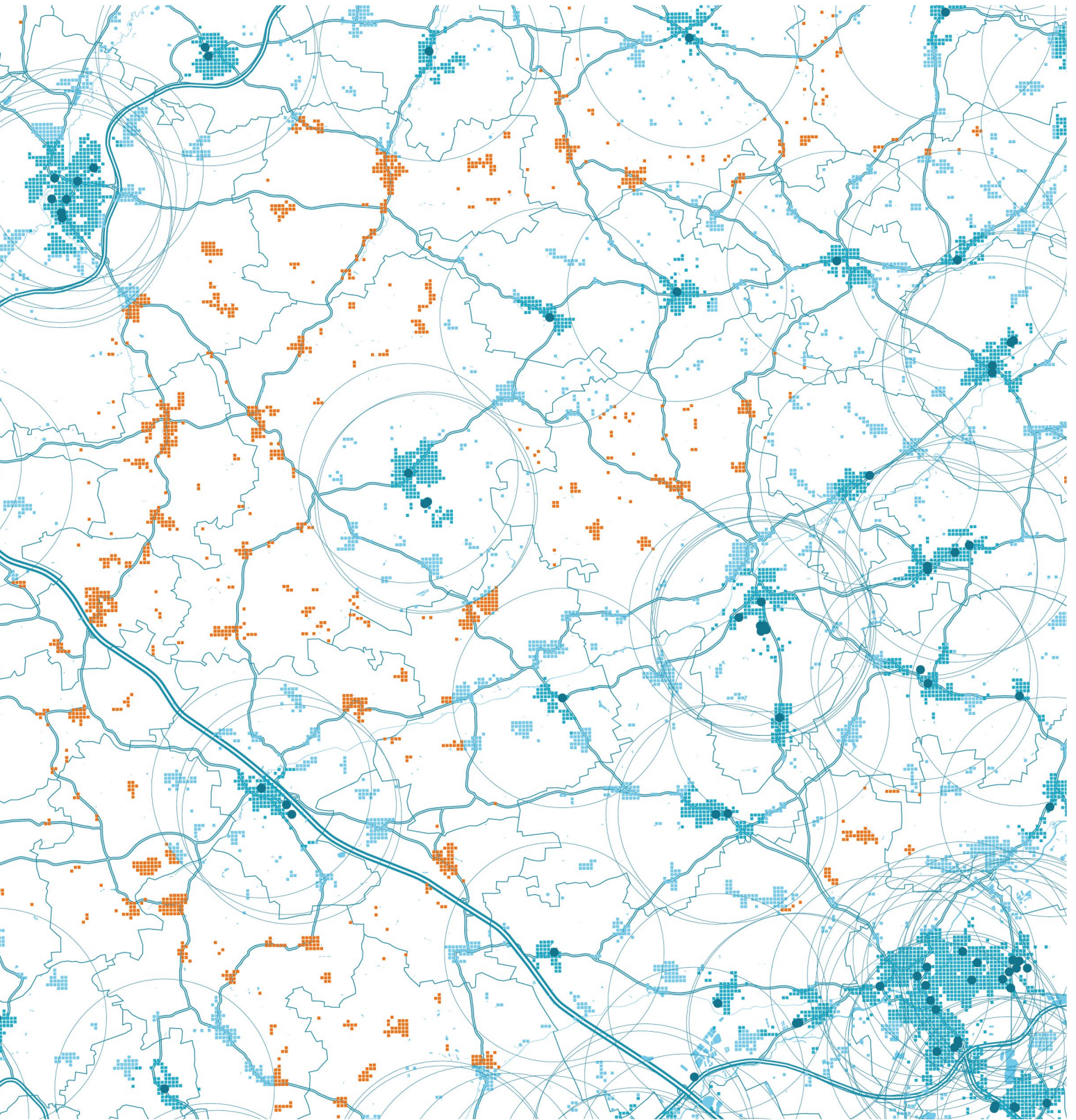


Alltagsversorgung im ländlichen Raum



Technische Universität München
LEHRSTUHL FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG VON STADT UND LAND

Universität Bayreuth
ABTEILUNG FÜR STADT- UND REGIONALENTWICKLUNG



Impressum

Alltagsversorgung im ländlichen Raum –
Schlussbericht zum Projekt Stadt und Land Partnerschaften
©2020

Technische Universität München
Arcisstrasse 21
D-80333 München

sustainable urbanism
Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land
Prof. Dipl. Arch. ETH Mark Michaeli
Tel +49 89 289 22486
michaeli@tum.de
www.ar.tum.de/land/

Denise Ehrhardt, M.Sc.
Projektleitung
Tel +49 89 289 25014
denise.ehrhardt@tum.de

Universität Bayreuth
Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung

Prof. Dr. Manfred Miosga
Tel +49 921 55 2280
manfred.miosga@uni-bayreuth.de
www.stadtregion.uni-bayreuth.de

Daniela Boß, M.Sc. Geogr.
Tel +49 921 55 4695
daniela.boss@uni-bayreuth.de

Mitarbeiter
Andy Westner, Franziska Odametey, Lena Jaeger
Hannah-Rabea Grübl

Auftraggeber
Ländliche Entwicklung Bayern
Bereich Zentrale Aufgaben
Abteilung Grundsatzfragen
Infanteriestr. 1
80797 München

Allgemeiner Hinweis
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet. Gemeint sind immer ausdrücklich Frauen und Männer.

Alltagsversorgung im ländlichen Raum

**Schlussbericht zum Projekt
Stadt und Land Partnerschaften**

1 Einführung	5
Motivation, Ziele und Fragestellungen im Projekt	6
Vorgehen im Projekt	9
Definitionen und Begriffsverwendungen	10
2 Baustein A: Raumwissen Bayern	13
Untersuchungsansatz Raumwissen Bayern	14
Ergebnisse räumliche Struktur der Alltagsversorgung in Bayern	22
Ergebnisse der Befragung zur Alltagsversorgung in 17 Vertiefungsräumen	38
Ergebnisse gegliedert nach Angebotsbereichen	50
Fazit Baustein A: Raumwissen Bayern	68
3 Baustein B: Trends und Akteure in der Alltagsversorgung	73
Ergebnisse Experteninterviews	74
Ergebnisse Workshop 1	78
Fazit Baustein B: Trends und Akteure in der Alltagsversorgung	80
4 Ableitungen und Handlungsfelder	83
Mitversorgung und Partnerschaften sind zentrale Themen	84
Lebensqualität, Soziales und Versorgung sind eng verknüpft	86
Raumwissen ist eine wichtige Grundlage	88
Handlungsfelder und Maßnahmen für die Ländliche Entwicklung in Bayern	91
5 Ausblick	99
6 Anhang	103
Abkürzungsverzeichnis	105
Abbildungsverzeichnis	106
Literaturverzeichnis	108
Verwendete Datensätze	111

1

Einführung

Die Sicherung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung in Bayern ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen wie auch der Staatsregierung. Gerade weniger mobile Bevölkerungsgruppen sind auf eine wohnortnahe Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs angewiesen. Seit Jahrzehnten finden jedoch Prozesse statt, die zu einer Ausdünnung des Versorgungsangebots in der Fläche führen, worunter die Qualität des Lebens im ländlichen Raum leidet.

Das vorliegende Projekt hat zum Ziel, die räumlichen Bedingungen für die Sicherung der Alltagsversorgung in Bayern zu untersuchen. Darauf aufbauend werden Empfehlungen und Handlungsmöglichkeiten abgeleitet, die zur Herstellung und Sicherung einer guten Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sowie zur Entwicklung besserer räumlicher Strukturen beitragen sollen.

Die Untersuchung ist in zwei Bausteinen aufgebaut. Baustein A: "Raumwissen Bayern" erarbeitet differenziertes Wissen zur räumlichen Struktur der Alltagsversorgung in Bayern. Baustein B: "Trends und Akteure in der Alltagsversorgung" identifiziert Treiber, die in verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung Einfluss auf die räumliche Verteilung von Angebotsstandorten haben. Abgeleitet aus den Ergebnissen der beiden Untersuchungsbausteine werden Handlungsfelder identifiziert, die zur Sicherung und Weiterentwicklung der Alltagsversorgung im Ländlichen Raum beitragen können. Abschließend wird die mögliche Rolle der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in der Alltagsversorgung diskutiert und Qualifizierungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten benannt.

1.1

Motivation, Ziele und Fragestellungen im Projekt

Die Erreichbarkeit von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ist eine grundlegende Bedingung für die Bewohnbarkeit des ländlichen Raums. Seit Jahrzehnten finden jedoch Prozesse statt, die zu einer schlechteren Versorgung in der Fläche führen, worunter die wohnortnahe Versorgung und damit die Attraktivität und Qualität des Lebens im ländlichen Raum leidet. Erklärt wird dieser Prozess mit dem Zusammenspiel aus verändertem Anbieter- und Nachfrageverhalten im privatwirtschaftlichen Bereich, bzw. mit Tragfähigkeitsproblemen bei staatlichen Angeboten aufgrund sich verändernder Bevölkerungsstruktur durch den demographischen Wandel (BMVBS 2010 und 2013a).

Aus Perspektive der Bevölkerung hat die Ausdünnung des Standortnetzes vielerorts zu einer schlechteren Erreichbarkeit der Versorgungsstandorte geführt. Die Reduktion der Standorte muss durch erhöhten Mobilitätsaufwand von Seiten der Bevölkerung kompensiert werden. Besonders problematisch stellt sich diese Entwicklung für weniger mobile Bevölkerungsgruppen dar, die für die Durchführung ihrer täglichen Routinen auf Unterstützung angewiesen sind oder nicht über einen eigenen PKW verfügen können oder wollen. Obwohl durch einen recht hohen Automobilitätsgrad für einen großen Teil der Bevölkerung der Zugang zu Versorgungsangeboten in Zentralen Orten gesichert ist, findet mit dem Verschwinden der lokalen Nahversorgung häufig ein Attraktivitätsverlust der betroffenen Orte als Wohnstandort statt, da die immanente Funktion des sozialen Austausches vor Ort sowie die Eigenschaft der Belebung des Ortskerns verloren gehen. Dieser zunächst recht weich erscheinende Faktor ist nicht zu unterschätzen, wenn es zum aktiven Siedlungsentscheid kommt: Besonders im ländlichen Raum sind in der Nutzerperspektive neben der rein funktionalen Versorgungsperspektive auch Fragen der sozialen Integration und langfristig gesicher-

ten Gestaltbarkeit eines als qualitativ voll wahrgenommen Lebens ausschlaggebend (Bertelsmann Stiftung 2017).

Für Kommunen wie auch die Staatsregierung gibt die Bayerische Verfassung mit dem darin festgelegten Staatsziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern einen klaren Handlungsauftrag vor. Sowohl auf Bundes- als auch Landesebene wurden in den letzten Jahren Kommissionen eingesetzt, die sich mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auseinandersetzen. In Bayern wurde in diesem Kontext das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen (Koppers et al. 2018) vorgelegt. Dabei wird die räumliche Erreichbarkeit von Angeboten und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs im Rahmen der Versorgungsgerechtigkeit als wichtiger Aspekt genannt. Zudem wird die Alltagsversorgung zunehmend zum Standortfaktor im ländlichen Raum, der im Kontext von demographischem Wandel und Bevölkerungsverlusten zusätzlich an Bedeutung gewinnt (Dehne 2013).

Als ein Ansatz, der zur langfristigen Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum beitragen soll, werden interkommunale Kooperationen und räumlich koordinierte Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und privatwirtschaftlichen Anbietern genannt (BMVI 2016; BMVBS 2013b). Durch die gemeinschaftliche Sicherung von Angeboten über kommunale Grenzen hinweg können z.B. Tragfähigkeitsprobleme reduziert und Kosten geteilt werden, oder gemeinsames Wissen und Fähigkeiten genutzt werden. Eine koordinierte Standortplanung kann zu einer besseren Erreichbarkeit aus der Region führen. Mit Programmen wie der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) und dem europäischen LEADER-Programm bestehen

Instrumente, die in Bayern vielfach in Anwendung sind und interkommunale Netzwerke etabliert haben. Obwohl sich die Kooperationen bislang nur selten mit dem Thema der Versorgung auf interkommunaler Ebene auseinandersetzen, kann hier ein Anknüpfungspunkt identifiziert werden, den es genauer zu betrachten gilt (Michaeli et al. 2016; Michaeli et al. 2018). Auch bei anderen Instrumenten und Fördermöglichkeiten der Ländlichen Entwicklung in Bayern besteht die Möglichkeit, Anknüpfungsmöglichkeiten für die Unterstützung der Versorgungssituation im ländlichen Raum zu finden. Dazu zählen z.B. die Dorferneuerung mit Bausteinen wie der Förderung von Kleinstunternehmen und der Vitalitäts-Check (ein datenbankgestütztes Analyseinstrument der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung).

Obwohl somit von staatlicher Seite sowohl Ziele, als auch Ansätze zur Sicherung der Alltagsversorgung formuliert und mit zahlreichen unterstützenden Programmen und anwendbaren planerischen Instrumenten hinterlegt sind, besteht dennoch Qualifizierungsbedarf, um den genannten Herausforderungen auch in Zukunft erfolgreich begegnen zu können. Faktoren wie die grundlegende Veränderung der Arbeit, steigende Wohn- und Arbeitsmobilität, verändertes Konsum- und Freizeitverhalten und nicht zuletzt die durch Digitalisierung vorangetriebene Veränderung der Alltagsgestaltung stellen im andauernden Transformationsprozess immer wieder die ausbalancierte Funktionalität des Systems in Frage. In diesem Kontext wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zunehmend nach aktualisiertem und fundiertem Raumwissen gefragt, welches komplementär zur Angebotsperspektive auch die sich dynamisch verändernde Nutzerperspektive integriert (ILS 2018). Eine sorgfältige Erfassung des Status Quo und darauf basierende, differenzierte Risiko- und Problembe-

schreibungen sind notwendig, um im konkreten Kontext maßgeschneiderte Lösungsansätze zu finden, die zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse führen können.

Die zunehmende Bedeutung des Raumwissens im Kontext der Versorgung wird zudem an der zuletzt stark steigenden Zahl der Studien mit großflächigem Raumbezug deutlich (Details siehe Stand der Forschung S. 16). Auf Basis von verbesserten Datengrundlagen und neuen technischen Möglichkeiten werden Untersuchungen zur Versorgungssituation in ganz Deutschland sowie in größeren Teilräumen durchgeführt. Obwohl die Bedeutung des spezifischen räumlichen Kontextes offensichtlich erscheint, erfolgt die Annäherung jedoch zumeist in stark vereinfachten statistischen Kategorien, wie sie beispielsweise in gängigen Gemeindetypologien national und international vorgegeben sind. Aufgrund dieser Aggregation auf administrativen Ebenen entfalten die Untersuchungen jedoch nicht die Aussagekraft, die auf Grundlage der fein aufgelösten Daten möglich wäre. Bislang wurde keine Arbeit vorgelegt, die über einen regionalen Kontext hinausreichend eine Betrachtung differenzierter räumlicher Muster in urbanen Verdichtungsbereichen genauso wie im ländlichen Raum durchführt.

Das vorliegende Projekt setzt an dieser Stelle an und erarbeitet in einem flächendeckenden Ansatz Wissen zur räumlichen Struktur der Alltagsversorgung in ganz Bayern. Zudem wird das Feld der Akteure, die in die Bereitstellung, Sicherung und räumliche Planung von Versorgungsangeboten involviert sind, untersucht. Folgende Ziele liegen der Untersuchung zugrunde:

Ziel A | Raumwissen zur Alltagsversorgung in Bayern aufbauen

Während sich Lebensstile in verschiedenen Regionen häufig ähneln, weisen die ländlichen Räume in Bayern doch sehr unterschiedliche Strukturen und Rahmenbedingungen für die alltägliche Versorgung auf, die es zu untersuchen gilt. Um gezielt zur Sicherung und Verbesserung der Versorgung in verschiedenen räumlichen Strukturen beitragen zu können, muss zunächst differenziertes Wissen aufgebaut werden, das über Einzelfallbetrachtungen hinausgeht.

Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

A1 | Wie bildet sich die räumliche Struktur der Alltagsversorgung in Bayern ab?

A2 | Welche Räume sind als kritisch in Hinblick auf die alltägliche Versorgung der Bevölkerung einzuschätzen und welche Eigenschaften und Merkmale weisen diese Räume auf?

A3 | Welche Rolle spielen Kooperationen und Partnerschaften in der Alltagsversorgung und wie ist die Alltagsversorgung in den bisherigen Strategien und Konzepten repräsentiert?

A4 | Wie kann besseres Raumwissen zur Sicherung der Alltagsversorgung in ländlichen Räumen beitragen?

Ziel B | Identifikation von Trends und Akteuren in der Alltagsversorgung

Der Baustein Trends und Akteure in der Alltagsversorgung identifiziert Treiber, die in verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung Einfluss auf deren räumliche Struktur

haben. Zudem sollen Rollen und Handlungsmöglichkeiten verschiedener Akteure im Bereich der Alltagsversorgung identifiziert werden.

Folgende Fragen sollen beantwortet werden:

B1 | Wer gestaltet im Bereich der Alltagsversorgung und wer hat welche Kompetenzen?

B2 | Welche Kräfte und Triebfedern wirken im Bereich der Alltagsversorgung?

B3 | Können Kooperationen oder Partnerschaften zu einer besseren Versorgung führen und wie müssten diese gestaltet werden?

Ziel C | Handlungsmöglichkeiten der Ländlichen Entwicklung in der Alltagsversorgung

Die Studie geht der zentralen Fragestellung nach, welche möglichen Rollen die Ländliche Entwicklung im Feld der Alltagsversorgung in Zukunft wahrnehmen kann und welche Voraussetzungen hierfür gegeben sein müssen. Dafür werden Anknüpfungspunkte sowie Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Instrumente benannt.

1.2

Vorgehen im Projekt

Das Projekt stützt sich auf zwei Untersuchungsbausteinen ab. Im ersten Baustein A: "Raumwissen Bayern" wird differenziertes Wissen zur räumlichen Struktur der Alltagsversorgung in Bayern erarbeitet. Der zweite Baustein B: "Trends und Akteure in der Alltagsversorgung" identifiziert Treiber, die in verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung Einfluss auf die räumliche Verteilung von Angebotsstandorten haben. Zudem werden Rollen und Handlungsmöglichkeiten verschiedener Akteure im Bereich der Alltagsversorgung identifiziert. Abgeleitet aus den Ergebnissen der beiden Untersuchungsbausteine werden Anknüpfungspunkte für die Ländliche Entwicklung im Feld der Alltagsversorgung identifiziert. Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich der Instrumente der Ländlichen Entwicklung werden benannt.

Im Baustein A: Raumwissen kommen zwei methodische Ansätze zum Einsatz, die sich ergänzen bzw. verschiedene Perspektiven auf die Thematik deutlich machen. Zunächst wird die Vogelperspektive eingenommen, indem flächendeckend für ganz Bayern eine GIS-basierte Untersuchung von Versorgungsstandorten und deren räumlichem Verhältnis zur Verteilung der Wohnbevölkerung durchgeführt

wird. Im zweiten Schritt werden nun die entstandenen Kartierungen aus der Nutzerperspektive gespiegelt. In 17 Vertiefungsräumen wird eine Online-Befragung zur Versorgung aus kommunaler Perspektive durchgeführt. Diese Perspektive bildet die Wahrnehmung der Versorgung aus dem Ort heraus ab.

Im Baustein B: Trends und Akteure in der Alltagsversorgung werden zunächst Experteninterviews mit Akteuren der Alltagsversorgung durchgeführt, um aktuelle Trends und Herausforderungen zu identifizieren. In einem ersten Workshop werden die Erkenntnisse der Experteninterviews vertieft.

Da das Projekt auf Ableitungen für die unterstützende Praxis der Ländlichen Entwicklung in Bayern zielt, werden die Untersuchungsergebnisse aus den beiden Bausteinen zusammengeführt und in einem zweiten Workshop mit Akteuren der Ländlichen Entwicklung in Bayern gespiegelt. Anknüpfungspunkte und Qualifizierungsmöglichkeiten für die Instrumente der Ländlichen Entwicklung werden diskutiert und durch das Forschungsteam für den vorliegenden Abschlussbericht weiterentwickelt.

Abb. 01 | Projektablauf: Zwei ergänzende Bausteine



1.3

Definitionen und Begriffsverwendungen

Im Kontext der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse spielt der Begriff der Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle (BBSR 2017, Bayerischer Landtag 2018). Allgemein werden dazu „Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht“ gezählt (Einig 2008). Die in dieser Definition nur summarisch erfassten Angebote sind in Deutschland jedoch weder einheitlich definiert, noch ist eine abschließende Definition aufgrund sich ändernder sozialer, gesellschaftlicher und politischer Ziele und Werte möglich (Steinführer 2015, Dehne 2013). Die Natur der Daseinsvorsorge als unbestimmter Rechtsbegriff bringt somit eine gewisse Gestaltungsfähigkeit und -notwendigkeit mit sich und ist keinesfalls in seinem Umfang und der Anwendung unumstritten (Holz-Rau et al. 2010).

Während in den meisten Fällen technische und soziale Infrastrukturen sowie Rettungs- und Katastrophendienste als staatlich zu gewährleistende Infrastrukturen genannt werden, werden in der Daseinsvorsorge privatwirtschaftlich organisierte Angebote wie z.B. die Versorgung mit Lebensmitteln oder anderen Dienstleistungen in der Regel ausgeklammert (Steinführer et al. 2012), weil hier von einer Bereitstellung eines marktgetriebenen Umfelds ausgegangen wurde oder wird. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade vor dem Hintergrund der Bereinigungsprozesse in der Standortstruktur im Lebensmitteleinzelhandel daher auch eine Zugliederung dieses Versorgungsbereichs zur Daseinsvorsorge debattiert wird.

Stellt man den Nutzer dieser Infrastrukturen in den Vordergrund, ändert sich die Einschätzung des Begriffes: Für die Bevölkerung sind all jene Bereiche der Daseinsvorsorge relevant, die „für die Gestaltung und Wiederherstellung von Alltag“ notwendig sind (Steinführer 2015). Die Verfügbarkeit dieser Angebote trägt wesentlich zur Lebensqualität in ländlichen Räumen bei. Während in der Diskussion um die Daseinsvorsorge eine durch die Politik definierte, planerische Perspektive dominant ist (ebd.), ergänzt die vorliegende Studie die Bewertung durch eine gestärkte Nutzerperspektive. Dieser Schritt kann durchaus zu abweichenden

Bewertungen der Leistungsfähigkeit einer Infrastruktur führen, dennoch ist er notwendig, um die Flächigkeit der Angebotsstruktur wissenschaftlich korrekt abbilden zu können.

Aus diesen Vorüberlegungen abgeleitet, und um Verwechslungen mit dem Begriff der Daseinsvorsorge zu vermeiden, verwendet der vorliegende Bericht den Begriff der Alltagsversorgung. Dieser wird im Rahmen des Projekts wie folgt definiert, um die Aspekte der Gestaltung des Alltags, individuelle Bedarfe und Lebenssituationen in den Vordergrund stellen zu können:

Angebote der Alltagsversorgung sind aus Perspektive der Bevölkerung für die Gestaltung des Alltags notwendige Dienstleistungen, Güter und Einrichtungen. Diese unterscheiden sich je nach Bedarf und Lebenssituation der betroffenen Person.

Im Rahmen der strukturellen Untersuchung werden, aufgrund der Datenverfügbarkeit nur die Bereiche Kindertagesbetreuung, Grundschulen, hausärztliche Versorgung und der Lebensmitteleinzelhandel (ohne Lebensmittelhandwerk) betrachtet. In der quantitativen und qualitativen Befragung sowie in den Workshops werden diese Bereiche wieder erweitert, da hier die Datenverfügbarkeit nicht berücksichtigt werden musste, und auch die Beiträge der Experten immer wieder auch Aspekte des täglichen und mittelfristigen Bedarfs abdeckten. Neben den in den strukturellen Untersuchungen berücksichtigten Themenfeldern werden nun Versorgungsaspekte wie ÖPNV & MIV, Lebensmitteleinzelhandel inkl. Lebensmittelhandwerk, Drogeriewaren und Apotheken mit in die Betrachtung eingebunden.

Somit können in den verschiedenen Untersuchungsschritten verschiedene Dimensionen der Alltagsversorgung beleuchtet werden, wobei der Fokus, gemäß der Definition von Alltagsversorgung im Rahmen des Projekts, vornehmlich auf dem täglichen Bedarf liegt.

Weitere für das Projekt relevante Definitionen und Begriffsverwendungen sind:

Kindertagesbetreuung

Als Einrichtungen der Kindertagesbetreuung werden im Projekt außerschulische Tageseinrichtungen zur regelmäßigen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern definiert. Darunter fallen Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder.

Hausärztliche Versorgung

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns definiert für die Bedarfsplanung vier Versorgungsebenen, in denen die hausärztliche Versorgung möglichst wohnortnah erfolgen soll. Diese wohnortnahe, gesundheitliche Primärversorgung steht im Fokus des Projektes. Die in der Studie durchgeführte strukturelle Untersuchung verwendet Daten, die der Fachgruppe der „Haus- und/oder kinderärztliche Versorgung“ zuzuordnen sind.

Grundschulen

Grundschulen umfassen laut Bayerischem Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Jahrgangsstufen 1 bis 4 und ist somit die gemeinsame Schule für die Sechs- bis Zehnjährigen. Das für die strukturelle Untersuchung verwendete Verzeichnis basiert auf dem vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gepflegten Adressbestand der Grundschulen.

Lebensmitteleinzelhandel (LEH)

- Supermärkte in allen Größen mit einem Vollsortiment, welches i.d.R. alle nahversorgungsrelevanten Warengruppen, mit Ausnahme von Arzneimitteln, ausschnittsweise anbietet
- Lebensmitteldiscounter mit einer im Vergleich zu Supermärkten geringeren Artikelanzahl
- Kleinflächenkonzepte / Kleinstversorger / Direktvertrieb mit Konzentration auf ausgewählte Lebensmittelsortimente auf kleiner Verkaufsfläche. Eventuell Non-Food-Artikel in sehr geringem Umfang. Gemäß der in der Studie verwendeten Datengrundlagen fallen in diese Kategorie alle Läden mit einer Verkaufsfläche unter 400 m².

Lebensmittelhandwerk

Das Lebensmittelhandwerk umfasst die gewerbliche Herstellung von Lebensmitteln und Getränken im nichtindustriellen Wirtschaftssektor. Es ist Bestandteil der Lebensmittelwirtschaft und umfasst die Bereiche Fleischereien, Bäckereien und Konditoreien.

2

Baustein A: Raumwissen Bayern

Im Baustein A: Raumwissen Bayern wird ein differenziertes Bild der räumlichen Struktur der Alltagsversorgung in Bayern erarbeitet. Der methodische Ansatz ermöglicht es, Räume mit potenziellen Defiziten in der Alltagsversorgung, flächendeckend für ganz Bayern, abzubilden. Neu ist dabei, dass die administrativen Einheiten zugunsten einer feiner aufgelösten, ortsteil- und raumstrukturbezogenen Bewertung zurückgestellt werden und dabei ein differenziertes, auch gemeindeübergreifendes Bild der Versorgungssituation entsteht.

Die Ergebnisse der räumlich-strukturellen Untersuchung werden einer quantitativen Online-Befragung in ausgewählten Vertiefungsräumen gegenübergestellt. Im Fokus steht die Einschätzung der Situation der Alltagsversorgung aus Sicht der befragten kommunalen Akteure.

Eine vergleichende Betrachtung der vier vertieft untersuchten Angebotsbereiche Lebensmitteleinzelhandel, Grundschulen, Kindertagesbetreuung und hausärztliche Versorgung zeigt Unterschiede in der räumlichen Planungs- und Betriebslogik und daraus resultierende unterschiedliche räumliche Muster und Problemlagen auf.

2.1

Untersuchungsansatz Raumwissen Bayern

Der allgemeine Sprachgebrauch lässt hinter dem Begriff „ländlicher Raum“ eine recht einheitliche Erscheinungsform vermuten. Jenseits von wenigen vergleichbaren Faktoren, beispielsweise typischen Einwohnerstärken der Gemeinden oder vereinheitlichten Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung stellt sich der ländliche Raum in Bayern vielfältig und in vielerlei Hinsicht sehr ausdifferenziert dar (Miosga 2015). Räume mit Bevölkerungswachstum treffen unmittelbar auf Räume mit rückläufigen Bevölkerungszahlen. Räume die in der Nähe von Ballungszentren liegen sind mit anderen Herausforderungen konfrontiert als periphere Räume. Die historisch gewachsene Siedlungsstruktur sowie Dorfformen und -lagen unterscheiden sich in Teilräumen Bayerns stark voneinander. Im südlichen Grenzgebiet entwickelt sich die Siedlungsstruktur gebündelt entlang der voralpinen Täler, im östlichen Teil Niederbayerns sind in disperser Anordnung zahlreiche Einzelhöfe und Weiler zu finden, während große Teile Unterfrankens durch Haufendörfer oder kleine Städte geprägt sind. Auch die Besiedlungsdichte variiert in den ländlichen Räumen Bayerns stark. Nicht zuletzt aufgrund dieser Vielfalt räumlicher Strukturmerkmale bestehen auch für die Alltagsversorgung je nach Region sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen.

Steht nun die Sicherung der Alltagsversorgung in ländlichen Räumen im Fokus, so muss zwingend Wissen über besondere räumliche Bedingungen auf verschiedenen Maßstabsebenen aufgebaut werden, um gezielt und effizient einen Beitrag zu leisten und gleichzeitig jedoch im jeweiligen Teilraum spezifisch zu agieren. Der Anwendungsfokus erfordert den Umgang mit zwei Typen von Wissen zum Raum: relativ einfach objektivierbarem Grundlagenwissen zu räumlichen Struktureigenschaften der Alltagsversorgung einerseits und andererseits ergänzendem anwendungsorientiertem Raumwissen.

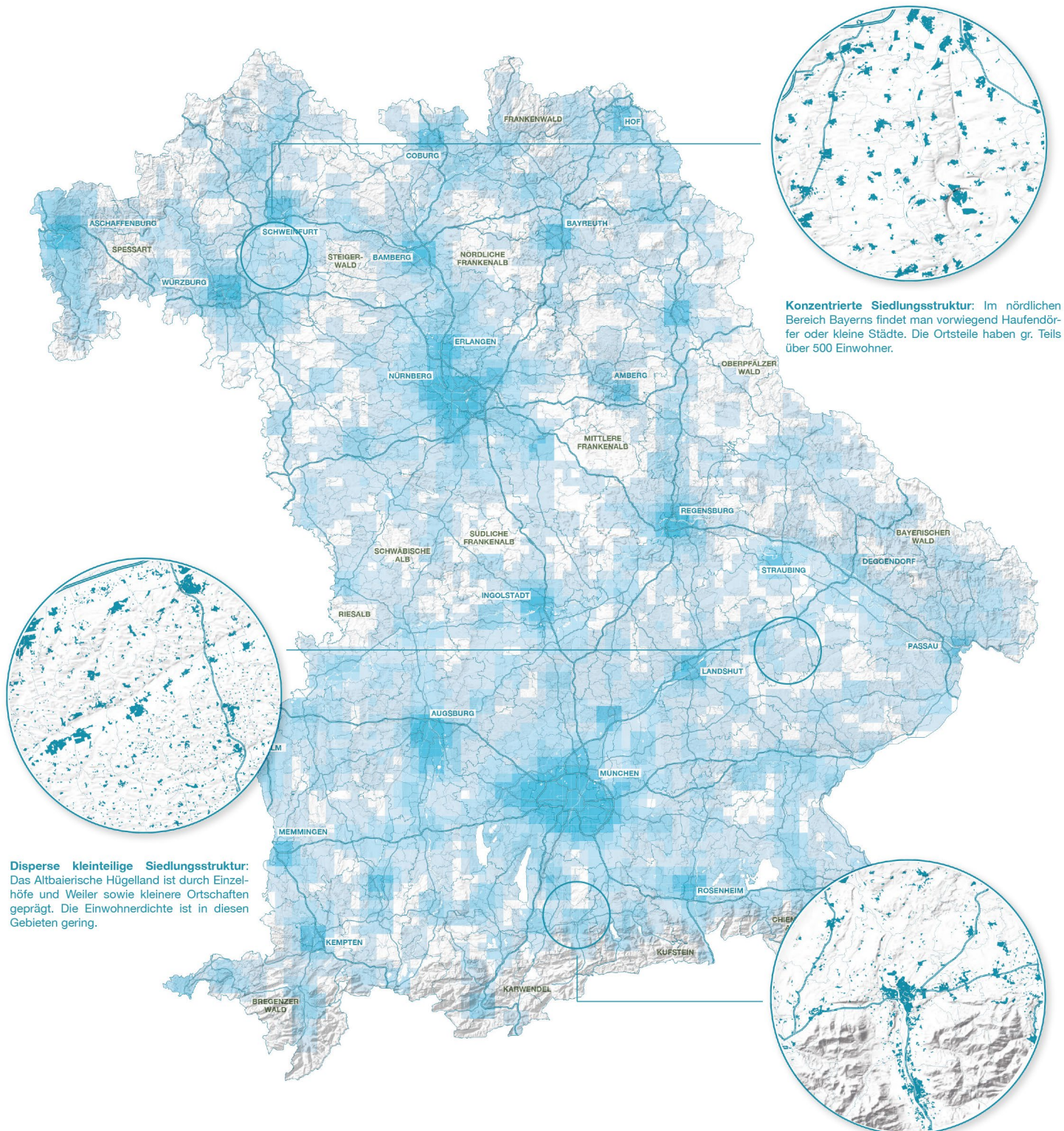
Anwendungsorientiertes Raumwissen hat im Kontext des Forschungsprojekts auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen Perspektiven Relevanz für das Funktionieren der Versorgungsinfrastruktur. Für die lokale

Bevölkerung stellt sich beispielsweise primär die Frage, ob die individuellen, alltäglichen Bedürfnisse in Wohnortnähe gedeckt werden können, oder ob andere Lösungen bei fehlender Wohnortnähe gefunden werden können. Für eine Kommune kann von Interesse sein, in welchen Ortsteilen besonders viele ältere Einwohner ohne direkten Zugang zu Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs leben, da z.B. gezielt für bessere öffentliche Anbindung gesorgt werden kann. Auf interkommunaler Ebene stellt sich die Frage, ob z.B. die Mitversorgung von Teilräumen einer Kommune durch Angebote in der Nachbarkommune besser organisiert werden kann, oder ob in bestimmten Angebotsbereichen Kooperationen angestrebt werden können. Regional bzw. bayernweit ist von Interesse, welche Räume als besonders kritisch in Hinsicht auf die Versorgung einzuschätzen sind, um z.B. gezielt unterstützen zu können. Zudem ist Wissen zur Entwicklung der Angebotsstruktur (Monitoring der räumlichen Verteilung von Angeboten) wertvoll, um Veränderungen und deren Auswirkungen entsprechend bewerten zu können. Die objektiven räumlichen Betrachtungen können eine wichtige Diskussionsgrundlage für Entscheidungsprozesse spielen.

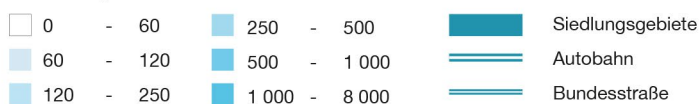
Gleichzeitig muss grundlegendes Wissen über die Struktur der Alltagsversorgung aufgebaut werden, um die Ergebnisse von vertiefenden Untersuchungen in Teilgebieten richtig einordnen zu können und Maßnahmen im Sinne der räumlichen Gerechtigkeit ausgleichend einsetzen zu können. Von Interesse ist z.B. welche räumlichen Strukturen und Rahmenbedingungen bestimmte Angebotsformen- und Verteilungen begünstigen oder unterbinden, welche räumlichen Bedingungen als besonders kritisch einzuschätzen sind oder ob wiederkehrende Muster in der räumlichen Struktur der Alltagsversorgung zu erkennen sind, die Hinweise auf mögliche Stabilisierungsansätze liefern können.

Abb. 02 | Raumstruktur in Bayern: Unterschiede in Siedlungsstruktur und Einwohnerdichte

Die Darstellung zeigt verschiedene Bevölkerungsdichten in einem Raster mit drei Kilometern Seitenlänge. Sichtbar werden kleinräumig differenzierte Unterschiede in der Dichte. Die Zoom-Ins zeigen verschiedene Beispiele der Vielfältigkeit der Siedlungsstruktur in Bayern.



Einwohner pro Quadratkilometer



M 1 : 2 000 000



Stand der Forschung

Empirische Studien zur Versorgungssituation blieben lange Zeit auf dünn besiedelte, periphere, ländliche Räume und räumlich recht begrenzte Fallbeispiele beschränkt (Steinführer et al. 2012) und nicht selten entlang Schwerpunktt Themen wie dem demografischen Wandel oder Schrumpfungsprozessen argumentiert. Aufgrund neuer technischer Möglichkeiten und Datenverfügbarkeiten werden jedoch zunehmend großflächige Untersuchungen zur Verfügbarkeit von Angeboten durchgeführt (Neumeier 2013 und 2014; BBSR 2015; BMVI 2015; ILS 2018; Ahlmeyer & Wittowsky 2018). Eine bundesweite Betrachtung der Erreichbarkeit verschiedener Einrichtungen der Nahversorgung legten erstmals Neumeier (2013 und 2014) und das BBSR (2015) vor. Basierend auf punktgenauen Standort- und Bevölkerungsdaten werden Differenzen in der Versorgungsqualität unterhalb der Gemeindeebene aufgezeigt. In der Auswertung werden die Ergebnisse allerdings wieder auf die Ebene der Stadt- und Gemeindetypen aggregiert. Der ländliche Raum (hier Gemeindetyp: Landgemeinden) wird damit weiterhin als einheitliche Kategorie betrachtet. Die kleinräumigen Differenzierungen, die in den Kartierungen der Studie sichtbar werden, werden in diesem methodischen Ansatz kaum adäquat reflektiert.

Einen wichtigen Schritt hin zu einer in der Planungsanwendung operationalisierbaren Bewertung der Gliederung der Siedlungsstruktur macht eine Untersuchung des BMVI (2015) in fünf Flächenkreisen Thüringens. Im Fokus steht die Sicherung der Daseinsvorsorge durch verbesserte ÖPNV-Lösungen auf regionaler Ebene. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass trotz der Qualifikation eines Regionalnetzes für 37 % der Bevölkerung in der Region keine ausreichende Erreichbarkeit von Versorgungsangeboten hergestellt werden kann. Betroffen sind davon mehrheitlich ländliche Teilräume mit flächig ausgebildeter Siedlungsstruktur.

Für die Region Göttingen wurde zeitlich zum vorliegenden Forschungsprojekt ein anwendungsorientierter Ansatz entwickelt. Der Daseinsvorsorgeatlas Göttingen (ILS 2018) beschäftigt sich ebenfalls auf Basis fein aufgelöster Daten mit der Verteilung und Erreichbarkeit von Standorten der Daseinsvorsorge. Im Zuschnitt des Landkreises werden Kartierungen für die Erreichbarkeit von Standorten mit verschiedenen Verkehrsmitteln erstellt. Die Auseinandersetzung erreicht aufgrund der verwendeten Methode für den Landkreis einen sehr hohen Auflösungsgrad, macht jedoch keine Aussagen über strukturelle Unterschiede. Aufbauend auf der Studie in Göttingen soll nun ein digitaler Daseinsvorsorgeatlas für ganz Niedersachsen entstehen, der es Fachplanern ermöglicht, Analysen und Auswertungen zur Versorgung zu machen.

Die nachfolgende strukturelle Untersuchung knüpft methodisch an die zwei oben genannten Ansätze des BBSR (2015) und des BMVI (2015) an. Der Fokus liegt auf der Auswertung räumlicher Muster auf verschiedenen Maßstabsebenen. Wichtiges Element des Vorgehens ist dabei die feine Auflösung der Daten, die eine Betrachtung unterhalb der Gemeindeebene ermöglicht. Der GIS-basierten Modellierung und Auswertung werden Befragungen und Expertenworkshops mit dem Aspekt der Problemwahrnehmung und der Herstellung der Handlungsfähigkeit gespiegelt. Damit wird der Grundstein für die Verbindung zwischen neuem Raumwissen und qualifizierten Raumstrategien gelegt, die für die Bewältigung der Herausforderung in der Praxis wichtig sind.

Methodik der räumlich strukturellen Untersuchung der Alltagsversorgung in Bayern

Als erster Schritt im Baustein Raumwissen erfolgt eine Annäherung aus der Vogelperspektive. Ziel ist es, flächendeckend für ganz Bayern Muster, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Struktur der Alltagsversorgung zu identifizieren. Mit diesem Arbeitsschritt entsteht ein Bild der aktuellen Situation der Versorgung in Bayern auf verschiedenen Maßstabsebenen.

Die Untersuchung basiert auf adressscharfen Standortdaten der Angebotsseite und fein aufgelösten Bevölkerungsdaten. Damit kann die Luftliniendistanz von einem besiedelten Punkt Bayerns zur nächstgelegenen Grundschule oder zum nächsten Hausarzt berechnet werden. Durch die Verwendung von punktgenauen Daten kann unabhängig von administrativen Grenzen gearbeitet werden. Somit ist es möglich, auch innerhalb von Gemeindegrenzen unterversorgte Teilräume zu identifizieren. Trotz der methodischen Vereinfachung mit Luftliniendistanzen anstatt realen Weglängen zu arbeiten, entsteht für Bayern ein erheblich differenzierteres räumliches Abbild, als es bisherige Untersuchungen zu Versorgungsangeboten zeigen. Folgende Datengrundlagen werden eingesetzt:

Kleinräumige Bevölkerungsverteilung

Öffentlich zugängliche Bevölkerungsdaten stehen in der Regel auf Ebene der Gemeinde zur Verfügung. Da die Fläche einer Gemeinde sehr groß sein kann und häufig viele Ortsteile vorhanden sind, muss für die Bewertung der Versorgungssituation die konkrete Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Gemeinde jedoch mitberücksichtigt werden. Daher wird in der Untersuchung auf die Ergebnisse des Zensus 2011 zurückgegriffen, die für ganz Bayern in einem Raster mit 100x100 m Seitenlänge vorliegen. Für jede Rasterzelle liegt ein Wert mit der Einwohnerzahl zum Zeitpunkt des Zensus 2011 vor. So können kleinräumige Bevölkerungsverteilungen, wie z.B. die Anzahl der Einwohner in einzelnen Ortsteilen, berücksichtigt werden, die in den amtlichen Statistiken nicht vorliegen.

Eine Fortschreibung bzw. Aktualisierung des fein aufgelösten Datensatzes soll erst 2021 stattfinden. Durch die Nutzung der Bevölkerungsdaten von 2011 entstehen Ungenauigkeiten in den nachfolgenden Untersuchungen, die mit Standortdaten von 2015-2017 arbeiten. Der entstehende Fehler wird innerhalb der Forschungsziele jedoch als vernachlässigbar eingeschätzt, da sich erwartbare Abweichungen a) nur auf wenige, sich sehr schnell transformierende Bereiche beziehen und b) in der Gesamtschau der Struktur das Bild nur geringfügig verzerrt wird. Im Fall einer Vertiefung auf kleinem Maßstab müsste allerdings zwingend mit aktualisierten Daten gearbeitet werden.

Standortdaten der Alltagsversorgung

Den verräumlichten Bevölkerungsdaten werden punktgenaue Angebotsstandorte der Alltagsversorgung gegenübergestellt. Bayernweit aufbereitete Adressdatensätze konnten im Rahmen der Untersuchung für die Bereiche Grundschulen, Kindertageseinrichtungen, hausärztliche Versorgung, Apotheken und Lebensmitteleinzelhandel in vergleichender Darstellung integriert werden. Andere relevante Bereiche, wie z.B. Standorte von Bäckern, Metzgern, etc. sind hingegen bislang nicht als einheitlicher Datensatz für ganz Bayern verfügbar und finden daher in der Studie keine Berücksichtigung. Die Erhebung und Pflege der Datensätze liegt bei unterschiedlichen Trägern und ist entlang bestimmter vermarktungs- bzw. planungsrelevanter Faktoren strukturiert. Den Adressdaten sind daher je nach Angebotsbereich zusätzliche Informationen, wie z.B. bei Supermärkten die Größe der Verkaufsfläche, Zeitreihen der Entwicklung usw. beigelegt. Diese Zusatzinformationen wurden soweit möglich aktiviert, sind aber nicht für alle Bereiche vergleichbar. Prioritär wurden im Projekt Datensätze öffentlicher Träger und Verbände genutzt. Im LEH musste auf zugekaufte Daten privatwirtschaftlicher Datendienstleister zurückgegriffen werden. Mit Ausnahme von Zeitreihenbetrachtungen wurde jeweils mit dem neuesten verfügbaren Datensatz ausreichender Datenkonsistenz gearbeitet.

Vorgehen

Die Datengrundlagen werden im Forschungsprojekt auf verschiedene Art und Weise in einem Geoinformationssystem (GIS) eingebettet und verarbeitet. Untersucht werden z.B. die grundlegende Verteilung und kleinräumige Lage von Standorten, das Vorhandensein von Standorten in verschiedenen Gemeindetypen oder verschiedenen großen Ortsteilen und -lagen. Um in einer bayernweiten Kartierung Unterschiede in der Versorgungsstruktur sichtbar zu machen und diese zu quantifizieren, wurde die nachfolgend erläuterte Methodik verfolgt. Das Vorgehen baut auf der Aggregations- und Darstellungsmethodik des BBSR (2015) auf, legt den Fokus in der Auswertung der Strukturen jedoch auf kleinräumig zu erkennende Muster und Differenzen.

01 Berechnung der Luftliniendistanz zum Angebotsstandort

Vom Mittelpunkt jeder Zensus-Rasterzelle in Bayern wird die Luftliniendistanz zum nächstgelegenen Versorgungsstandort des untersuchten Angebots berechnet. Somit kann für jede Rasterzelle ermittelt werden, welche Mindestentfernung zum nächsten Angebot zurückgelegt werden muss. Da mit Luftliniendistanzen gearbeitet wird, kommt es zu einer leichten Unterschätzung der tatsächlichen Weglängen. Barrieren wie Flüsse, Bahnstrecken, Autobahnen oder auch der Topographie werden in diesem Ansatz nicht berücksichtigt. In Einzelfällen kommt es damit zu Fehldarstellungen, welche bei einer Zoom-In-Untersuchung korrigiert werden müssen.

Für die Untersuchung wird mit zwei Schwellenwerten für die angemessene Erreichbarkeit der Infrastruktur – 1 km und 3 km – gearbeitet. Für die wohnortnahe Versorgung wird in der Literatur häufig eine maximale Wegstrecke von 1 km oder 10 Minuten Fußweg genannt (BMVBS 2013a). Diesem Zielwert folgt auch die Enquete-Kommission (Bayerischer Landtag 2018). Die fußläufige Erreichbarkeit innerhalb eines Kilometers Weglänge wird im Rahmen der Untersuchung als Referenz- und Vergleichswert genutzt.

Im Fokus der Untersuchung steht jedoch eine erweiterte Luftliniendistanz von 3 km. Die etwas weitere reale Weglänge ist noch ohne die Nutzung eines PKWs (z.B. mit Fahrrad, E-Bike, etc.) im Rahmen von alltäglichen Routinen plausibel überwindbar. Im Rahmen der Raubeobachtung des BBSR (2010) werden drei Kilometer als Radius gesehen, in dem sich Nahversorgung abspielt. Zudem wird in dieser Perspektive einer möglichen Mitversorgung durch Nachbarorte – was im ländlichen Raum Bayerns zunehmend die Realität spiegelt – ein größeres Gewicht in der Abbildung eingeräumt als bislang üblich.

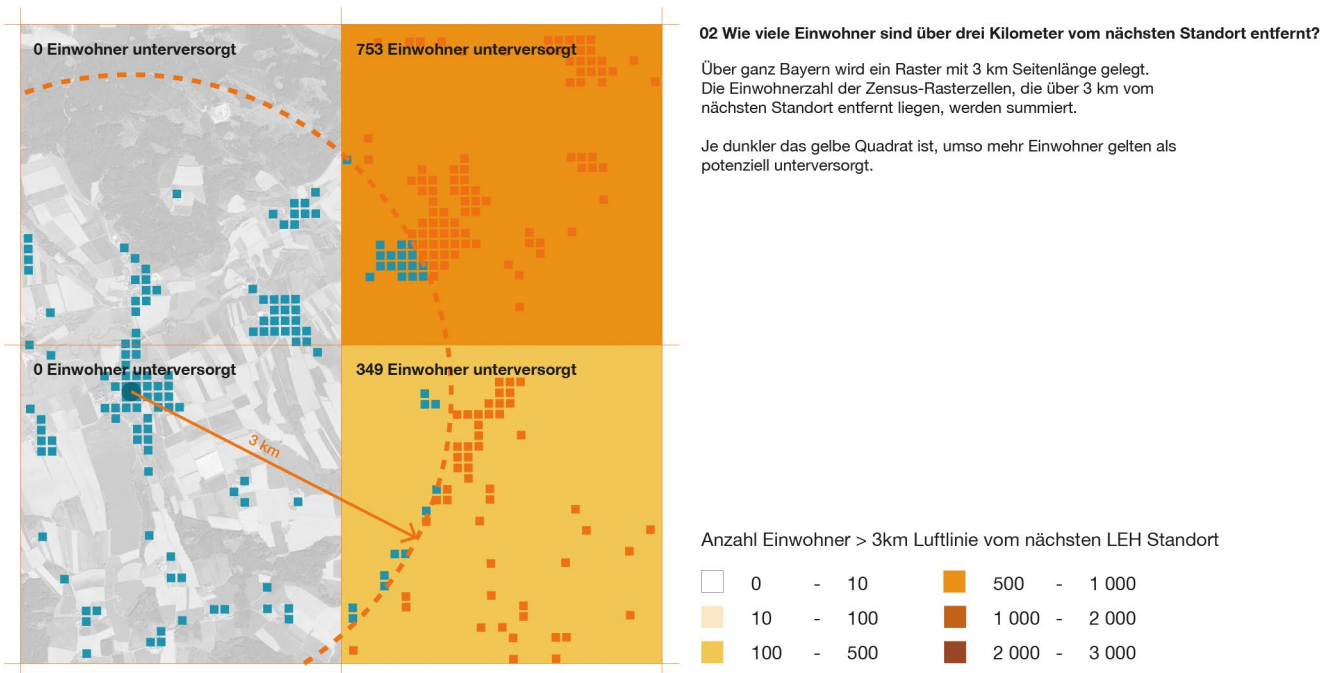
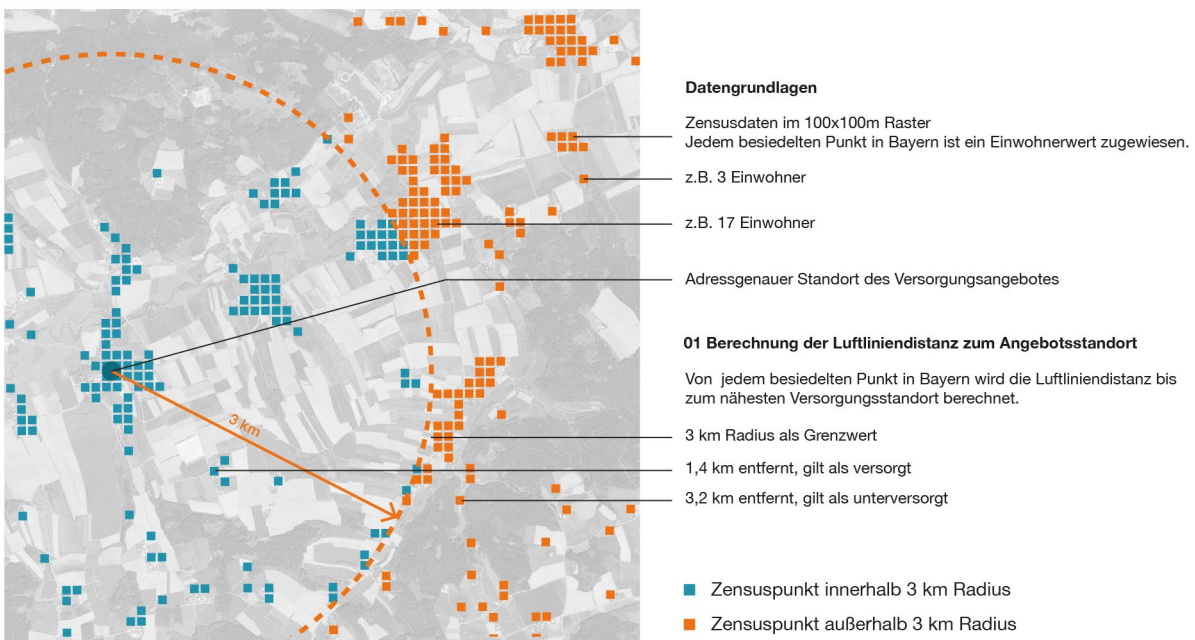
Für die weiteren Untersuchungsschritte gelten folglich alle Zensus-Rasterzellen, deren Mittelpunkte innerhalb eines 3 km – Radius um einen Angebotsstandort liegen, als versorgt. Bevölkerungsanteile die außerhalb des 3 km – Radius liegen, gelten als potenziell unterversorgt.

02 Wie viele Einwohner sind unterversorgt und wie werden Unterschiede sichtbar?

Die so entstandene Kartierung zeigt in Gelb alle Zensus-Rasterzellen, die über 3 km vom nächstgelegenen Angebotsstandort entfernt liegen. In dieser Darstellung lassen sich sehr detaillierte, kleinräumige Analysen durchführen, die als Datensätze für spätere Untersuchungen in dieser Feinheit zugänglich bleiben. Um die Lesbarkeit und Vergleichbarkeit in Bayern aber zu verbessern, werden die fein aufgelösten Daten in der Kartendarstellung auf größere Raumeinheiten aggregiert.

Für diese aggregierte Darstellung werden nur noch diese Zensus-Rasterzellen berücksichtigt, die über 3 km vom nächsten Angebotsstandort entfernt liegen. Die Anzahl der Einwohner in diesen Rasterzellen wird in einem größeren Raster mit 3 km Seitenlänge zusammengezählt. Je dunkler das blaue Rechteck ist, umso mehr Einwohner leben hier über 3 km vom nächsten Angebotsstandort entfernt. So entsteht eine einwohnergewichtete Darstellung, die einen Vergleich verschiedener Räume in Bayern ermöglicht.

Abb. 03 | Methodik: Exemplarische Darstellung des Vorgehens



Luftbild: Bayerische Vermessungsverwaltung 2019 // Datenbasis Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

M 1:75 000



Eine Aggregation der Einwohnerzahl kann in dieser Methode prinzipiell auf verschiedenen räumlichen Einheiten durchgeführt werden. So kann neben der Rasterdarstellung z.B. die Anzahl potenziell unterversorgter Einwohner pro Gemeinde, Landkreis oder in ganz Bayern berechnet werden. Dies kann für administrative oder planerische Anwendungszwecke zielführend sein. Die flächige Rasterdarstellung hat allerdings den Vorteil, dass kleinräumige Differenzen auch innerhalb von Gemeinden berücksichtigt werden können und damit ein bislang nicht erfasster Raummaßstab abgebildet wird.

Grenzen des Ansatzes

Wie dargestellt bietet der vorgestellte Untersuchungsansatz erhebliche neue Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns und das Potenzial, entscheidende Wissenslücken zur Versorgungsstruktur zu schließen. Gleichzeitig bestehen Einschränkungen, welche bei der Interpretation der Kartierungen zwingend berücksichtigt werden müssen. Bei einer Vertiefung der Studie in kleinere Maßstäbe wäre eine Nacharbeitung der Datensätze und Datenintegrationsmethodik erforderlich. Nachfolgend werden daher die Grenzen der Methodik sowie Potenziale der Weiterentwicklung des Ansatzes dargestellt.

Datengrundlagen

Vollständigkeit zugrundeliegender Standortdaten: Eine Erfassung der Standorte zu 100% war im Rahmen der Studie nicht möglich, da einerseits die Ersteller der Datenbanken die absolute Vollständigkeit nicht gewährleisten können und andererseits durch die Geocodierung vereinzelt Fehler auftreten. In Stichproben wurde die generelle Konsistenz der verwendeten Datensätze im Rahmen der Studie jedoch geprüft und als hoch eingestuft. Für eine spätere Detailbetrachtung ist dies durchaus von Relevanz. In der bayernweiten Betrachtung können jedoch trotz einer geringen Fehlerquote fundierte Aussagen über Muster und die generellen Strukturen gewährleistet werden.

Gesamtbevölkerung: Zum Zeitpunkt der Untersuchung lagen die fein aufgelösten Zensusdaten nur mit Angaben

zur Gesamtbevölkerung vor. Somit kann z.B. bei der Betrachtung der Grundschulen nur die Gesamtbevölkerung zugrunde gelegt werden und nicht die Anzahl der Kinder im Schulalter. Seit März 2018 sind die Zensusdaten inklusive Altersstruktur frei zugänglich für spätere, vertiefende Untersuchungen verfügbar.

Verschiedenen Zeitschnitte: Die Zensus-Daten im 100x100 m Raster liegen ausschließlich für das Jahr 2011 vor. Eine Aktualisierung durch Neuerhebung ist indes erst im Rahmen der Volkszählung für 2021 geplant. Die Standortdaten hingegen wurden mit dem jeweils aktuellsten Stand bezogen (2015-2017). Daraus ergibt sich eine Ungenauigkeit bezüglich der berechneten unterversorgten Bevölkerungszahlen. In Gebieten in denen seit 2011 ein Bevölkerungswachstum stattgefunden hat, werden die Betroffenzahlen daher leicht unterschätzt, in solchen mit Bevölkerungsrückgang eher überschätzt.

Technische Möglichkeiten

Luftliniendistanz: Die Luftliniendistanz stellt ab einer gewissen Entfernung ein eher ungenaues Maß für die Bewertung der Erreichbarkeit dar. Zusätzlich werden räumliche Barrieren wie z.B. Flüsse, Autobahnen, Sperrgebiet, besondere topografische Merkmale etc. nicht berücksichtigt. Die Weglängen werden demnach in der Studie grundsätzlich unterschätzt. In Realität sind die Wege weiter als in der Kartierung angegeben. Damit können lokal größere Abweichungen entstehen. Für eine vergleichende Betrachtung der Struktur und als Hinweisgeber für Handlungserfordernisse innerhalb dieser Studie ist die Genauigkeit jedoch als ausreichend einzuschätzen. Genauere Weglängenbetrachtungen sind erst nach Integration der Netzstrukturen verschiedener Mobilitätsformen möglich.

Mobilität: Die angewendete Methodik bezieht bislang keine Mobilitätslösungen mit ein, sondern stellt ausschließlich die Luftliniendistanz zum Zielpunkt dar. Aus diesem Grund wird von „potenzieller Unterversorgung“ gesprochen, da beispielsweise trotz einer Entfernung von über 3 km zum Angebot, z.B. eine sehr gut getaktete öffentliche Anbin-

dung bestehen könnte. Erst in Zoom-Ins können diese Aspekte berücksichtigt werden.

Aggregation in 3 km-Raster: Die Aggregation in einem Raster führt zu der Problematik, dass, wenn das Raster z.B. um 1 km verschoben wird, eine leicht veränderte Darstellung entsteht, da andere Zensuspunkte in das Raster fallen. Dabei handelt es sich in der Regel jedoch um kleine Abweichungen. Das angewendete Raster basiert auf den INSPIRE Richtlinien (europäische Initiative zum Aufbau einer einheitlichen Geodateninfrastruktur). Die gewählte Größe von 3 km ist auf der bayernweiten Ebene für die Lesbarkeit der Kartierungen geeignet (verschiedene Größen wurden im Projekt getestet). Für weitere Untersuchungen können aber verschiedenste Aggregationsebenen gewählt werden, da die unterliegende Datenstruktur feinteiliger gegliedert ist.

Weitere Einschränkungen

Schwellenwert von 3 km: Der für die Untersuchung festgelegte Schwellenwert von 3 km Entfernung ist als Orientierungswert für eine erweiterte Nahversorgung, die z.B. noch mit dem Fahrrad erreicht werden kann, zu sehen. In vielen Fällen, z.B. bei ungünstiger Topographie, wird auch eine Entfernung von 3 km nicht gut zu überwinden sein. Maßgebend sind hierfür die lokale Situation sowie die Möglichkeiten der betroffenen Bevölkerung.

Tatsächliche Benutzung: Die Untersuchung bildet nicht die tatsächliche Benutzung der Angebote, sondern strukturelle Unterschiede ab. Es muss davon ausgegangen werden, dass z.B. häufig nicht der nächst gelegene Supermarkt aufgesucht wird, sondern der mit der größten Auswahl, längeren Öffnungszeiten oder ein am Arbeitsweg oder einer Erledigungsrouten gelegene. Auf diesen Faktor wurde vermehrt in der Reflexionsphase der Untersuchung hingewiesen und muss nach Einschätzung durch die im Projekt eingebundenen Experten bei der Konzeption von unterstützenden Werkzeugen der Ländlichen Entwicklung zwingend Niederschlag finden.

Wissenschaftlich ist diese Problematik der Vorzugsnutzung bestimmter Standorte entlang räumlichen und zeitlichen Mustern der Alltagsgestaltung allerdings alles andere als trivial. Auf die Digitalisierung, veränderte Arbeits- und Beschäftigungsmodelle oder Konsum- und Freizeitverhalten als entscheidend treibende Faktoren der Anpassung der Benutzungsmuster ist in einschlägiger Forschungsliteratur zwar summarisch hingewiesen (Wittmer & Linden 2017), in ihren konkreten Ausprägungen in der Raumforschung werden diese Faktoren jedoch bislang nur ungenügend reflektiert.

Qualität der Versorgung und individuelle Bedürfnisse: Durch die strukturelle Untersuchung kann weder das Qualitätsniveau der Versorgung, noch ausdifferenzierte individuelle Bedürfnisse von verschiedenen Bevölkerungsgruppen abgebildet werden. Beispielsweise klärt der verfolgte Ansatz nicht, ob in einem potenziell unterversorgten Raumkontext im Themenfeld Grundschulen auch wirklich grundschulpflichtige Kinder wohnen. Dieser Aspekt kann aber durch ergänzende Untersuchungsbausteine abgebildet werden. Eine erste Annäherung an die Wahrnehmung der Alltagsversorgung von Seiten der Kommunen wurde im Rahmen der Studie durch die, in Kapitel 2.3 erläuterte, quantitative Befragung erarbeitet.

2.2

Ergebnisse zur räumlichen Struktur der Alltagsversorgung in Bayern

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der räumlich-strukturellen Analyse der Alltagsversorgung in Bayern erläutert. In diesem Bericht berücksichtigt werden Grundschulen, Kitas, hausärztliche Versorgung und der Lebensmitteleinzelhandel. Zur Erläuterung der übergeordneten Untersuchungsergebnisse werden für diesen Bericht exemplarisch die Kartierungen für den Lebensmitteleinzelhandel herangezogen. In Kapitel 2.4 werden die Ergebnisse für jeden der vier Angebotsbereiche separat diskutiert.

Die erste Annäherung an die räumliche Struktur der Versorgung erfolgt über die Verteilung der Angebotsstandorte und die Abbildung der versorgten bzw. mitversorgten Bereiche. Für die wohnortnahe Versorgung wird in der Literatur als Zielwert häufig eine maximale Weglänge von 1 km oder 10 Minuten Fußweg genannt. Gerade in ländlichen Bereichen kann dieser Zielwert jedoch derzeit häufig nicht erreicht werden. Im Rahmen der Untersuchung wurde festgestellt, dass die Anzahl der Einwohner, die in Bayern innerhalb von einem Kilometer Luftlinie keinen LEH-Standort erreichen, bei ca. 3,6 Millionen liegt. Somit müssen aktuell ca. 29 % der bayerischen Bevölkerung mehr als einen Kilometer zurücklegen, um ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu decken. In von ländlichen Siedlungsstrukturen geprägten Räumen sind jene Bevölkerungsanteile dabei bedeutend höher einzuschätzen als der Durchschnitt. Im kleinregionalen Zuschnitt erreicht der Wert in Einzelfällen bis zu 100%. Bedeutende Einwohneranteile sind somit auf die Mitversorgung durch Standorte im Kernort der Gemeinde, in benachbarten Ortsteilen oder benachbarten und entfernteren Kommunen angewiesen. Setzt sich der beobachtbare Trend des Rückgangs und der räumlichen Konzentration von Angebotsstandorten fort, wird die Abhängigkeit von Nachbarkommunen weiter zunehmen.

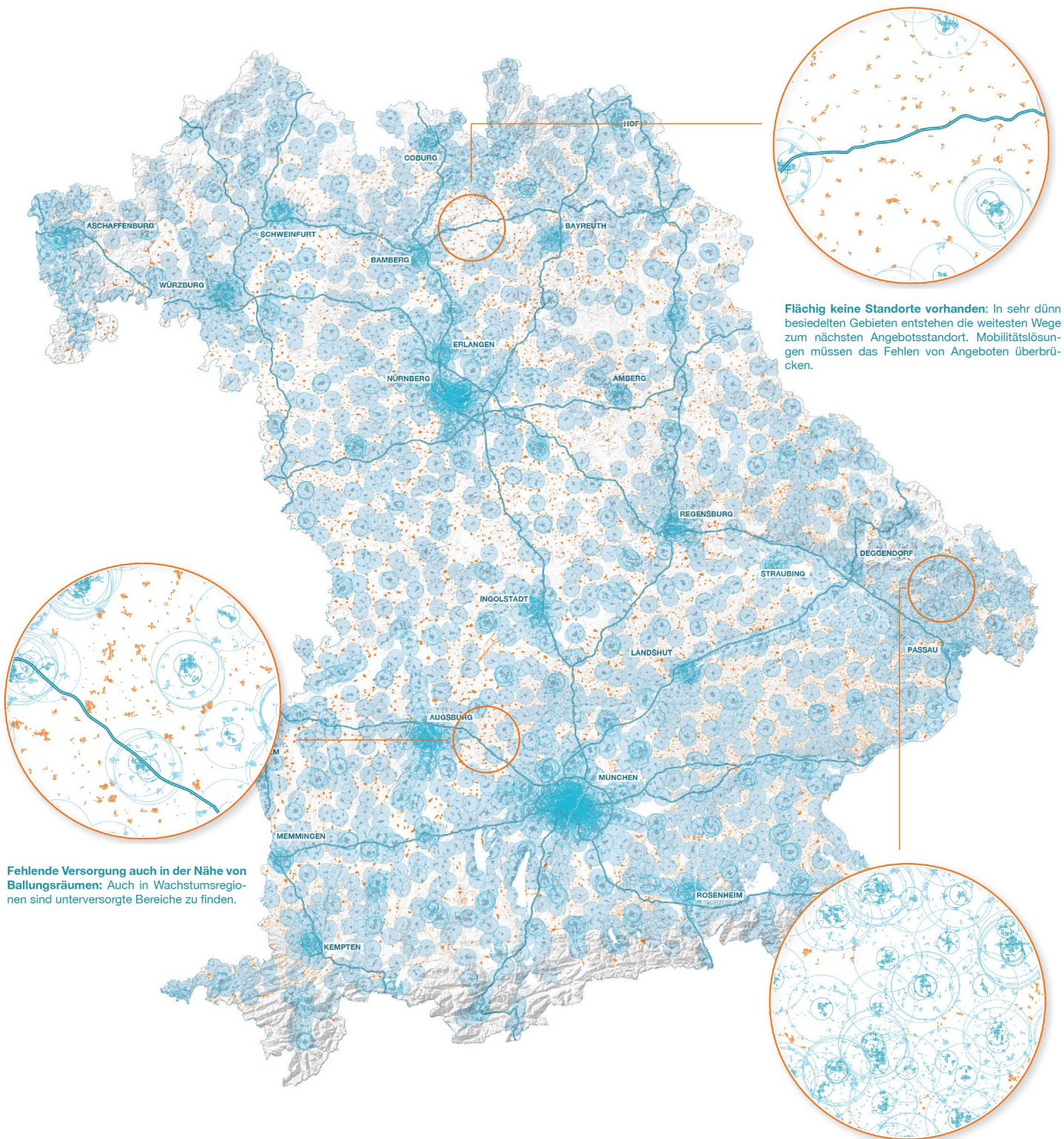
Im Rahmen der weiteren Untersuchung wird eine erweiterte Luftliniendistanz von drei Kilometern als Grenzwert für die alltägliche Versorgung gesetzt. Die etwas weitere reale

Weglänge ist noch ohne die Nutzung eines PKWs (z.B. mit Fahrrad, E-Bike, etc.) im Rahmen von alltäglichen Routinen überwindbar. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Mitversorgung durch Nachbarorte abgebildet. Innerhalb des erweiterten Radius von drei Kilometern Luftlinie können rund 91 % der bayerischen Bevölkerung einen Supermarkt, Discounter oder Dorfladen erreichen. Die Anzahl der Einwohner, die außerhalb dieser drei Kilometer leben, beträgt ca. 1,1 Millionen.

Die Abbildung rechts zeigt, dass sich die Verteilungsmuster der Angebotsstandorte in Bayern stark unterscheiden. Gerade in ländlichen Räumen kann eine große strukturelle Varianz festgestellt werden. Die Gebiete mit den weitesten Luftliniendistanzen zum nächsten Supermarkt, Dorfladen oder Discounter sind in einem Halbkreis östlich von Nürnberg zu finden. In diesem sehr dünn besiedelten Gebiet der Frankenalb kann in der aktuellen Struktur auch in einem erweiterten Radius von drei Kilometern keine flächige Versorgung für die Bevölkerung erreicht werden. In peripher gelegenen Räumen wie dem Bayerischen Wald ist hingegen eine hohe Anzahl von teils sehr kleinen Versorgungsstandorten zu finden, wodurch im 3-Kilometer-Radius damit eine fast flächige Versorgung dargestellt werden kann. Allerdings ist im Bayerischen Wald davon auszugehen, dass aufgrund der ausgeprägten Topographie die Überwindung von drei Kilometern mit einem Fahrrad kaum möglich ist. Auch in der fränkischen Rhön bleiben kaum Einwohner unversorgt, da sich die Siedlungsstruktur morphologisch bedingt in größeren Ortsteilen entlang der Talstrukturen entwickelt, in denen die Versorgung liegt. Hingegen sind auch in prosperierenden, dichter besiedelten Gebieten, wie z.B. zwischen München und Augsburg Bereiche zu finden, die aufgrund der spezifischen räumlichen Anordnung von Standorten und Bevölkerung keine flächige Versorgungssituation erreichen.

Abb. 04 | Welche Gebiete sind im 3 km Radius versorgt?

Die Darstellung zeigt die räumliche Verteilung von Standorten des Lebensmitteleinzelhandels in Bayern. Um jeden Standort ist ein Radius von 3 km gelegt. Siedlungsgebiete außerhalb des 3 km Radius sind orange dargestellt.



Flächig keine Standorte vorhanden: In sehr dünn besiedelten Gebieten entstehen die weitesten Wege zum nächsten Angebotsstandort. Mobilitätslösungen müssen das Fehlen von Angeboten überbrücken.

Fehlende Versorgung auch in der Nähe von Ballungsräumen: Auch in Wachstumsregionen sind unterversorgte Bereiche zu finden.

Flächige Versorgung durch kleine Standorte in peripheren Gebieten: Kleinflächenkonzepte können im ländlichen Raum zur Versorgung in der Fläche beitragen.

- BY: 3 km Radius
- Zoom: 1 km / 3 km Radius um Angebotsstandort
- Siedlung innerhalb 3 km Radius
- Siedlung außerhalb 3 km Radius

M 1 : 2 000 000

0 km 20 50 100

Einwohnergewichtete Schwerpunkte der Unterversorgung

Um zu zeigen, wie viele Einwohner in den verschiedenen Teilräumen Bayerns über drei Kilometer zum nächsten LEH-Standort zurücklegen müssen, wurde eine einwohnergewichtete Darstellung erarbeitet. Grundsätzlich gilt, je dunkler das Gelb, umso mehr Einwohner sind hier über drei Kilometer vom nächsten LEH-Standort entfernt.

Die Kartierungen wurden neben dem LEH für Grundschulen, Kindertageseinrichtungen, hausärztliche Versorgung und Apotheken durchgeführt. Insgesamt können in Bayern 4 % der Bevölkerung keine Kindertageseinrichtung innerhalb von drei Kilometern Luftlinie erreichen. Bei Grundschulen, LEH und hausärztlicher Versorgung sind es 9-10 % der Gesamtbevölkerung und bei den Apotheken 17 %. Die errechnete Einwohnerzahl ist dabei immer auf die Gesamtbevölkerung anteilig hochgerechnet und bildet nicht die reale Zahl der Betroffenen ab. Aufgrund der Datenlage zum Zeitpunkt der Untersuchung konnte z.B. bei Grundschulen nicht auf schulpflichtige Kinder eingegrenzt werden. Da sich die räumlichen Schwerpunkte der Unterversorgung und die Muster je nach Angebotsbereich unterscheiden, werden die einzelnen Kartierungen in Kapitel 2.4 ausführlicher diskutiert.

Neben regionalen Unterschieden in der Struktur der Alltagsversorgung, werden verschiedene Ausprägungen der Unterversorgung sichtbar. Folgende Muster konnten für den LEH identifiziert werden:

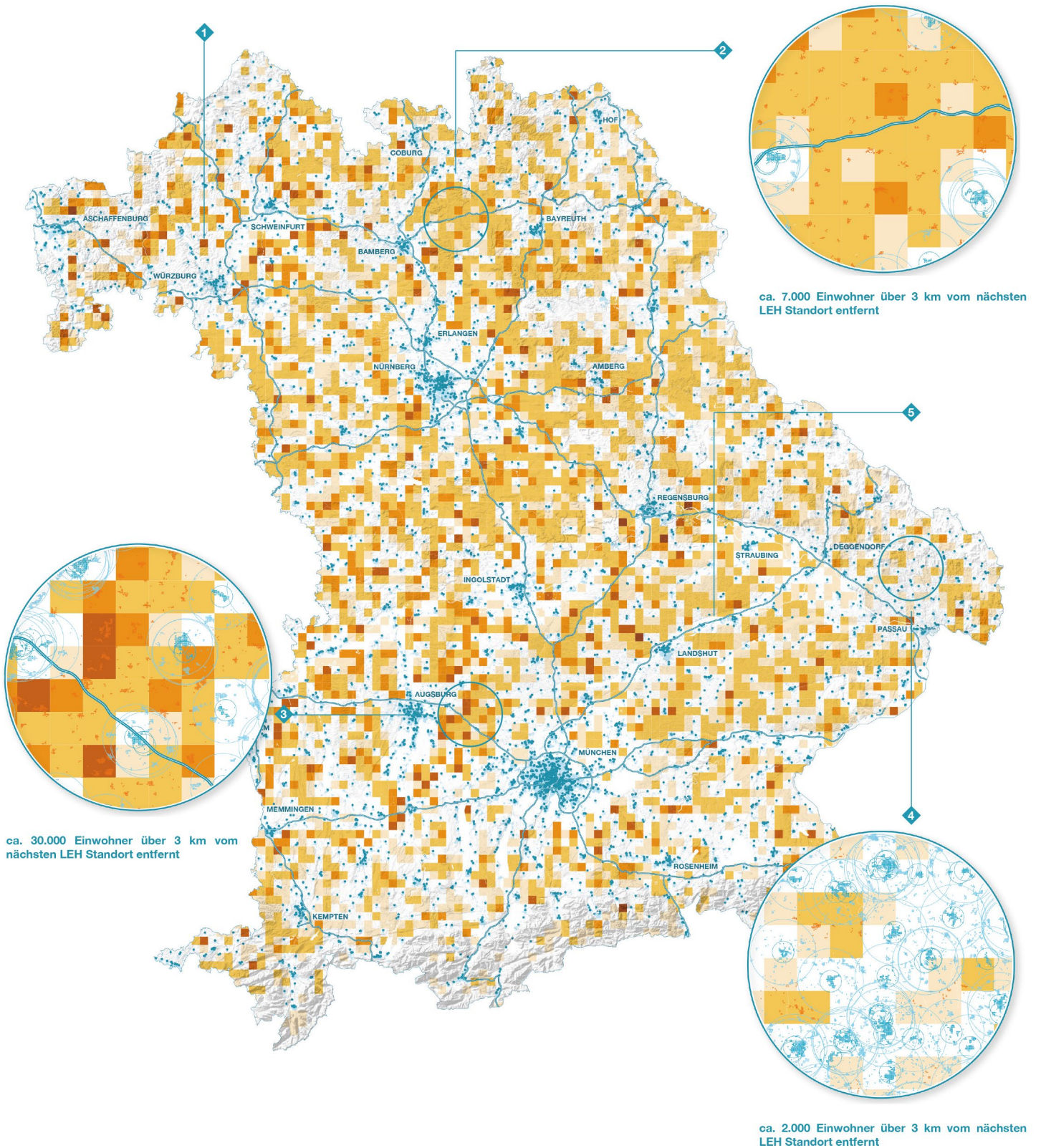
- ❶ Vereinzelt dunkelorange Rasterzellen zu erkennen: Hier handelt es sich um einzelne größere Orte oder Ortsteile, die keinen LEH-Standort haben. Das Muster kann auf Wegfall von Standorten trotz grundsätzlich gegebener Tragfähigkeit hinweisen.
- ❷ Flächig hellgelbe Rasterzellen: Hier sind flächig keine Versorgungsstandorte vorhanden, jedoch sind aufgrund der geringen Besiedlungsdichte nur verhältnismäßig wenige Einwohner betroffen. Für die wenigen Einwohner ergeben sich hier in der Regel sehr weite Wege.
- ❸ Flächig dunkelorange Rasterzellen: Auch hier sind flächig keine Versorgungsstandorte vorhanden, gleichzeitig sind viele Einwohner betroffen. Diese Struktur ist häufig

in der Nähe von größeren Ballungsräumen zu finden. Das Muster kann darauf hinweisen, dass die Angebotsentwicklung nicht mit der Bevölkerungsentwicklung im ländlich geprägten Verdichtungsraum schritthält, oder dass die alltägliche Erledigung der Versorgung möglicherweise z.B. mit dem Arbeitsweg im Ballungsraum verknüpft wird. Die sich daraus ergebene Entkopplung von Wohnstandort und Versorgungsstandorten beeinträchtigt einzelne Bevölkerungsgruppen stärker als andere und müsste im Sinne der langfristigen Sicherung der Versorgung dringend untersucht und mit planerischen Maßnahmen ausgeräumt werden.

- ❹ Flächige Versorgung gegeben: Neben den Ballungsräumen findet man auch in einigen ländlichen, teils auch peripheren Gebieten in Bayern eine fast flächendeckende Versorgung innerhalb von drei Kilometern. Einerseits kann flächige Versorgung durch die Bündelung von Bevölkerung und Angebotsstandorten entlang von Korridoren aus Siedlungsschwerpunkten und Verkehrsinfrastruktur erreicht werden. Im Bereich der Alpen- und Voralpentäler, sowie in der Rhön sind kaum Einwohner zu finden, die über drei Kilometer vom nächsten Angebotsstandort entfernt leben, da sich die Bevölkerung größten Teils im Talboden konzentriert. Andererseits wird die flächige Versorgung im Lebensmitteleinzelhandel durch eine große Anzahl an Kleinflächenkonzepten in durchaus auch kleinen Ortsteilen erreicht, beispielsweise in einigen östlichen Teilen Nieder- und Oberbayerns aufzufinden.
- ❺ Versorgung entlang von Infrastrukturkorridoren: Entlang von Hochleistungsstraßen wie z.B. der A93, A7, A71, aber auch Bundes- und Landesstraßen bündeln sich viele Angebotsstandorte. Orte im direkten Umfeld dieser Korridore sind gut versorgt. Allerdings ist zu beobachten, dass im direkt benachbart anschließenden Hinterland Gebiete mit auffallend hohem Anteil an Unterversorgung zu finden sind. Das Phänomen ist insbesondere im LEH zu beobachten und weist auf fortgeschrittene Standortverlagerungs- und bereinigungsprozesse hin, welche durch eine hohe regionalmaßstäbliche geprägte, automobilen Mobilität verstärkt werden.

Abb. 05 | Welche Muster sind in der räumlichen Struktur des Lebensmitteleinzelhandels zu finden?

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie vom nächsten LEH Standort entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. Weiße Gebiete bedeuten entweder, dass alle Einwohner versorgt sind, oder dass es sich um unbesiedeltes Gebiet handelt.



Anzahl Einwohner > 3km Luftlinie vom nächsten LEH Standort

0 - 10	500 - 1 000
10 - 100	1 000 - 2 000
100 - 500	2 000 - 3 000

● LEH Standorte
 — Autobahn

M 1 : 2 000 000

0 km 20 50 100

Muster der Alltagsversorgung auf Gemeindeebene

Im Bereich der öffentlich bereitgestellten Daseinsvorsorge besteht eine verhältnismäßig hohe und direkte Einflussmöglichkeit der Gemeinden bezüglich Standortwahl. Anders verhält es sich allerdings bei Angeboten wie der hausärztlichen Versorgung oder dem LEH, die für die Attraktivität als Wohnstandort jedoch wesentliche Faktoren sind. Die ärztliche Versorgung wird auf der Mittelbereichsebene bemessen und konzipiert, ohne dass diese bis auf die kommunale Ebene hinuntergebrochen wird. Mit der Ausnahme weniger regionalplanerischer Rahmenbedingungen kann das räumliche System LEH als selbstkoordinierend angesehen werden. Faktoren wie die zu erreichende Kaufkraft sind dabei stärker gewichtet, als beispielsweise die Grenzen von Verwaltungseinheiten, was insbesondere bei Vergrößerung der Verkaufsflächen den Wettbewerb der Gemeinden um die Ansiedlung des LEH erheblich verstärkt. Im Sinne der Herstellung attraktiver Wohnumfelder sind aber die Mehrheit der Gemeinden darum bemüht auch in diesen, einer freieren Konkurrenz unterliegenden Bereichen durch ihre begrenzten planerischen Möglichkeiten oder auch durch die Ansiedlung und den Betrieb erleichternde Unterstützungen (z.B. aktive Bereitstellung von Räumlichkeiten) Angebotsstandorte in der Kommune zu sichern.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der kommunalen Raumzuschnitte wird in vielen Untersuchungen zur Versorgungssituation die Gemeindeebene als Bezugsgröße adressiert. Damit verbunden ist allerdings eine vor allem in Flächengemeinden problematische Vereinfachung, indem Gemeinden die zumindest einen Versorgungsstandort aufweisen, grundsätzlich als ausreichend versorgt angesehen werden. Anhand der vorliegenden Betrachtung wird aber deutlich, dass dadurch die Versorgungssituation keineswegs vollständig abgebildet wird. Obwohl sich am Hauptort der Gemeinde ein Angebotsstandort befindet, muss die Bevölkerung in den Ortsteilen häufig große Distanzen zurücklegen, um sich zu versorgen. Von den insgesamt 1,1 Millionen Einwohnern in Bayern, die innerhalb von drei Kilometern Entfernung keinen LEH-Standort erreichen, leben ca. 630.000 in Gemeinden, die einen LEH-Standort aufweisen. Dieser doch erhebliche Anteil von über 50 % macht deut-

lich, dass die innere Struktur der Gemeinde einen wesentlichen Faktor für die Organisation der Versorgung darstellt.

In der Betrachtung aller Gemeinden in Bayern konnten im Besonderen zwei wiederkehrende, kritische Struktureigenschaften identifiziert werden:

Bei den Gemeinden ohne Versorgungsstandort handelt es sich größtenteils um Gemeinden mit sehr geringer Einwohnerzahl. 78 % der Gemeinden ohne LEH-Standort haben unter 2.000 Einwohner (Hausärzte 88 %; Grundschulen 90 %; Kita 73 %). 80-90 % der Gemeinden ohne Versorgungsstandort sind Teil einer Verwaltungsgemeinschaft.

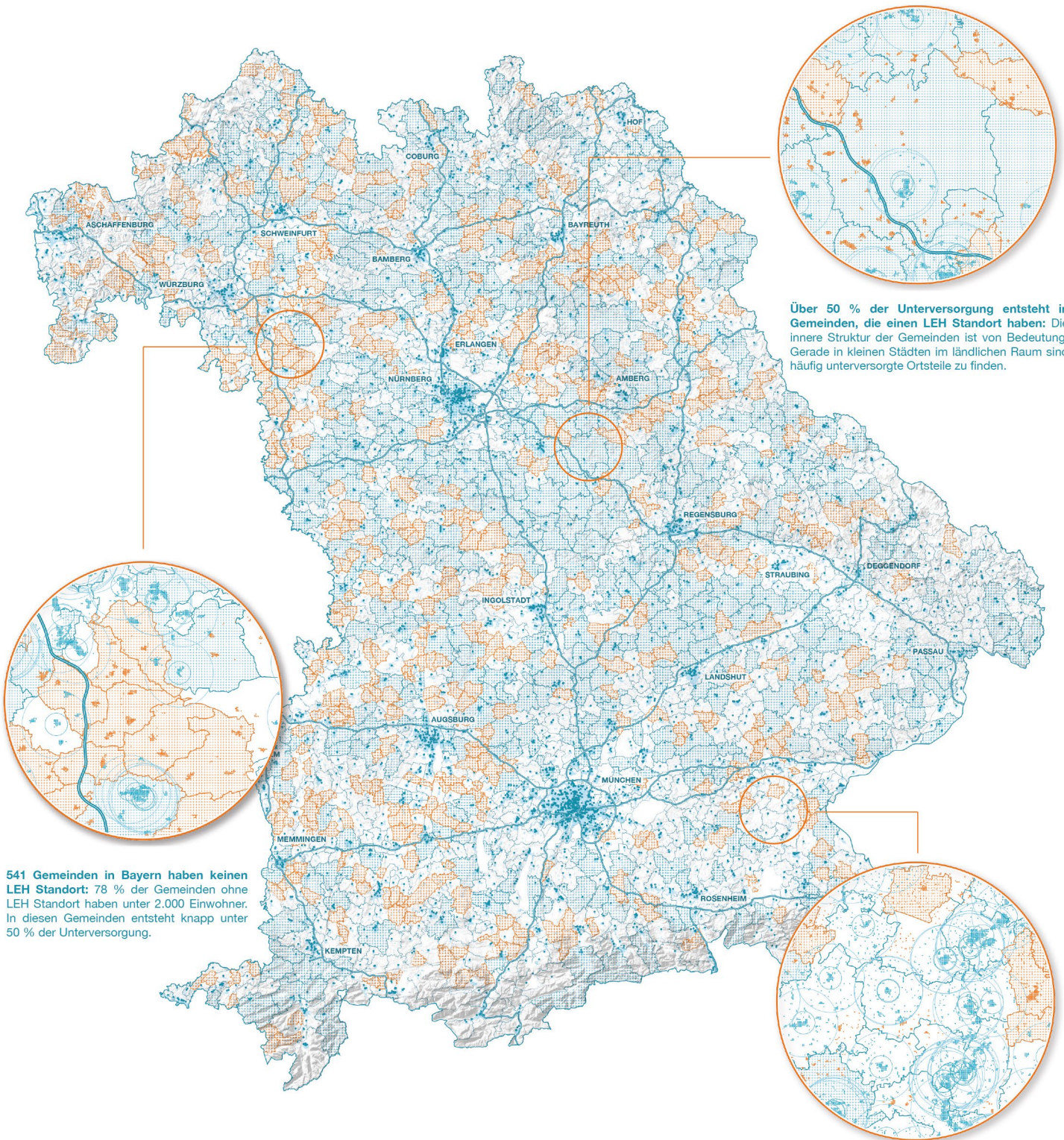
Die Gemeinden, die trotz Versorgungsstandort nicht die gesamte Bevölkerung innerhalb von drei Kilometern versorgen können, weisen in der Regel eine große Gemeindefläche auf und konzentrieren die Versorgungsstandorte trotzdem nur an einem Ort. Häufig ist diese Struktur auch bei kleinen und mittelgroßen Städten mit bis zu 20.000 Einwohnern im Gemeindegebiet zu finden.

Neben der Frage der Mitversorgung durch benachbarte Gemeinden ist daher die Frage nach der räumlichen Verteilung und Erreichbarkeit der Standorte innerhalb der Gemeinden brisant. In 69 % der 1.515 Gemeinden mit LEH-Standort sind – auch wenn mehrere Standorte vorhanden sind – diese an nur einem Ort (zumeist dem Hauptort) konzentriert. Nur 22 % haben einen weiteren Standort in einem anderen Ortsteil im Gemeindegebiet. In 9 % der Gemeinden sind drei oder mehr Ortsteile mit Versorgung zu finden.

Bei Hausärzten und Grundschulen ist der Konzentrationsgrad am Hauptort mit 84 bzw. 87 % noch höher. Den niedrigsten Wert weist die Kindertagesbetreuung auf, die etwas häufiger als Zweit-, Dritt oder Mehrfachstandorte in Gemeinden zu finden ist und daher den höchsten Abdeckungsgrad aller in der Studie betrachteten Versorgungseinrichtungen erreicht.

Abb. 06 | In welchen Gemeinden entsteht der größte Anteil der Unterversorgung?

Die Darstellung zeigt in Orange Gemeinden, die keinen LEH Standort haben. Gemeinden in Blau weisen einen LEH Standort auf, haben jedoch trotzdem mindestens 500 Einwohner im Gemeindegebiet, die den LEH Standort innerhalb von 3 km nicht erreichen. In Weiß dargestellten Gemeinden müssen weniger als 500 Einwohner über 3 km zum nächsten Standort zurücklegen.

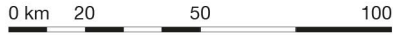


Über 50 % der Unterversorgung entsteht in Gemeinden, die einen LEH Standort haben: Die innere Struktur der Gemeinden ist von Bedeutung. Gerade in kleinen Städten im ländlichen Raum sind häufig unterversorgte Ortsteile zu finden.

541 Gemeinden in Bayern haben keinen LEH Standort: 78 % der Gemeinden ohne LEH Standort haben unter 2.000 Einwohner. In diesen Gemeinden entsteht knapp unter 50 % der Unterversorgung.

Die Verteilung der Standorte innerhalb der Gemeinde ist von Bedeutung: In vielen Gemeinden werden mehrere Angebotsstandorte am Hauptort konzentriert. Zweit- und Drittstandorte tragen zur Versorgung in der Fläche bei.

	Gemeinden mit LEH Standort < 500 EW unterversorgt		LEH Standorte	M 1 : 2 000 000
	Gemeinden mit LEH Standort > 500 EW unterversorgt		Grenzen	
	Gemeinden ohne LEH Standort		Autobahn	



Kleinräumige Lage des Angebots

Aus Perspektive der fußläufigen Erreichbarkeit von Angeboten der Alltagsversorgung ist die konkrete Lage des Standorts im Ortsgefüge relevant. Liegt der Angebotsstandort dezentral im Gewerbegebiet oder auf der „Grünen Wiese“, kann häufig für bedeutende Anteile der Bevölkerung im Ort keine Versorgung innerhalb von einem Kilometer gewährleistet werden (siehe Beispiele Abb. 07). Im schwäbischen Beispiel A besteht die Situation, dass im historischen Ortskern kein Supermarkt oder Discounter vorhanden ist und stattdessen vier Anbieter an der südlichen Stadtausfahrt liegen, wodurch für die Mehrheit der Wohnstandorte die Grenzen der fußläufigen Erreichbarkeit überschritten wird.

Im niederbayerischen Beispiel B ist das Versorgungszentrum zwischen den zwei Gemeinden platziert. Für die Bevölkerung im westlichen beider Gemeindegemeindekerne ist damit eine fußläufige Erreichbarkeit der Supermärkte innerhalb von einem Kilometer nicht möglich. Zudem ist die Qualität der potenziellen fußläufigen Verbindung entlang von Bundes- bzw. Landesstraßen zu hinterfragen.

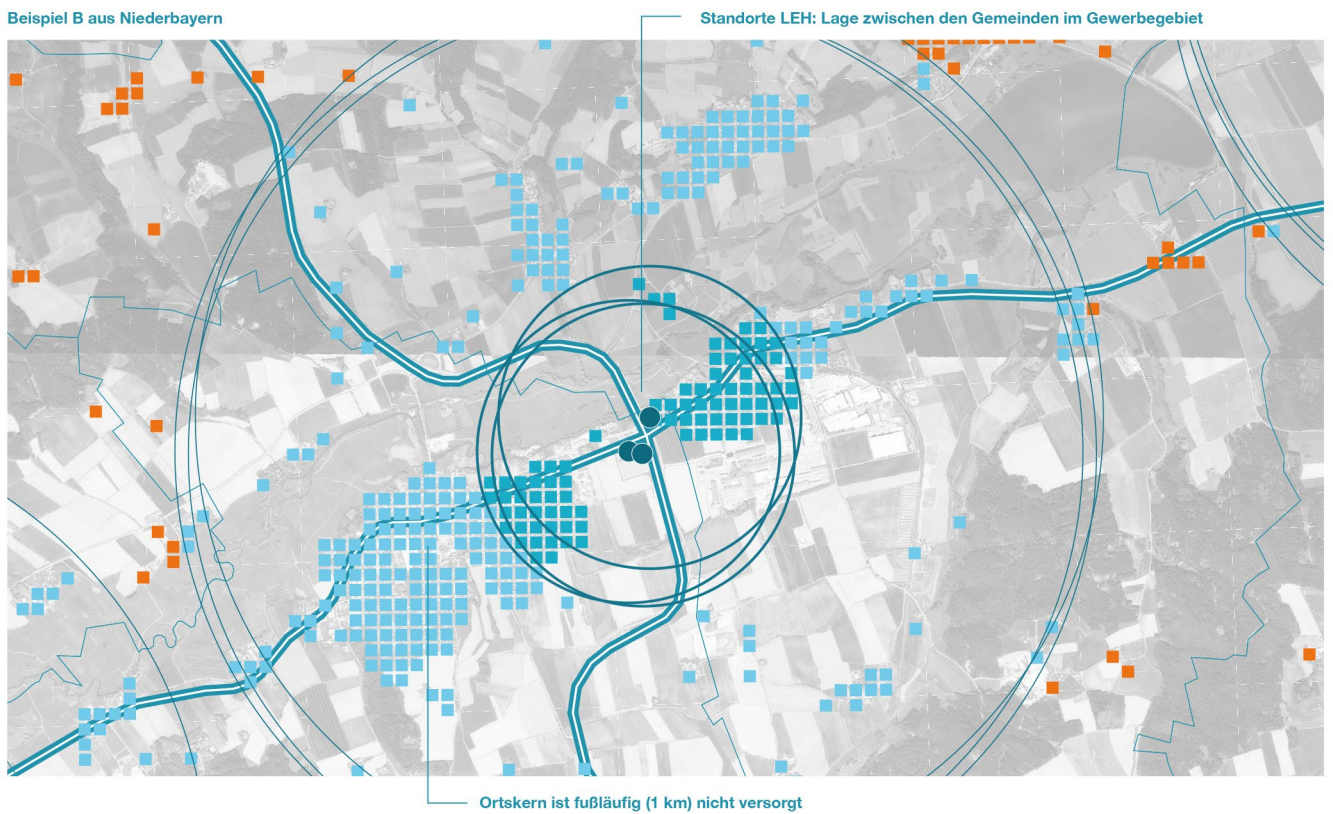
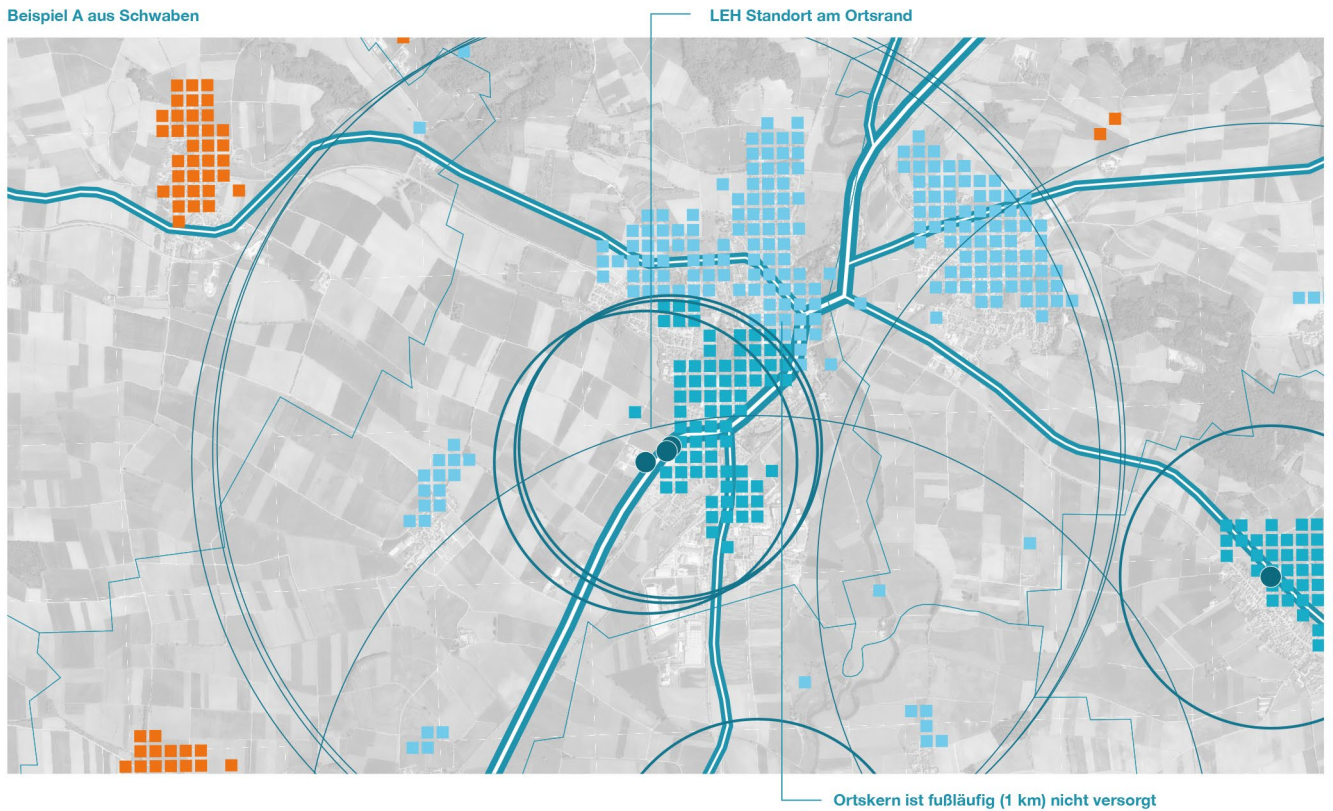
Obwohl dezentrale Standortstrukturen, beispielsweise nahe von Hochleistungsstraßen, für die Erreichbarkeit aus der Region oder auch aus logistischen Aspekten sinnfällig

sein können, sind sie dennoch als kritisch anzusehen. In der Regel können die Standorte des Einzelhandels sowie anderer Einrichtungen der Grundversorgung mehr leisten, als nur alltägliche Bedarfe wie z.B. der Versorgung mit Lebensmitteln zu decken. Als Orte die regelmäßig und von allen Bevölkerungsgruppen besucht werden, tragen Sie bedeutend zum sozialen Austausch bei und können gerade unter dem Aspekt der Innenentwicklung einen wichtigen Beitrag für die Belebung von Ortskernen beitragen. Die dezentrale Lage von z.B. Supermärkten kann dazu führen, dass neben dem eigentlichen Frequenzbringer auch nachgelagerte oder in Erledigungsroutinen gekoppelte Angebote und Dienstleistungen wie Bäcker oder Café aus dem Ortskern abwandern.

Im Rahmen der Studie wurden wiederkehrend ähnliche Situationen in Bayern identifiziert. Weiterführend müsste eine systematische Untersuchung durchgeführt werden, die aufzeigt, unter welchen Rahmenbedingungen diese Strukturen vermehrt entstehen und die vertieft qualitative Aspekte der Angebote betrachtet.

Abb. 07 | Welchen Einfluss hat die kleinräumige Lage auf die fußläufige Erreichbarkeit?

Die beiden Karten zeigen anhand von zwei Beispielen die Relevanz der kleinräumigen Lage des Angebotsstandortes. Der kleine Kreis zeigt, in welchen Teilen der Ortschaft innerhalb von einem Kilometer ein LEH Standort erreicht werden kann. Der große Kreis zeigt den drei Kilometer Radius. In beiden Beispielen bleibt der Ortskern der Gemeinden aus fußläufiger Perspektive (1 km) unterversorgt.



- Zensuspunkt innerhalb 1 km Radius
- Zensuspunkt innerhalb 3 km Radius
- Zensuspunkt außerhalb 3 km Radius

- LEH Standorte
- Gemeindegrenzen
- Bundes und Landesstraßen

M 1 : 50 000

0 km 0,5 1 2,5

Empirische Untersuchung von Mindestgrößen und Schwellenwerte von Ortsteilen

Um einen Angebotsstandort der Alltagsversorgung wirtschaftlich tragfähig bzw. gewinnbringend zu betreiben, muss eine Mindestzahl an Nutzern erreicht werden, die je nach Angebot und Betriebsform variiert. Die Einwohnerzahl des Ortsteils, in dem das Angebot angesiedelt ist, stellt dabei zunächst das Grundpotenzial an möglichen Nutzern dar. Hinzu kommt ein dem Angebot entsprechendes Einzugsgebiet, welches auch bei Elementen der Grundversorgung häufig in die benachbarten Siedlungseinheiten und Gemeinden hineinreicht.

Die für ganz Bayern durchgeführte Untersuchung auf Ebene der einzelnen Ortsteile zeigt, wo Schwellenwerte für die Bereitstellung der verschiedenen Angebote liegen. Dazu wurde auf Basis der Zensusdaten von 2011 für alle Ortsteile in Bayern eine genaue Einwohnerzahl ermittelt. In der Folge wurde überprüft, ob die Ortsteile eine Kita, Grundschule, hausärztliche Versorgung oder einen LEH-Standort aufweisen.

Die Auswertung zeigt deutliche Schwellenwerte (Abb. 08). Ab einer Größe von 2.000 Einwohnern haben 80 % der Ortsteile einen Versorgungsstandort in allen Angebotsbereichen. Darunter fällt der Anteil der versorgten Ortsteile deutlich ab. Schon bei 1.000-1.500 Einwohnern sind nur noch in 50 % der Ortsteile eine Grundschule, ein Lebensmittelhändler oder ein Hausarzt vorhanden. Bei Ortsteilen mit unter 1.000 Einwohner sinkt der Anteil der Ortsteile mit Versorgungsstandort auf unter 20 %.

Ortsteile mit unter 1.000 Einwohnern sind in Bayern demnach in den meisten Fällen auf die Mitversorgung durch Nachbarorte angewiesen. Ab einer Ortsteilgröße von 2.000 Einwohnern kommen nur vereinzelt Versorgungsausfälle bei alltäglichen Angeboten vor. Weiterführend muss nun betrachtet werden, unter welchen Rahmenbedingungen Versorgungsstandorte vorhanden bzw. nicht mehr vorhanden sind. Hier könnten Konkurrenzen, Lagekriterien etc. ausschlaggebend sein. Beispielsweise konnte -durchaus erwartungsgemäß- beobachtet werden, dass Standorte auch in „zu kleinen“ Ortsteilen häufig dann vorhanden sind, wenn es sich dabei um den größten Ortsteil innerhalb

einer Gemeinde handelt. Auch kleinere Orte in überdurchschnittlich verkehrsgünstigen Lagen weisen häufiger einen Versorgungsstandort auf als peripher gelegene Orte mit einer ähnlichen Einwohnerzahl. Diese Aspekte wurden im Rahmen der Studie jedoch nicht abschließend untersucht und es ist zu vermuten, dass weitere, komplex verknüpfte Einflussgrößen Abweichungen vom Normalfall auslösen können.

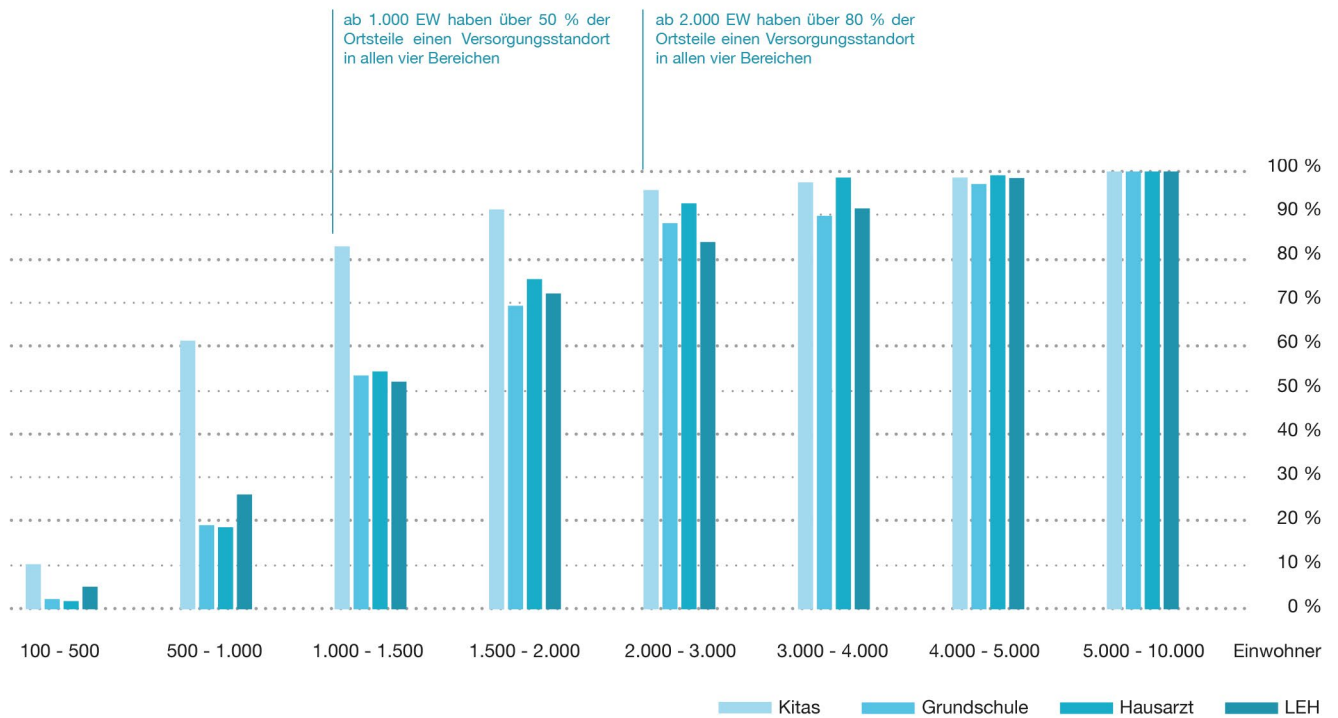
Die Auswertung im Forschungsprojekt zeigt deutliche Unterschiede zwischen den betrachteten Angebotsbereichen. Die Schwellenwerte der Kindertagesbetreuung liegen weit tiefer, als die der anderen Angebote. 60 % der Ortsteile mit 500 - 999 Einwohnern haben einen Kita-Standort. Dabei handelt es sich häufig um Zweitstandorte innerhalb einer Gemeinde. Häufig stellt die Kita die letzte ortsgebundene Infrastruktureinrichtung in kleinen Ortsteilen jenseits des Kernortes dar.

Bei den Orten unter 1.000 Einwohnern zeigt der LEH einen etwas bessern Wert als die Grundschulen oder die hausärztliche Versorgung. Hier scheint der LEH z.B. durch Kleinflächenkonzepte oder Dorfläden flexibler agieren zu können, als die beiden anderen Bereiche.

Die in Bayern regional sehr unterschiedliche Ausprägung der Siedlungsstruktur hat damit Einfluss auf Verteilung und Vorhandensein von Standorten der Alltagsversorgung. In Unterfranken und im nördlichen Schwaben, wo die Siedlungsstruktur sehr konzentriert ist und kaum Ortsteile unter 500 Einwohner zu finden sind, kann bei den Kitas eine fast vollständige Versorgung in der Fläche erreicht werden. In Niederbayern hingegen, wo ausgeprägt kleinteiligen Siedlungsstrukturen zu finden sind, entstehen selbst bei den der Kindertagesbetreuung unterversorgte Bereiche. Hier sind allerdings punktuell größere Orte zu finden, von denen aus die Mitversorgung der kleinteiligen Strukturen organisiert werden kann. Hingegen sind die nördliche Frankenalb oder auch westliche Teile Mittelfrankens so dünn besiedelt, dass kaum ein Ortsteil 500 Einwohner oder mehr aufweist, wodurch für die hier lebende Bevölkerung sehr weite Wege zum nächsten Angebotsstandort entstehen.

Abb. 08 | Ab welcher Größe haben Ortsteile einen Versorgungsstandort?

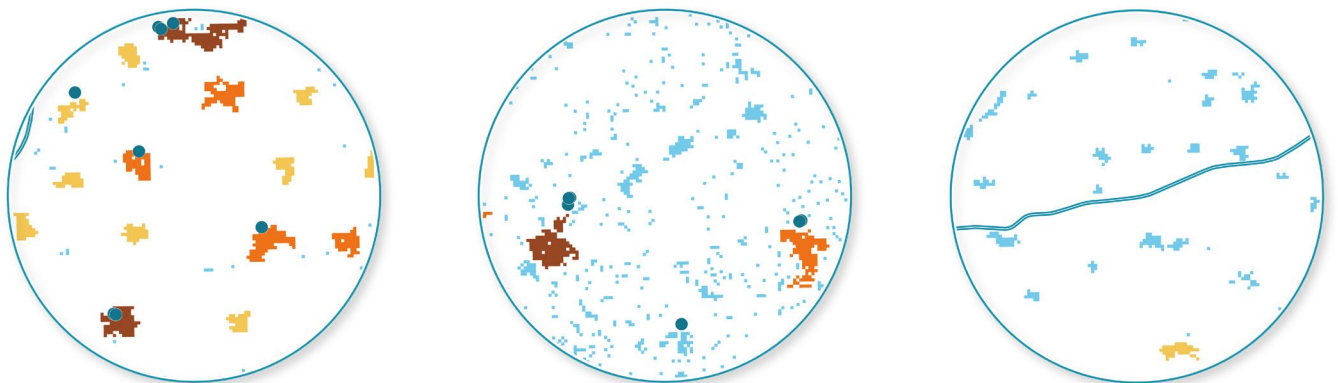
Auf Basis des Zensus 2011 kann jedem zusammenhängenden Siedlungsgebiet in Bayern eine Einwohnerzahl zugewiesen werden. Ausgewertet wurde, ob Ortsteile einer bestimmten Größenklasse einen Angebotsstandort im Siedlungsgebiet haben.



Eigene Berechnung, Standortdaten: Kita/Grundschulen: BY Landesamt für Statistik, Hausärzte: Kassenärztliche Vereinigung Bayern, LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH // Datenbasis Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Abb. 09 | Welche Relevanz hat die Größe von Ortsteilen in verschiedenen Siedlungsstrukturen?

Die Zoom-Ins zeigen, wie sich Größe und Verteilung von Ortsteilen in verschiedenen Siedlungsstrukturen in Bayern unterscheiden. Korrelationen zwischen Ortsteilgröße und der Verteilung von LEH Standorten werden sichtbar.

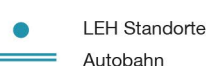


Unterfranken: Größere Ortsteile ermöglichen eine bessere Verteilung der Standorte in der Fläche. Teilweise sind auch Ortsteile mit unter 1.000 Einwohnern versorgt.

Niederbayern: Neben den vereinzelt größeren Orten wird die Siedlungsstruktur so kleinteilig, dass nur in Ausnahmefällen kleine Dorfläden die Versorgung in der Fläche übernehmen.

Nördliche Frankealb: Die Ortsteile werden in diesem Gebiet so klein, dass flächig keine Standorte vorhanden sind.

Anzahl Einwohner im Ortsteil



M 1 : 100 000



Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung 2017, ATKIS Basis DLM // Standortdaten LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH, Stand 12/2017
Datenbasis Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Versorgung in der Fläche durch kleine Elemente

In der beispielhaften Gegenüberstellung von Kindertagesbetreuung und Grundschulen können zwei grundlegende Prinzipien der flächigen Versorgung illustriert werden.

Die Kindertagesbetreuung erreicht mit einer Anzahl von ca. 8.600 Standorten eine gute Versorgung in der Fläche. Da bereits mit wenigen Kindern ein Standort betrieben werden kann, sind auch in sehr kleinen Ortsteilen Angebote zu finden. In Gebieten mit günstiger Siedlungsstruktur kann innerhalb des drei Kilometer-Radius eine vollständige Versorgung der Bevölkerung erreicht werden.

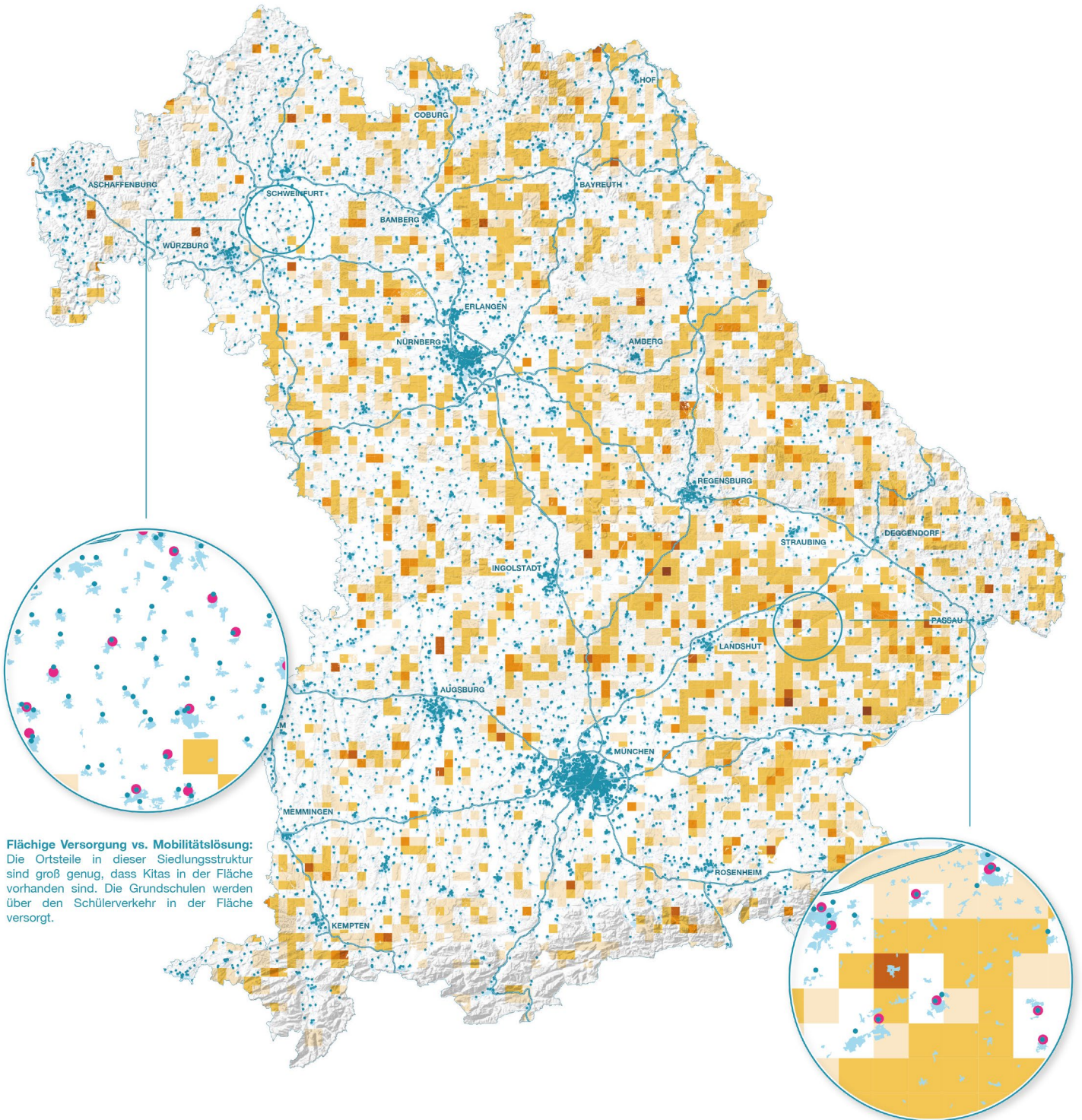
Bei den Grundschulen ist im Gegensatz dazu eine wesentlich konzentriertere Standortstruktur zu erkennen. Um die Erreichbarkeit der ca. 2.400 Grundschulstandorte für alle Kinder im Schulsprengel zu gewährleisten, wird der Schülerverkehr als Kompensationsmaßnahme in der Fläche betrieben.

Für kleinere Ortsteile stellt die Kita häufig die letzte ortsgebundene Infrastruktur dar. Auch wenn sich die Mitversorgung, über zum Teil bestehende Mobilitätslösungen wie z.B. dem Schülerverkehr, organisieren lassen würde, stellen diese kleinsten Angebote in den Orten häufig wichtige Kristallisationspunkte dar, an denen sozialer Austausch stattfindet. In Gebieten wie Niederbayern, wo Kita und Grundschule häufig schon am selben Ort liegen, kann eine Kopplung mit dem Schülerverkehr zu einer Verbesserung der Versorgungssituation führen. In Unterfranken kann das Etablieren einer Mobilitätslösung auch im Vorschulalter hingegen den Effekt haben, dass weitere Angebote in der Fläche verschwinden.

Der wichtige Aspekt der kleinsten Elemente, die wesentlich zur Attraktivität des ländlichen Raums beitragen, wird in Kapitel 3 und 4 dieses Berichts weiter vertieft.

Abb. 10 | Wie wird in verschiedenen Angebotsbereichen die Versorgung in der Fläche erreicht?

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie vom nächsten Kinderbetreuungsstandort entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. In den Zooms sieht man die Verteilung der Kinderbetreuungsstandorte gegenübergestellt mit Grundschulstandorten.



Flächige Versorgung vs. Mobilitätslösung:
Die Ortsteile in dieser Siedlungsstruktur sind groß genug, dass Kitas in der Fläche vorhanden sind. Die Grundschulen werden über den Schülerverkehr in der Fläche versorgt.

Bündelung der Grundschul- und Kita Standorte an einem Standort: In Gebieten, wo die Standorte von Kitas und Grundschulen bereits am selben Standort liegen, kann die Erreichbarkeit der Kitas durch Kopplung an den Schülerverkehr verbessert werden.

Anzahl Einwohner > 3 km Luftlinie zum nächsten Kita Standort

0 - 10	500 - 1 000
10 - 100	1 000 - 2 000
100 - 500	2 000 - 3 000

- BY: Kita Standorte
- Zoom Kita Standorte
- Zoom Grundschulstandorte

M 1 : 2 000 000



Kleinflächenkonzepte im Lebensmitteleinzelhandel

Auch im LEH spielen Kleinflächenkonzepte eine wichtige Rolle für die flächige Versorgung. Von den insgesamt 5.771 LEH-Standorten in Bayern weisen 1.208 eine Verkaufsfläche von unter 400 m² auf. Da zunehmend auch in Städten Kleinflächenkonzepte etabliert werden, liegen viele davon in Ballungsräumen. Um die Bedeutung der kleinen Läden für die Versorgung in der Fläche zu bewerten, wurden zwei Datensätze – einmal mit Kleinstversorgern und einmal ohne – untersucht.

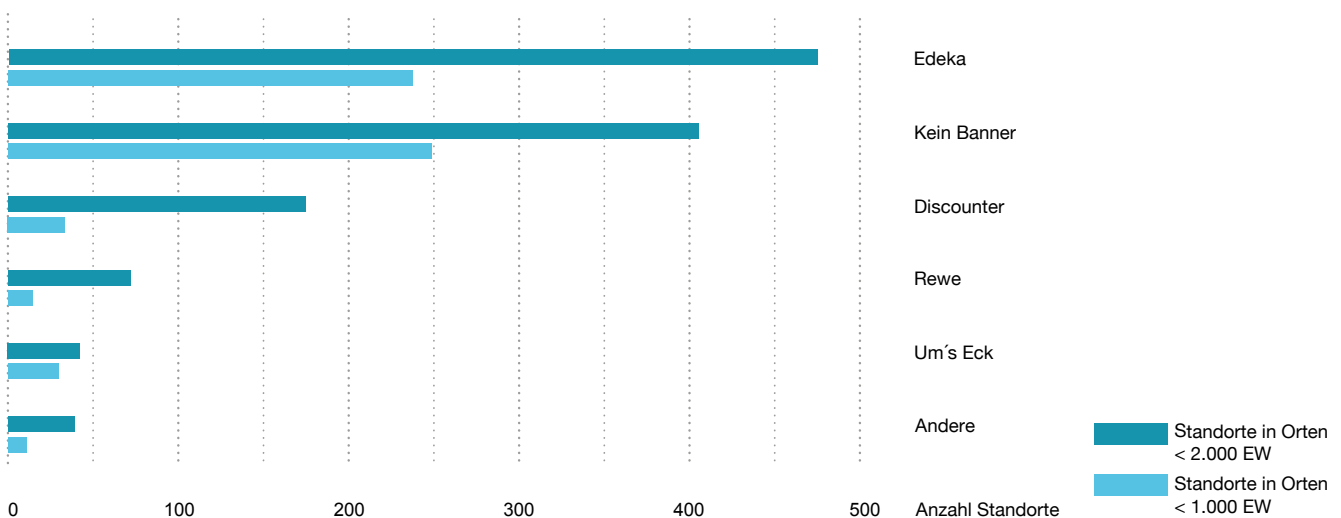
Berücksichtigt man den gesamten Datensatz inklusive Kleinflächenkonzepte, sind ca. 1.110.000 Einwohner weiter als drei Kilometer Luftlinie vom nächsten Standort entfernt. Schließt man die Kleinstversorger aus der Betrachtung aus, steigt die Anzahl der unterversorgten Einwohner auf ca. 1.970.000. Somit ergibt sich eine Differenz von ca. 860.000 Einwohnern –mehrwahlteillich im ländlichen Raum– die ohne den vorhandenen Kleinstanbieter mehr als drei Kilometer zurücklegen müssten, um sich zu versorgen.

Um die Bedeutung verschiedener Betreiber für die Versorgung in der Fläche zu bewerten, wurden alle LEH-Standor-

te ausgewertet, die sich in Ortsteilen befinden, die weniger als 2.000 bzw. 1.000 Einwohner haben (Abb. 11). Ein großer Anteil der Standorte sind Filialen der Edeka-Gruppe. An zweiter Stelle der Statistik finden sich die Anbieter „ohne Banner“. Kein Banner bedeutet, dass hier inhabergeführte Läden, Dorfläden oder weitere Betriebsformen berücksichtigt werden. Während in Orten mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern die bannerangehörigen Läden überwiegen, gewinnen die bannerlosen an Bedeutung, je kleiner die Ortsteile sind. In manchen Räumen tragen regionale Anbieter wie Feneberg (südliches Schwaben) oder Tegut (Unterfranken) mit Standorten auch in kleinen Ortsteilen zur Versorgung in der Fläche bei.

Auffällig sind zudem die räumlichen Unterschiede bezüglich des Auftretens von Kleinstanbietern. Eine besonders hohe Zahl findet man im südlichen und südöstlichen Teil Bayerns. In einigen Bereichen wird hier eine nahezu flächendeckende Versorgung erreicht. Im Bereich rund um Nürnberg findet man hingegen kaum Kleinstanbieter. Hier müssen mitunter die größten Distanzen zum nächsten LEH zurückgelegt werden.

Abb. 11 | Welche Anbieter versorgen kleine Orte im ländlichen Raum?



Eigene Berechnung auf Basis Standortdaten LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH, Stand 12/2017 und Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Räumliche Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel 2005-2017

Im Lebensmitteleinzelhandel findet seit Jahrzehnten ein Strukturwandel statt, der zu einem kontinuierlichen Rückgang der Anzahl von Angebotsstandorten bei gleichzeitig zunehmenden Verkaufsflächenzahlen und zunehmend standardisierten Betriebsformaten führt. Im Rahmen der vorliegenden Betrachtung wurde untersucht, wie sich durch diese Prozesse in den letzten zwölf Jahren die räumliche Struktur der Versorgung in Bayern verändert hat.

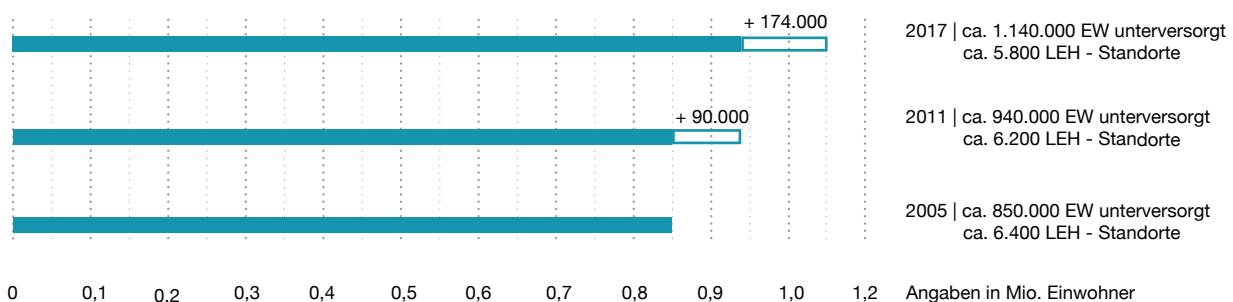
Der Untersuchung liegen vergleichbare Datensätze zum LEH zu drei Zeitpunkten (2005/2011/2017) zugrunde. Für alle drei Zeitpunkte wurde die Anzahl der Einwohner ermittelt, die über drei Kilometer zum nächsten Standort zurücklegen müssen. Gesamträumlich betrachtet kann ein kontinuierlicher Anstieg der betroffenen Einwohnerzahlen und -anteile beobachtet werden. Im Jahr 2005 mussten 850.000 Einwohner mehr als drei Kilometer zurücklegen, 2011 waren es 940.000 und 2017 ist die Zahl auf 1.114.000 Einwohner angestiegen.

Die Zunahme der Unterversorgung hat sich dabei in den beiden Betrachtungsperioden fast verdoppelt (2005-2011:

+90.000 EW / 2011-2017: +174.000 EW). Wesentlichen Anteil an der hohen Steigerung von 2011-2017 hat die Entwicklung, dass weniger Neustandorte in Orten errichtet wurden, in denen es bislang keinen Standort gab. Während von 2005-2011 noch 115.000 Einwohner durch Neustandorte eine bessere Versorgung erhielten, waren es von 2011-2017 nur noch 62.000 Einwohner. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Einwohner, die durch den Wegfall von Einzelstandorten schlechter versorgt sind relativ konstant bei 204.000 EW von 2005-2011 und 234.000 EW von 2011-2017. Im Saldo entsteht dadurch die beschleunigte Angebotsverschlechterung.

Regional kann in der Entwicklung der Versorgung im LEH ein leichtes Süd-Nord-Gefälle festgestellt werden. Im nördlichen Bereich Bayerns ist ein stärkerer Anstieg der Unterversorgung zu verzeichnen als im Süden. Zudem finden die meisten strukturelevanten Veränderungen (Wegfall oder Verlagerung des letzten verbliebenen Standortes) in Orts teilen unter 2.000 Einwohner statt. In größeren Orten sind kleinräumige Veränderungen der Standorte und Anbieter zu beobachten.

Abb. 12 | Wie hat sich die Zahl der Einwohner, die innerhalb von 3 km keinen LEH erreichen, seit 2005 entwickelt?



Eigene Berechnung auf Basis Standortdaten LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH, Stand 12/2017, 12/2011, 12/2005 und Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Der Einfluss des Strukturfaktors Bevölkerungsentwicklung

Der quantitative Aspekt des Bevölkerungswachstums bzw. vor allem des Bevölkerungsrückgangs wird in der öffentlichen Diskussion als einer der dominanten Treiber für den Verlust von Versorgungsangeboten geführt. Es muss also der Vermutung nachgegangen werden, dass stagnierende oder schrumpfende Gemeinden stärker vom Ausfall von Versorgungseinrichtungen betroffen sind als andere.

Obwohl der Aspekt der Tragfähigkeit gerade in sehr dünn besiedelten Gebieten durchaus für die Aufrechterhaltung der Struktur ausschlaggebend ist, zeigt die rechts gezeigte, vertiefende Untersuchung, dass der Faktor der kleinteiligen räumlichen Struktur in dieser Betrachtung unzulässig verkürzt wird. Wie die bereits erläuterten Ergebnisse der Untersuchungen auf Gemeinde bzw. Ortsteilebene zeigen, spielt die innere räumliche Struktur in der Gemeinde, bzw. die Größe und Verteilung von Ortsteilen eine erhebliche Rolle für die Versorgungssituation.

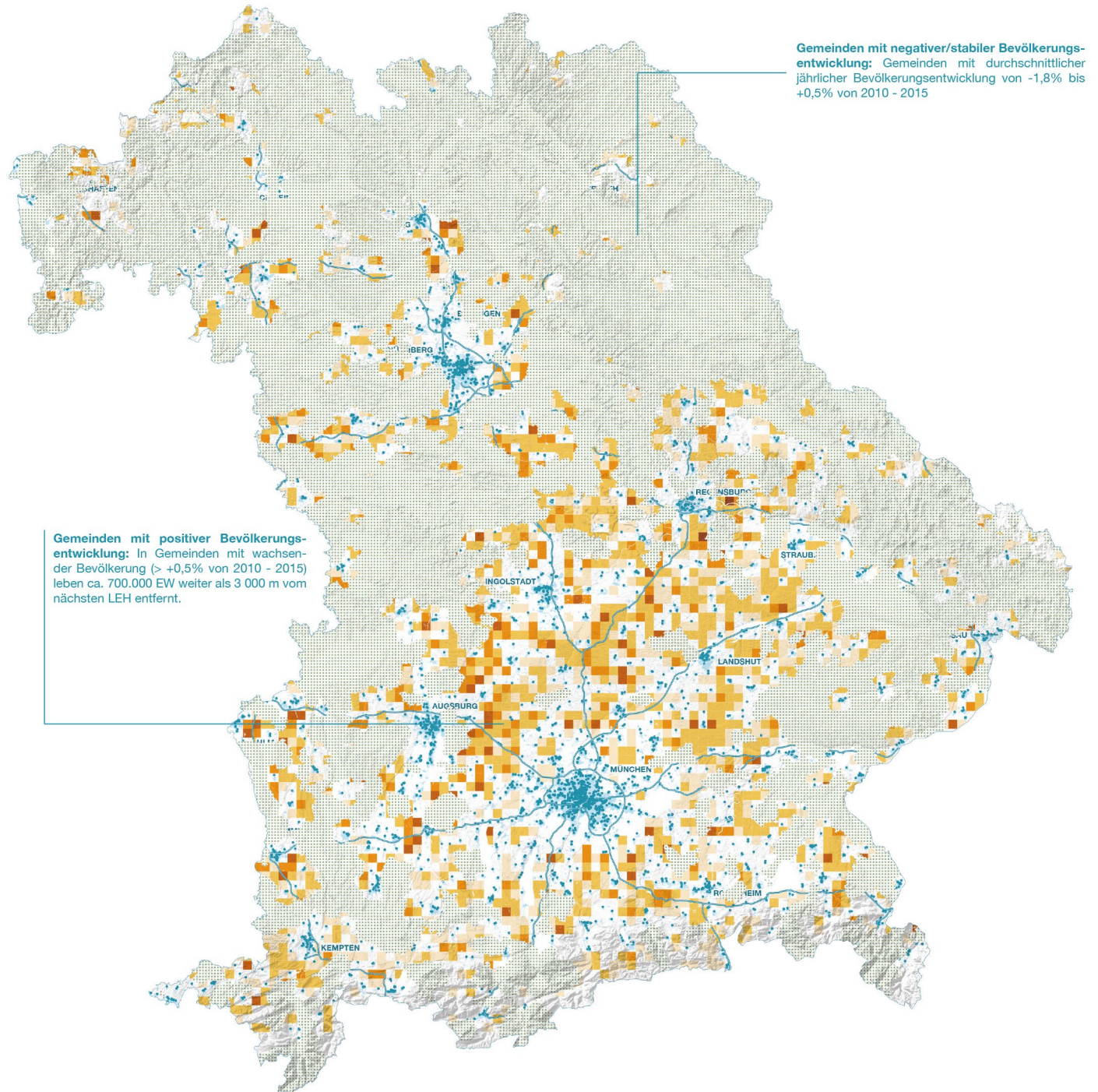
In diesem Zusammenhang konnte ein durchaus überraschendes Ergebnis erarbeitet werden: Die rechte Abbildung zeigt, mit einer grünen Maske abgedeckt, alle Gemeinden, die von 2010 – 2015 eine durchschnittliche jährliche Bevölkerungsentwicklung von -1,8 bis +0,5 % aufweisen. Das heißt Gemeinden mit einer negativen, oder nur leicht positiven Bevölkerungsentwicklung sind in dieser Darstellung nicht sichtbar. Alle nicht abgedeckten, in der Grafik Weiß oder als gelbe Rasterzellen erscheinenden Bereiche weisen hingegen einen durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungszuwachs von mehr als +0,5 % auf, bezeichnen also die Gruppe der wachsenden und stark wachsenden Gemeinden. Obwohl in diesen Gebieten eine positive

Bevölkerungsentwicklung vorliegt ist die Gesamtanzahl der Einwohner, die über drei Kilometer vom nächsten LEH-Standort entfernt leben mit ca. 700.000 Einwohnern ähnlich hoch, wie in Gebieten mit negativer Bevölkerungsentwicklung. Gebiete mit potenziell unterversorgten Räumen lassen sich folglich nicht ausreichend mit demografischen Daten identifizieren.

Bei der feinteiligen Betrachtung muss aber beachtet werden, dass die Bevölkerungsentwicklung auf die gesamte Gemeinde hochgerechnet wird und anzunehmen ist, dass sich der Bevölkerungszuwachs ungleichmäßig auf die Ortsteile verteilt, mit geeigneter Bauleitplanung vor Ort also durchaus die Versorgungssituation steuerbar ist, Entwicklungen in Randlagen hingegen sogar eher das Potenzial haben, für wachsende Teile der Bevölkerung keine ausreichende Erreichbarkeit zur Versorgungsinfrastruktur herzustellen. Um hier genauere Aussagen zur Auswirkung der Bevölkerungsentwicklung zu machen, müsste auf räumlich feiner aufgelöste Daten wie den Zensus 2011 – allerdings im Zeitverlauf – zurückgegriffen werden. Diese sind zwar auf gemeindlicher Ebene aus den Meldedaten ableitbar, aber in einem flächendeckenden Datensatz für Bayern auch für die Forschung nicht zugänglich. Der durchaus bedeutenden Frage, ob die Wachstumsprozesse sogar die Situation verschärft – weil die Versorgungsinfrastruktur unter Umständen nicht ausreichend mitwächst – kann in dieser Studie ebenso aufgrund der fehlenden räumlichen Auflösung der Bevölkerungsentwicklung nicht detailliert nachgegangen werden, wäre aber dringend für die zukünftige Raumbewertung wünschenswert.

Abb. 13 | Sind Gemeinden mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung besser versorgt?

Die Darstellung zeigt als Grundkarte die Kartierung zum LEH. Darüber liegt in Grün eine Maske, die alle Gemeinden verdeckt, deren durchschnittliche jährliche Bevölkerungsentwicklung von 2010 - 2015 weniger als +0,5 % betragen hat. Sichtbar sind damit nur Gemeinden, in denen eine positive Bevölkerungsentwicklung vorliegt.



Gemeinden mit positiver Bevölkerungsentwicklung: In Gemeinden mit wachsender Bevölkerung (> +0,5% von 2010 - 2015) leben ca. 700.000 EW weiter als 3 000 m vom nächsten LEH entfernt.

Gemeinden mit negativer/stabiler Bevölkerungsentwicklung: Gemeinden mit durchschnittlicher jährlicher Bevölkerungsentwicklung von -1,8% bis +0,5% von 2010 - 2015

Anzahl Einwohner > 3 km Luftlinie zum nächsten LEH Standort



2.3

Ergebnisse der quantitativen Befragung zur Alltagsversorgung in 17 Vertiefungsräumen

Aussagen darüber, wie gut eine Region versorgt ist, sind nicht ausschließlich an einer strukturellen Perspektive festzumachen. Das reine Vorhandensein eines Angebotsstandortes in Wohnortnähe sagt noch nichts über die Qualität der Versorgung oder über individuelle Bedürfnisse der Bevölkerung und daraus folgenden Bedarfsanmeldungen aus. In vielen Prozessen der ländlichen Entwicklungen ist aber gerade diese Bottom-up-Perspektive wichtiger Baustein der Konzepterarbeitung und Durchführung, erlaubt sie doch sehr orts- und kontextspezifisches und damit effizientes Handeln. Aus diesem Grund wurde für den zweiten Teil des Bausteins A: Raumwissen eine Befragung von Kommunen zur Situation der Alltagsversorgung durchgeführt.

Die quantitative Befragung mittels eines Online-Tools richtete sich an kommunale Akteure in ausgewählten Vertiefungsregionen und verfolgte das Ziel, eine Einschätzung der aktuellen Situation der Alltagsversorgung vor Ort zu erhalten. Befragt wurden 317 Kommunen in Bayern, die auf Basis der räumlich-strukturellen Untersuchung ausgewählt wurden. Die Auswahl der Vertiefungsräume erfolgte dabei in mehreren Schritten. Ziel war es in den Vertiefungsräumen eine möglichst große Breite struktureller Unterschiede abzubilden.

Auswahl der Vertiefungsräume

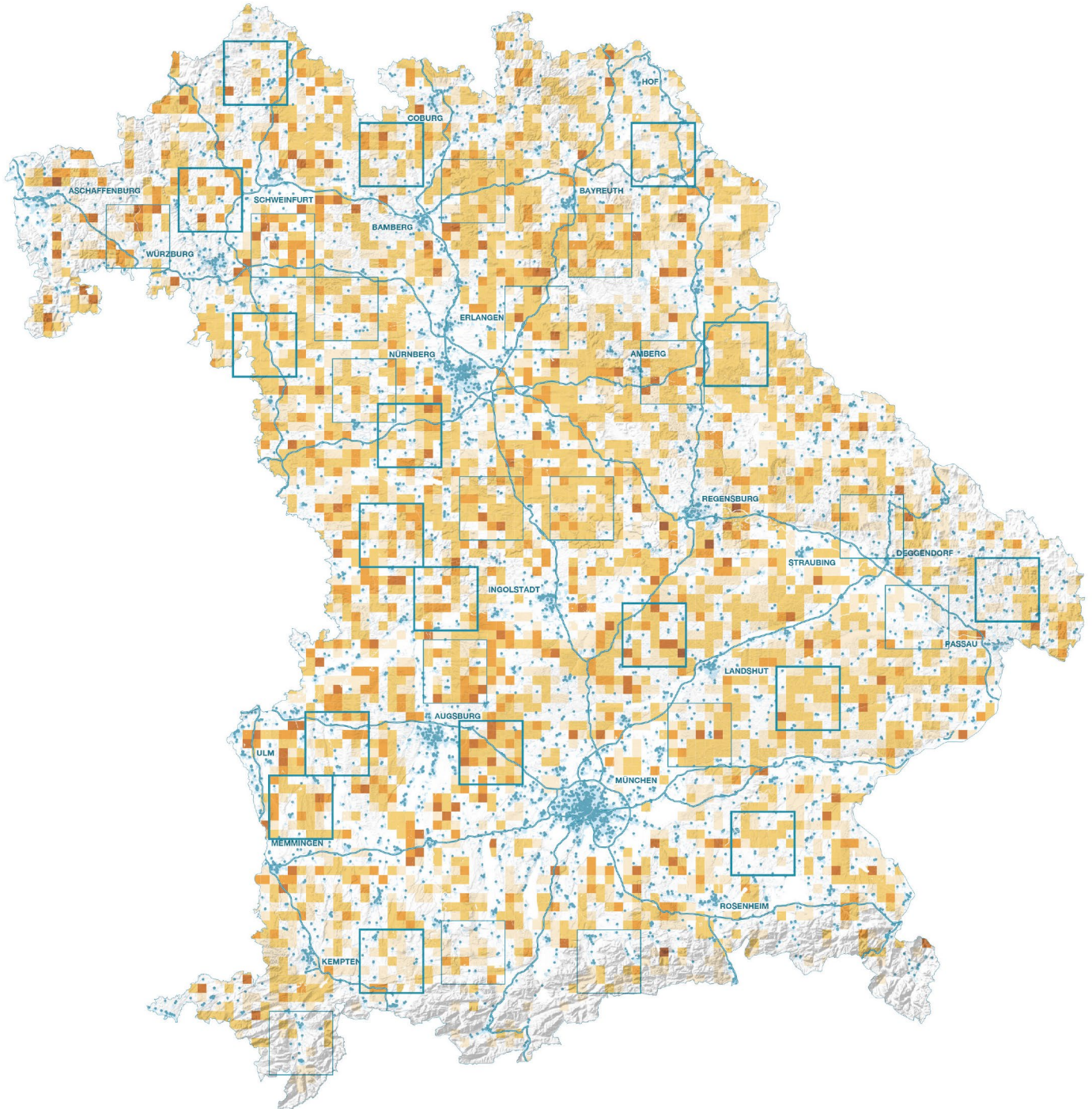
Für die Auswahl der Vertiefungsräume wurden als Referenzkarten der Lebensmitteleinzelhandel, als privatwirtschaftlich organisiertes Angebot, und die Grundschulen,

als öffentlich bereitgestelltes Angebot, zugrunde gelegt. In beiden Kartierungen wurden Räume ausgewählt, die entweder eine überdurchschnittlich hohe oder eine sehr niedrige Anzahl an Einwohnern aufweisen, die über drei Kilometer vom nächsten Standort entfernt leben. So konnte eine Grundmenge von ca. 30 strukturell auffälligen Räumen erarbeitet werden. Die Auswahl erfolgte in diesem Schritt anhand von gleich großen Quadraten mit 21 km Seitenlänge (7x7 Rasterzellen aus der Grunduntersuchung) und ist damit unabhängig von administrativen Grenzen.

Mit dem Ziel einer systematischen Reduktion der Vertiefungsräume, wurden die 30 Räume hinsichtlich der Indikatoren Bevölkerungsdichte (dünn/mittel/dicht besiedelt), Siedlungsstruktur (flächig/korridorartig besiedelt) und der Art und Ausprägung der Versorgungszentren (ein dominantes Zentrum/mehrere gleichwertige Zentren/keine Hierarchie abzulesen) bewertet. Anhand dieser Bewertung wurden Gruppen ähnlich strukturierter Räume gebildet. Innerhalb der Gruppen wurde eine Reduktion durchgeführt, sodass von jeder Merkmalsausprägung mindestens ein Raum erhalten bleibt. Zusätzlich wurde berücksichtigt, dass aus Schritt 1 sowohl gut, als auch schlecht versorgte Räume erhalten bleiben. Die verbleibenden 17 Räume werden als Vertiefungsräume für die Befragung festgelegt. Da die Befragung auf kommunaler Ebene durchgeführt wurde, wurden die ausgewählten Räume in administrative Einheiten übersetzt.

Abb. 14 | Auswahl der Vertiefungsräume auf Basis der räumlich strukturellen Untersuchung

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie vom nächsten LEH Standort entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. Weiße Gebiete bedeuten entweder, dass alle Einwohner versorgt sind, oder dass es sich um unbesiedeltes Gebiet handelt. Die petrofarbenen Kästchen zeigen die Auswahl der Vertiefungsräume in zwei Stufen: Die dick umrahmten Kästchen zeigen die 17 final aufgewählten Vertiefungsräume.



Anzahl Einwohner > 3km vom nächsten LEH Standort	
□ 0 - 10	■ 500 - 1 000
■ 10 - 100	■ 1 000 - 2 000
■ 100 - 500	■ 2 000 - 3 000

□	Auswahl 1. Stufe
□	Auswahl 2. Stufe
●	LEH Standorte
—	Autobahn

M 1 : 2 000 000



Konzeption der Befragung

Die Konzeption der Befragung erfolgte in erster Linie auf Basis einer Literaturanalyse, sowie den Erkenntnissen der Auswertung der Entwicklungskonzepte ausgewählter Vertiefungsräume (siehe Zwischenbericht: Michaeli et al. 2018). Die Literaturanalyse erfolgte vor dem Hintergrund der Fragestellungen: 1) Was sind die grundsätzlichen Funktionsmuster von Lebensmitteleinzelhandel?, 2) Welche Auswirkungen haben diese Funktionsmuster auf die Nahversorgung im ländlichen Raum?, 3) Welchen Stellenwert nehmen Lieferketten, Logistikmanagement und Aspekte wie Automatisierung, Rationalisierung und Digitalisierung ein?.

Die Analyse der Entwicklungskonzepte ausgewählter Kommunen erfolgte vor der Fragestellung, welche Themen der Daseinsvorsorge bzw. der Alltagsversorgung auf kommunaler Ebene thematisiert und bearbeitet werden. Die Quintessenz dieser umfassenden Betrachtung ist, dass es offensichtlich ein kaum entwickeltes „Problem-Ownership“ gibt und die Kommunen die Themen nicht vordergründig bespielen. Diese Einschätzung deckt sich mit befragungsbasierten Erkenntnissen, welche im Rahmen früherer Untersuchungen der TU München durchgeführt wurden (Michaeli et al. 2016).

Im Fokus der quantitativen Befragung steht die Selbsteinschätzung der Alltagsversorgung vor Ort durch die jeweilige Kommune. Thematisch hat die Befragung folgende Themenblöcke abgedeckt:

- Qualität der Alltagsversorgung und der Versorgungseinrichtungen
- ÖPNV und Erreichbarkeiten
- Unterversorgung
- Externe Einflüsse auf die Alltagsversorgung
- Einschätzung erwartbarer Entwicklungen

An dieser Stelle sei zur richtigen Einordnung der Ergebnisse der quantitativen Befragung darauf hingewiesen, dass viele Fragen auf die Wahrnehmung oder Einschätzung

von vergangenen, aktuellen und zukünftigen Ereignissen abzielten und die Beantwortung des Fragebogens in der Regel durch eine Person in der Kommunen vorgenommen wurde. Subjektive Einfärbungen können sich demnach in den Ergebnissen widerspiegeln. Da eine Qualitätsanalyse der Einrichtungen durch die Forschenden vor Ort nicht flächendeckend möglich war, wurden auf die Einschätzung und Beurteilung der Experten vor Ort zurückgegriffen. Kontrollfragen innerhalb des Fragebogens sollen anzeigen, ob die Bewertung diskursiv aufgeladen ist oder nicht.

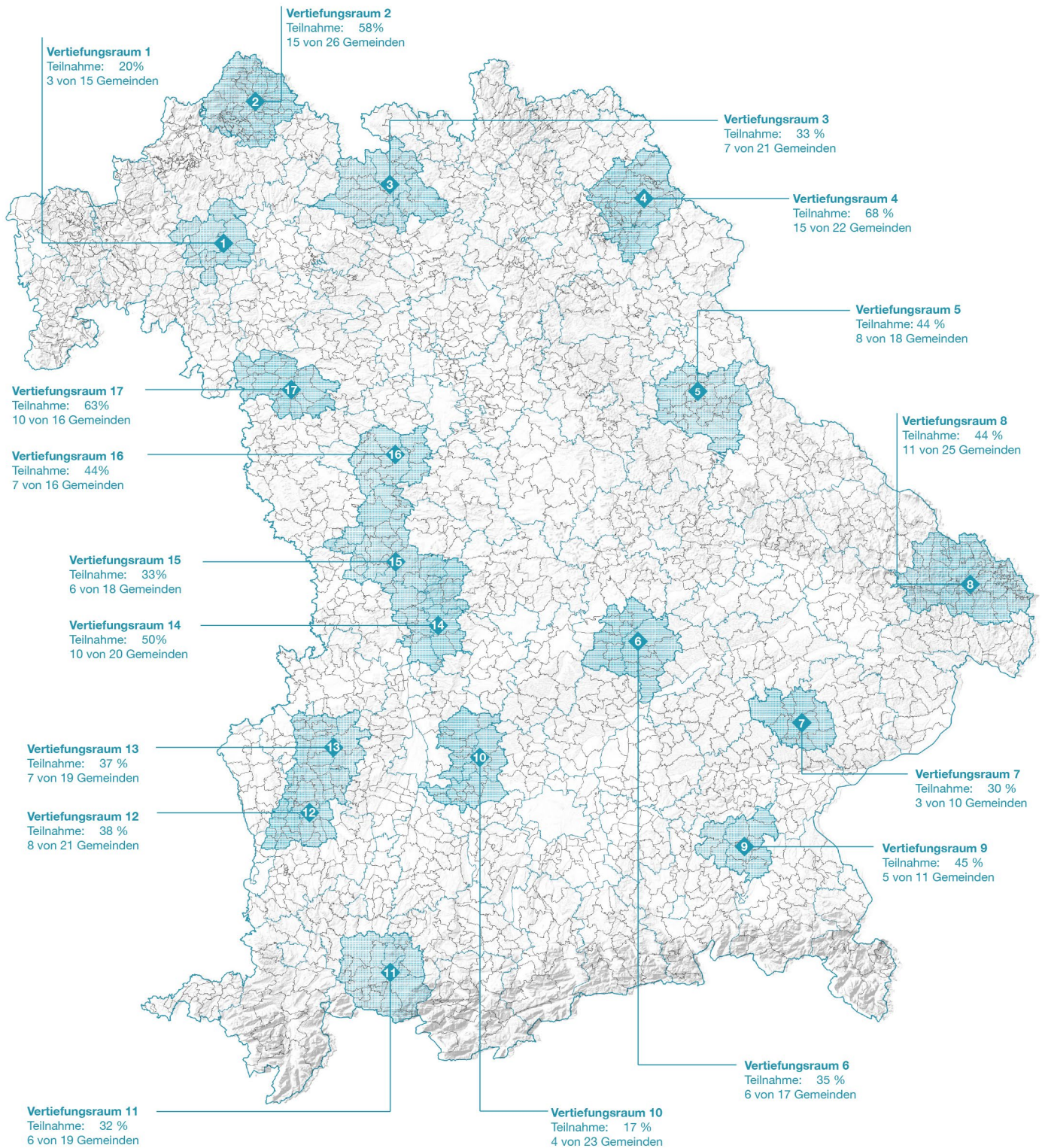
Durchführung der Online-Befragung

Das Adresspanel der quantitativen Online-Befragung umfasste 317 Kommunen. Die quantitative Befragung fand im Zeitraum vom 11.12.2017 bis 24.01.2018 statt. Am 03.01.2018 und am 15.01.2018 wurden Erinnerungsmails an die Kontakte des Adresspanels gesendet, die bis zum jeweiligen Zeitpunkt noch nicht an der Befragung teilgenommen hatten. Als methodische Hürden stellten sich zum einen die Firewalls der Kommunen heraus, weshalb einige Kommunen telefonisch kontaktiert und der individuelle Befragungslink nochmals individuell und persönlich zugesendet werden musste. In Untersuchungsräumen mit unterdurchschnittlicher Rücklaufquote wurden die Kommunen ebenfalls telefonisch kontaktiert und um eine Teilnahme an der Befragung gebeten. Als Hinderungsgrund wurde oftmals darauf hingewiesen, dass die Bürgermeister ehrenamtlich tätig sind und es keine zeitlichen Ressourcen für die Teilnahme an einer Befragung gibt, bzw. so viele Einladungen zu Befragungen eingehen, dass an diesen generell nicht teilgenommen wird.

Insgesamt konnte ein Rücklauf von 41,3% (131 Datensätze, davon 127 vollständige und 4 unvollständige, aber weit fortgeschrittene Datensätze) erzielt werden. Abbildung 25 veranschaulicht den Rücklauf aus den 17 Untersuchungsräumen. Mehrheitlich konnte ein Rücklauf aus den Regionen zwischen 30% und 50% erzielt werden.

Abb. 15 | Rücklauf aus den befragten Kommunen

Die Darstellung zeigt die 17 nach Gemeindegrenzen abgegrenzten Vertiefungsräume sowie den Rücklauf aus den befragten Kommunen.



— Gemeindegrenzen
 ■ Befragte Gemeinden

M 1 : 2 000 000
 0 km 20 50 100

Ergebnisse der quantitativen Befragung zur Alltagsversorgung

Nachfolgend wird auf zentrale und teilweise auch überraschende Ergebnisse der quantitativen Erhebung eingegangen. In Kapitel 2.4, in welchem Rahmenbedingungen und Muster in verschiedenen Angebotsbereichen diskutiert werden, fließen ebenso Ergebnisse der Befragung ein, die für die Bereiche Lebensmitteleinzelhandel, Kindertagesbetreuung, Grundschulen und hausärztliche Versorgung gezielt ausgewertet wurden.

Qualität der Versorgung

Unter Qualität der Versorgung wird das ausreichende Angebot an Dienstleistungen, Gütern und Einrichtungen verstanden, welche aus Perspektive der Bevölkerung für die Gestaltung des Alltags notwendig sind. Damit unterscheidet sich die Fragestellung dieses komplementären Untersuchungsteils substantiell vom strukturellen Ansatz. In der Überkreuzung beider Untersuchungsergebnisse werden neue Erkenntnisse ermöglicht.

Legende Diagramme und Text

Kategorien der Gemeinden nach Einwohnerzahl

- K1: 5.000 - 22.0000 Einwohner
- K2: 3.000 - 5.000 Einwohner
- K3: 2.000 - 3.000 Einwohner
- K4: 1.000 - 2.000 Einwohner
- K5: 0 - 1.000 Einwohner

Statistik

- N Grundgesamtheit
- n Anzahl der Merkmalsausprägungen

Zeitangaben zur Sicherung von Standorten

- Langfristig gesichert: Zeithorizont von 8 Jahren und mehr
- Mittelfristig gesichert: Zeithorizont von 4-8 Jahren
- Kurzfristig gesichert: Zeithorizont von 1-3 Jahre
- Akut gefährdet: Zeitraum unterhalb eines Jahres

In einer Gesamtbetrachtung der Qualitäten der Alltagsversorgung (Abb. 16) schätzen über 60 % der befragten Kommunen die Qualität der Alltagsversorgung in der eigenen Kommunen als »mittelmäßig« (33,6 %) und »eher gut« (32,8 %) ein. Während 21,4 % die Qualität der Versorgung als »eher schlecht« und 2,3 % als »sehr schlecht« beschreiben. Als »sehr gut« wird die Qualität der Alltagsversorgung von 9,9 % der befragten Kommunen eingeschätzt. Demnach nehmen über 70 % der befragten Kommunen die Qualität der Alltagsversorgung in der eigenen Kommune als »mittelmäßig« oder besser wahr.

Betrachtet man die Bewertung der Qualitäten der Versorgung einzelner Versorgungseinrichtungen im Kernort der Kommune (Abb. 17) so zeigt sich in einer Gesamtbetrachtung, dass die Bewertung der Qualität im Kernort mit der Größe der Kommunen korreliert und die Qualität der Versorgung in den größeren Kommunen besser bewertet wird. Hinsichtlich der Bewertung der Versorgungsqualitäten von Lebensmitteleinzelhandel, Hausärztlicher Versorgung und Apotheken ist der Sprung zwischen den Kategori-

Abb. 16 | Wie wird die Qualität der Alltagsversorgung in der Kommune (Kernort und Ortsteile) eingeschätzt?

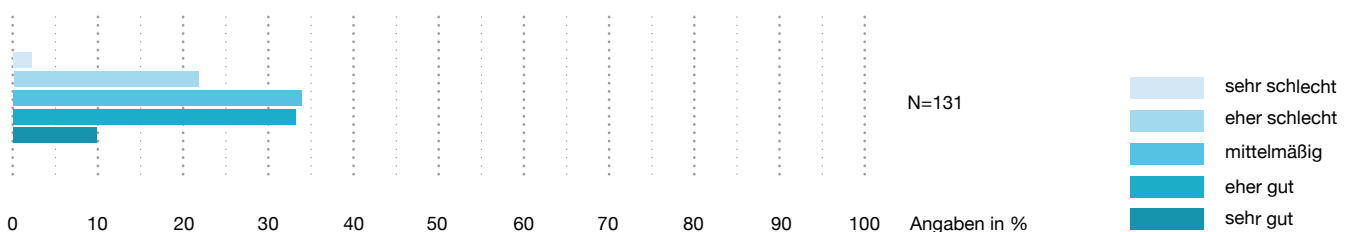
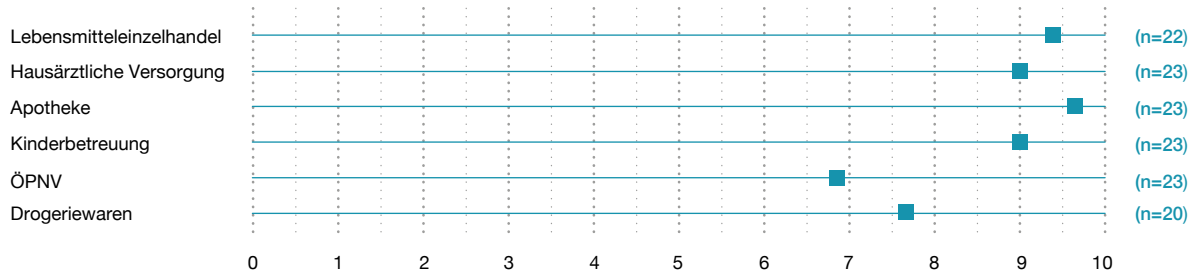
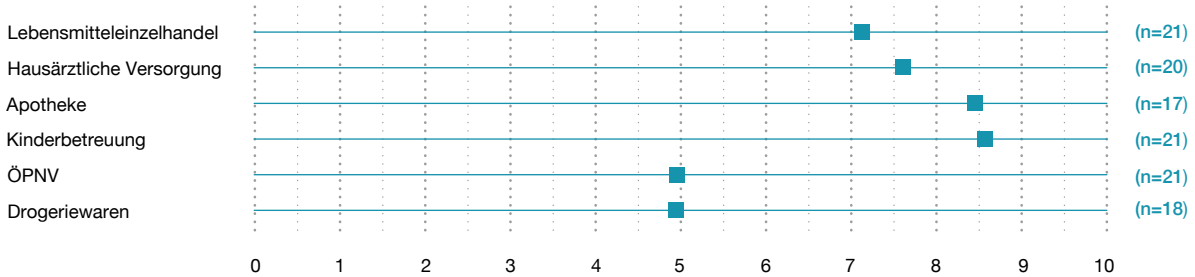


Abb. 17 | Wie wird die Qualität der Alltagsversorgung im Kernort der Kommune für verschiedene Angebotsbereiche eingeschätzt?

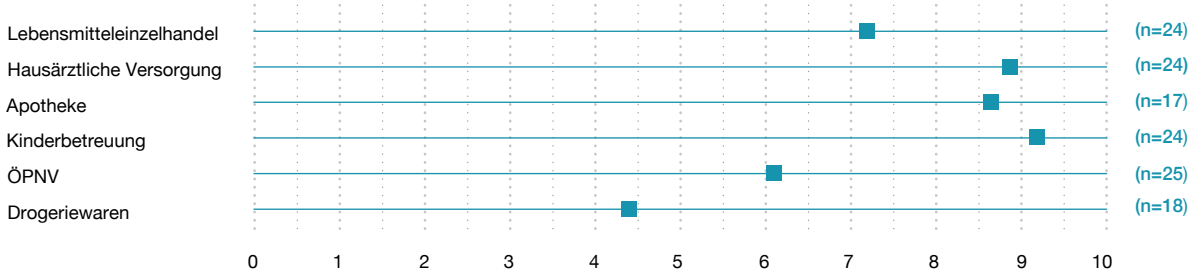
K1 (N=23) | 5.000 - 22.000 Einwohner



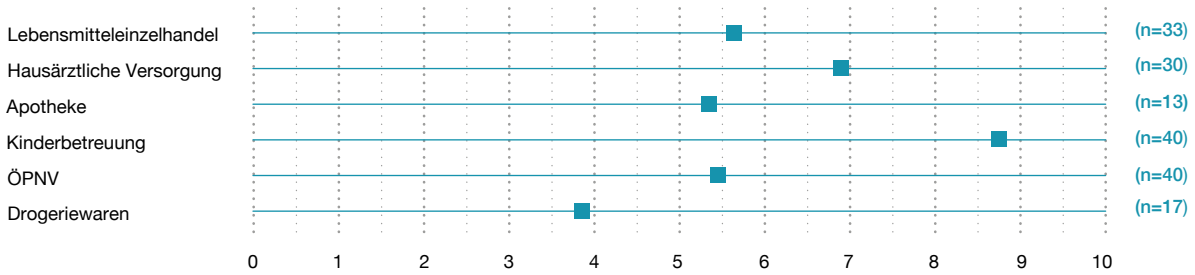
K2 (N=21) | 3.000 - 5.000 Einwohner



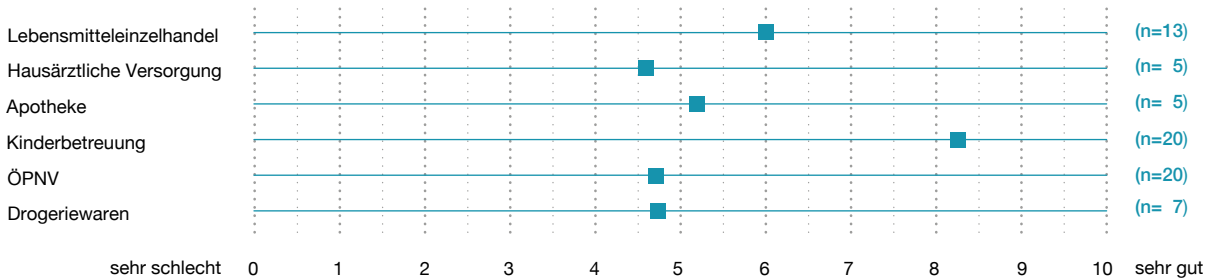
K3 (N=26) | 2.000 - 3.000 Einwohner



K4 (N=40) | 1.000 - 2.000 Einwohner



K5 (N=21) | 0 - 1.000 Einwohner



en K1, K2, K3 auf der einen Seite sowie den Kategorien K4 und K5 auf der anderen Seite augenfällig. Besonders hervor sticht die Bewertung der Versorgungsqualitäten der Kinderbetreuung, die Bewertungen von über »8« auf einer zehnteiligen Skala erhält. Orte der Kategorie K2 bis K5 bewerten die Versorgungsqualitäten mit Drogeriewaren nur zwischen »5« und »3« und zeichnen damit ein mittelmäßiges bis tendenziell schlechtes Bild der Versorgungsqualität in diesem Teilbereich. Die Versorgungsqualität des ÖPNV-Angebots wird hingegen in allen Größenkategorien nur als mittelmäßig bewertet.

Wahrnehmung von Unterversorgung

Unter Unterversorgung verstehen wir in diesem Teil des Forschungsprojektes die nicht ausreichende Versorgung mit Dienstleistungen, Gütern und Einrichtungen, die aus der Perspektive der Bevölkerung für die Gestaltung des Alltags notwendig sind. Dies reichert die ausschließlich datenbasierte Argumentation des ersten Untersuchungsteils mit Aussagen zur Wahrnehmung der Unterversorgungsproblematik an.

Unter allen befragten Kommunen nehmen 70,2 % eine Unterversorgung im Bereich der Alltagsversorgung wahr (Abb.18). Davon geben mit 55,4 % mehr als die Hälfte an, dass auch der Kernort unterversorgt ist (Abb. 19). Einen Blick darauf, welche Größenklassen besonders von wahrgenommener Unterversorgung im Kernort betroffen sind (Abb. 19) lässt erkennen, dass Kernorte gerade in kleinen Kommunen (K5: 71,4 %; K4: 71,0 %) als unterversorgt wahrgenommen werden, was in vielen Fällen auch aus der strukturellen Betrachtung heraus erwartbar wäre. Überraschend ist jedoch, dass auch Orte mit kleinstädtischen Strukturen (K3: 35,3 %; K2: 30,8 %; K1: 25 %) ihren Kernort als unterversorgt einschätzen, während aus dem Blickwinkel der strukturellen Betrachtung über GIS-Analysen und dem angelegten Radius von 3000m bei diesen Kategorien nur in einzelnen Fällen keine Versorgung im Kernort vorhanden ist. Möglicherweise werden einzelne Schließungen oder Standortverlagerungen von Einzelhändlern und Dienstleistern vor Ort als so einschneidend empfunden, dass die Einschätzung der Unterversorgung kommuniziert wird.

Sicherung der Versorgungseinrichtungen

Hinsichtlich der Schließungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren (Abb. 20) ist ein Großteil der befragten Kommunen, über alle Kategorien hinweg »selten«, »gelegentlich« und tendenziell etwas weniger »oft« von der Schließung von Versorgungseinrichtungen betroffen. Während Orte aus den Kategorien K3, K4 und K5 angeben, »nie« davon betroffen zu sein, hängt dies womöglich mit dem ohnehin bereits geringeren Angebot vor Ort zusammen. Jedoch sind in der Kategorie »oft« alle Ortsgrößen vertreten, wobei hier die Kategorien K1 mit 26,1 % und K4 mit 22,5 % die Spitze bilden.

Die Neuansiedlungen fokussierende Graphik (Abb. 21) verdeutlicht, dass es vor allem in Orten der Größe K5 und K4 »nie« bzw. »selten« zu Neuansiedlungen kommt, wobei in der Kategorie »selten« auch mehr als 40 % der Orte aus der Größe K3 vertreten sind. Die Kategorie »gelegentlich« wird mit jeweils über 40 % von den Orten der Größe K1 und K2 dominiert. In kleineren Orten der Kategorien K4 und K5 kam es in den letzten 10 Jahren »selten« oder »nie« zu Neuansiedlungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten. Hingegen finden »oft« Neuansiedlungen nur in den größeren Siedlungselementen wie K1 und K2 statt, was Vermutungen zum Mechanismus der Verlagerungsprozesse mit Rekonzentration und Maßstabsvergrößerung aus der strukturellen Untersuchung von Zeitreihen grundsätzlich bestätigt.

In Konkurrenzen um neue Ansiedlungen geraten in der Folge denn auch vor allem größere Kommunen (Abb. 22). Mit 66,7 % geben vor allem die kleinen Siedlungselemente der Kategorie K5, gefolgt von K4 mit 47,5 % und K3 mit 38,5 % an in den letzten 10 Jahren »nie« mit Konkurrenzsituationen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten konfrontiert worden zu sein. Aber auch größere Orte der Kategorien K1 und K2 sind nur »selten« in Konkurrenzen geraten, auch nur »gelegentlich« in Konkurrenz standen immerhin zwischen 15 % und 20 % vor allem Kommunen

Abb. 18 | Wird in der Kommune eine Unterversorgung in Teilräumen wahrgenommen?

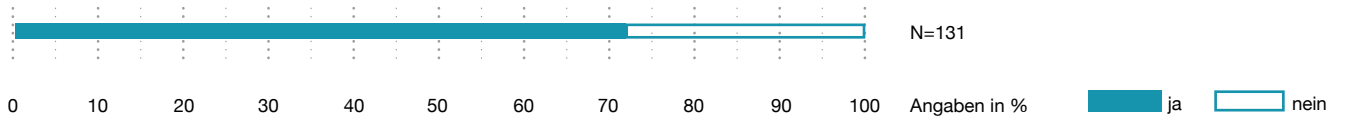


Abb. 19 | Wird im Kernort der Kommune Unterversorgung wahrgenommen?

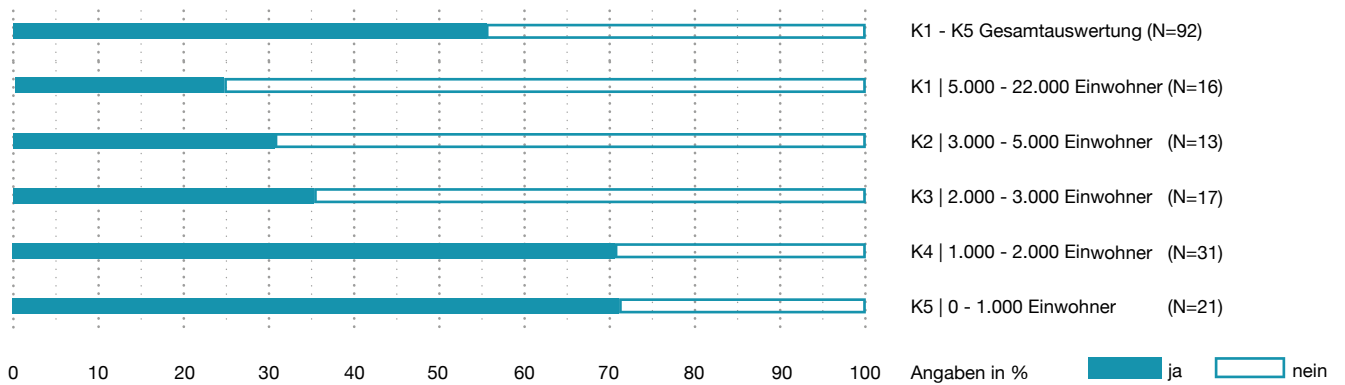
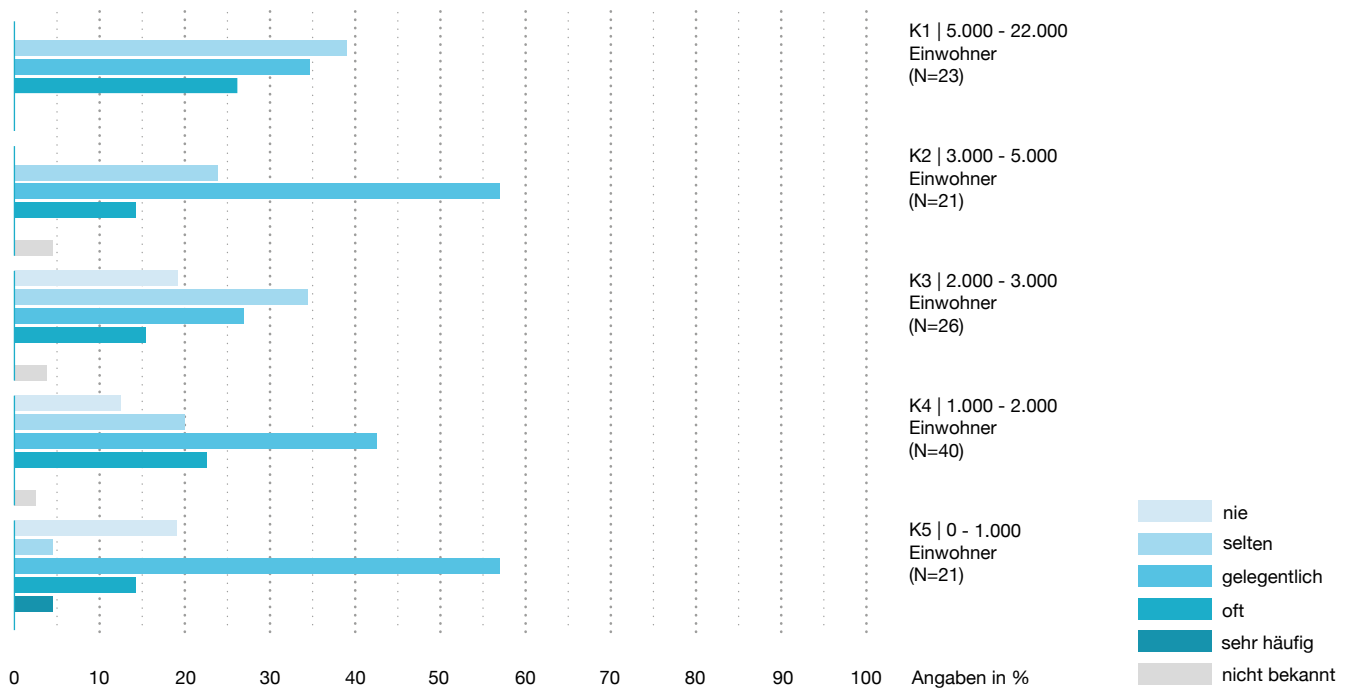


Abb. 20 | Gab es Schließungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?



der Kategorien K1, K2, K3 und K4. »Oft« und »sehr häufig« in Konkurrenzsituationen um die Ansiedlung sind die Kommunen der eigenen Einschätzung nach hingegen nur vereinzelt getreten.

Betrachtet man die Einschätzungen der Kommunen hinsichtlich Standortverlagerungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren über Grenzen der Kommune hinweg (Abb. 23), so betreffen diese Dynamiken der Standortverlagerungen ebenfalls tendenziell eher größere Orte (K1, K2). Kleinere Orte (K4, K5) geben hingegen mit über 50 % an, in den letzten 10 Jahren »nie« von Standortverlagerungen über die Grenzen der Kommune hinweg betroffen zu sein.

Die Sicherung der Versorgungseinrichtungen im Kernort (Abb. 24) wurde nach den unterschiedlichen Einzelhandels- und Dienstleistungsangeboten aufgegliedert untersucht. Sofern Angebote im Bereich Lebensmitteleinzelhandel in den Kommunen vorhanden sind und deren Sicherung bekannt ist, sind diese mit 41,2 % überwiegend »langfristig gesichert«. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass in 13,7 % der befragten Kommunen auch im Kernort kein Lebensmitteleinzelhandel ansässig ist und 6,5 % sprechen von einer akuten Gefährdung des Standortes. Apotheken fehlen in 25,2 % der befragten Kommunen. Sofern diese jedoch vorhanden sind und die Dauer der Sicherung bekannt ist, wird diese mit 32,8 % als überwiegend »mittelfristig gesichert« bewertet. Hinsichtlich der Hausärztlichen Versorgung geben 20,6 % eine »mittelfristig gesicherte« und 22,1 % eine »langfristig gesicherte« Versorgung an.

Abb. 21 | Gab es Neuansiedlungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?

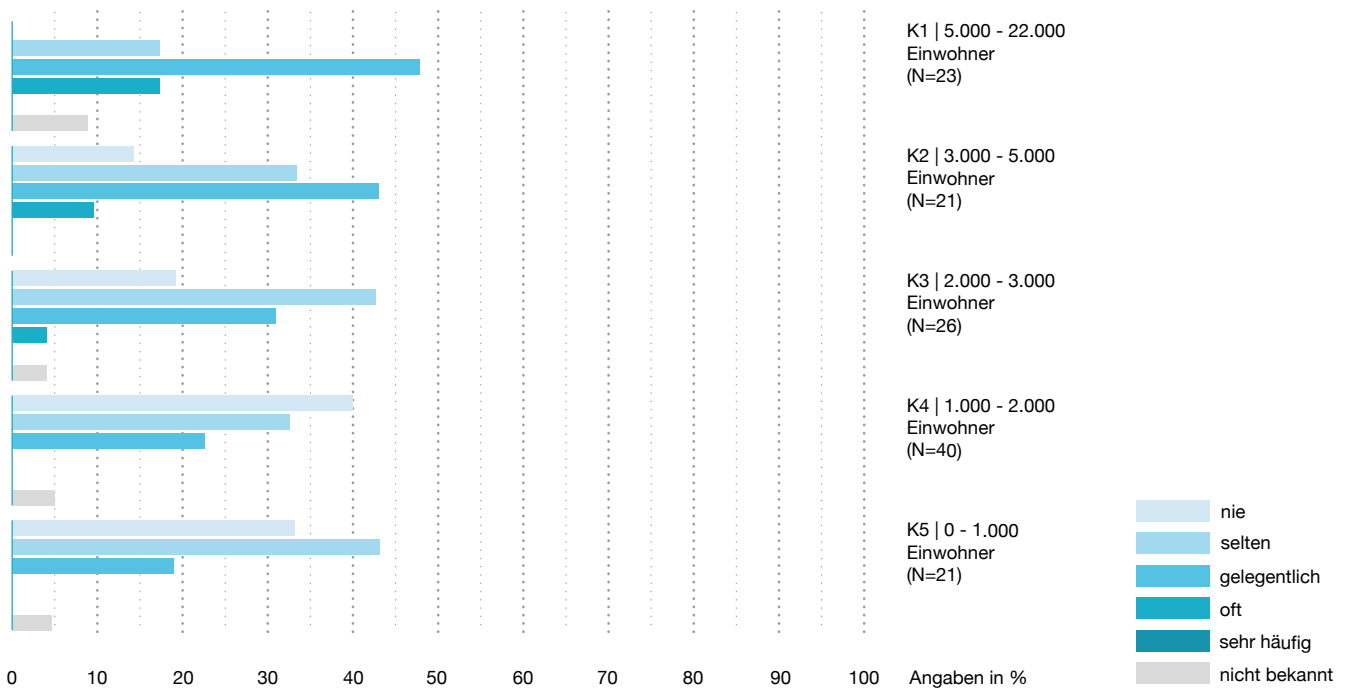


Abb. 22 | Gab es Konkurrenzen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?

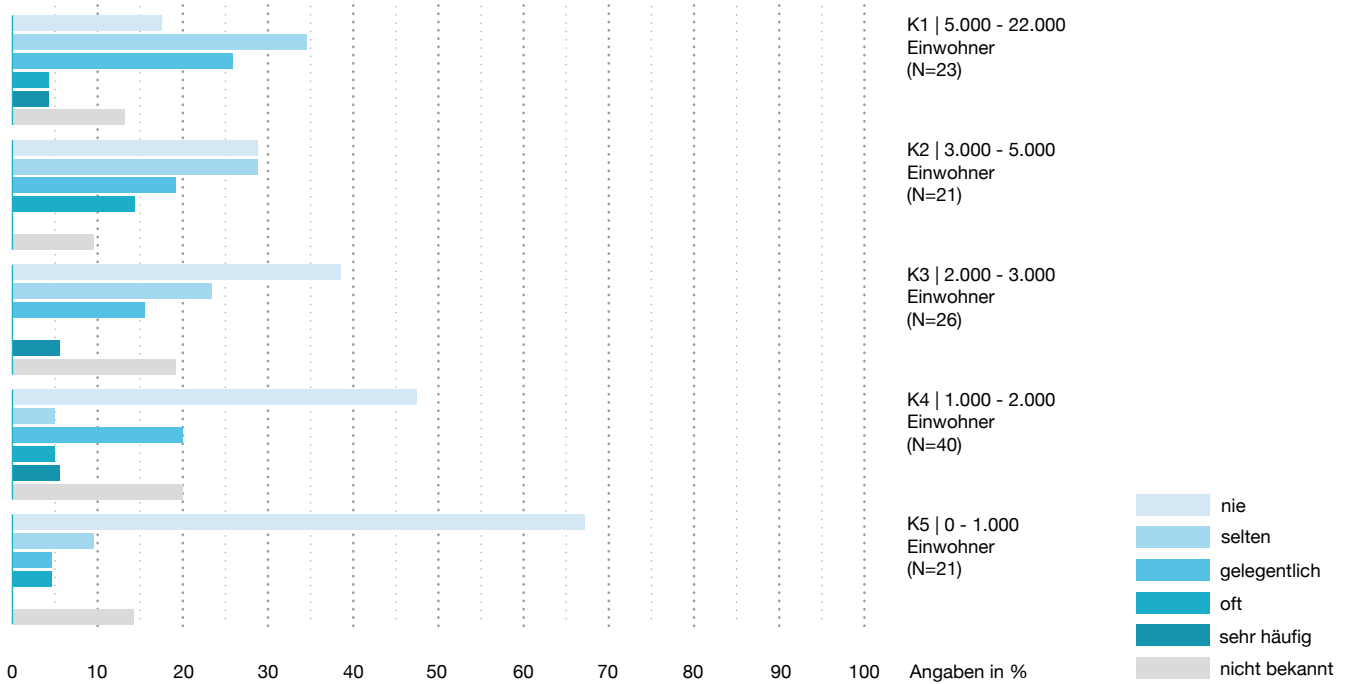
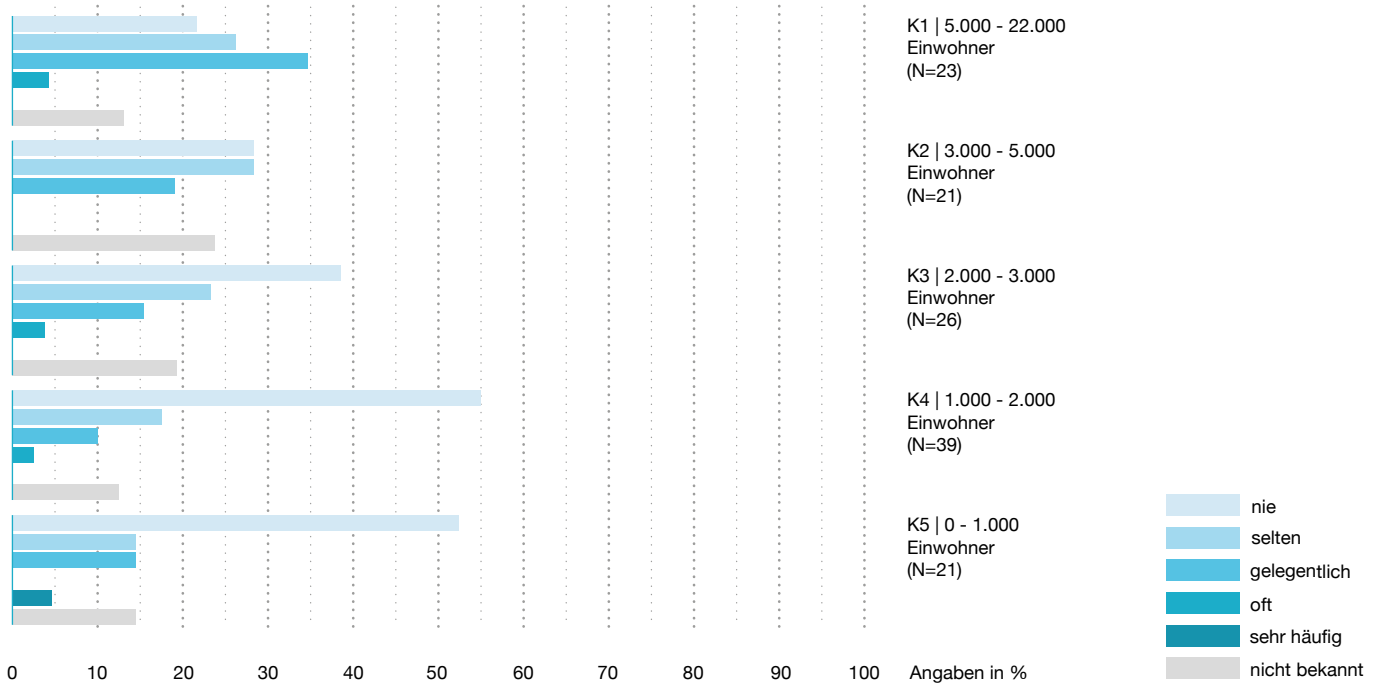


Abb. 23 | Gab es Standortverlagerungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren über Grenzen der Kommune hinweg?



Auffällig ist, dass 47,3 % der Kommunen angeben, dass das Angebot der Hausärztlichen Versorgung nicht vorhanden ist. Ein völlig anderes Bild zeichnet sich hinsichtlich der Sicherung der Versorgungseinrichtungen zur Kinderbetreuung. Als »akut gefährdet« wird keine dieser Einrichtungen eingestuft, vielmehr geben 84,0 % der befragten Kommunen eine langfristige Sicherung der Einrichtungen an.

Erreichbarkeit und ÖPNV

Hinsichtlich der Erreichbarkeit der Einrichtungen der Alltagsversorgung geben 56,5 % der befragten Kommunen an, dass der Zugang zu Angeboten des ÖPNV grundsätzlich sichergestellt ist (Abb. 25). Allerdings zeigen die sehr diversen Ergebnisse der Befragung, dass das Thema ÖPNV für jede Kommune individuell zu betrachten ist.

Greift man die Frage nach dem Zugang zur Alltagsversorgung im Kernort ohne PKW heraus (Abb. 26), wird diese von Kommunen als »sehr gut möglich« (25,4 %), »eher gut möglich« (26,2 %) und »mittelmäßig« (27,7 %) bewertet. Damit wird der Zugang zur Alltagsversorgung im Kernort ohne PKW in fast 80 % der befragten Kommunen als »mittelmäßig« und besser bewertet. Unter den Kommunen geben 13,1 % an, dass der Zugang »eher schwer möglich« ist, 7,7 % bewerten den Zugang als »sehr schwer möglich«. Dieses tendenziell positive Bild dreht sich, wenn der Zugang zur Alltagsversorgung ohne Nutzung eines PKWs aus Ortsteilen im Fokus steht (Abb. 26). Diese wird von Kommunen überwiegend als »sehr schwer möglich« (49,6 %) und »eher schwer möglich« (31,2 %) bewertet, so dass insgesamt über 80 % von einem schwer möglichen Zugang zur Alltagsversorgung für nicht-mobile Bevölkerungsgruppen sprechen. 12,8 % der Kommunen bewerten den Zugang als »mittelmäßig«, 4,0 % als »eher gut möglich« und 2,4 % als »sehr gut möglich«.

Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Versorgungsqualität

Die Interpretation der Ergebnisse lässt die Schlussfolgerung zu, dass ein Zusammenhang zwischen Versorgungsqualität und Gemeindegröße besteht. Neben erwartbaren Ergebnissen, wie der Tatsache, dass die Neuansiedlung von Versorgungseinrichtungen sich vor allem in den größeren Kommunen zeigt und mit kleiner werdenden Einwohnerzahlen abnimmt, lassen sich auch in dieser Fragengruppe unerwartete Ergebnisse verzeichnen.

So zeigt sich beispielsweise, dass generell die Qualität der Alltagsversorgung mit abnehmender Gemeindegröße ebenfalls abnimmt, während die Streuung der Ergebnisse über die Bandbreite der Bewertung hin zunimmt. Überraschend ist, dass Kommunen der Größenklasse K3 (2.000 – 3.000 EW) im Vergleich jedoch die Qualität der Alltagsversorgung besser bewerten als Kommunen der Größenklasse K2 (3.000 – 5.000 EW). Hieran ist ablesbar, dass durchaus auch größere Gemeinden vor der Problematik der flächendeckenden Versorgung der Gesamtbevölkerung stehen, die trotz der Einwohnerstärke in weiteren Ortsteilen entstehen kann.

Betrachtet man die Schließungen sowie Neuansiedlungen von Versorgungseinrichtungen in den letzten 10 Jahren, dann zeigt sich, dass auch Kommunen mit größerer Einwohnerzahl in der jüngsten Vergangenheit eine Fluktuation der Versorgungseinrichtungen aufweisen. Dies kann durchaus ein Hinweis darauf sein, dass auch dort in Zukunft Stabilitäts- und Versorgungsproblematiken entstehen können bzw. werden. Der vermutete Zusammenhang müsste aber einer in einer genaueren Nachuntersuchung überprüft werden.

Abb. 24 | Wie langfristig sind Versorgungseinrichtungen im Kernort der Kommune gesichert?

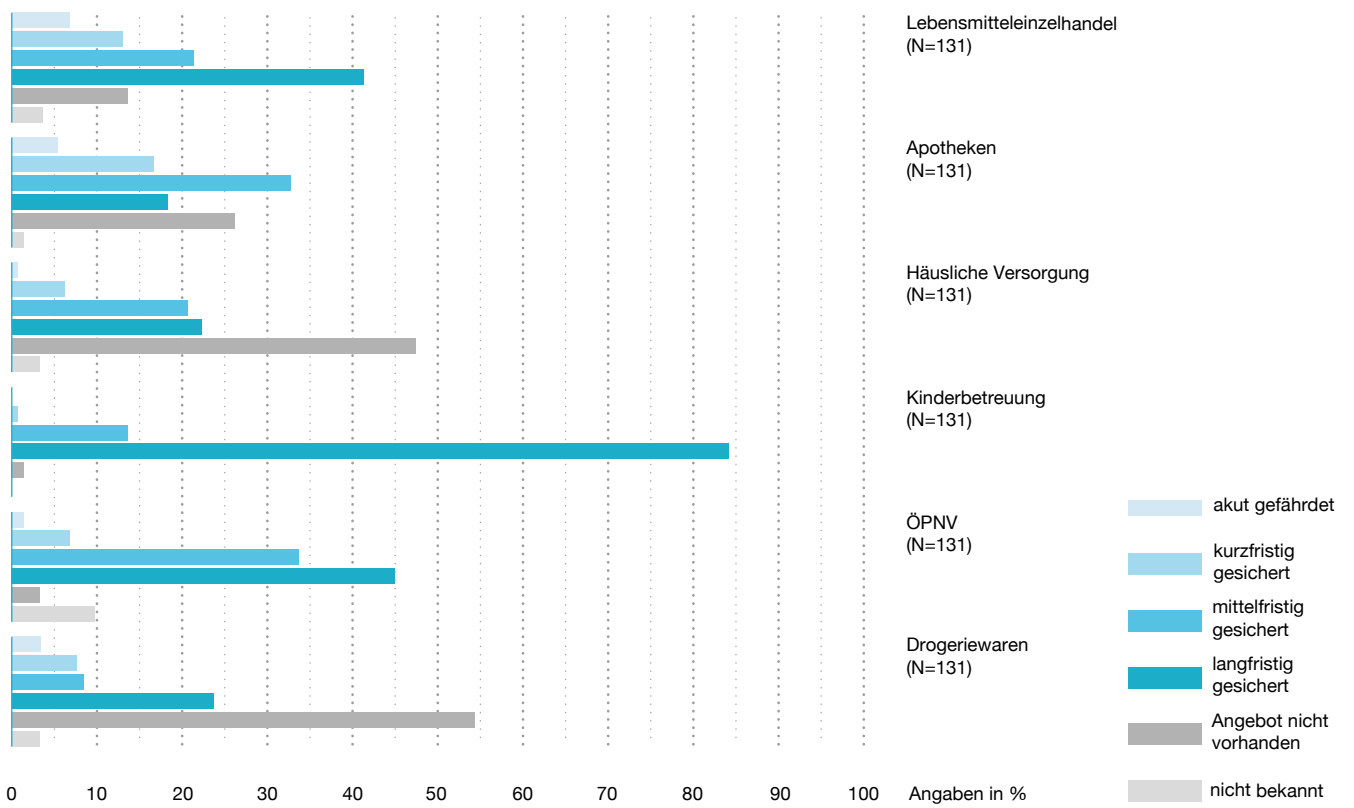


Abb. 25 | Ist der Zugang zu ÖPNV-Angeboten in allen Teilräumen der Kommune sichergestellt?

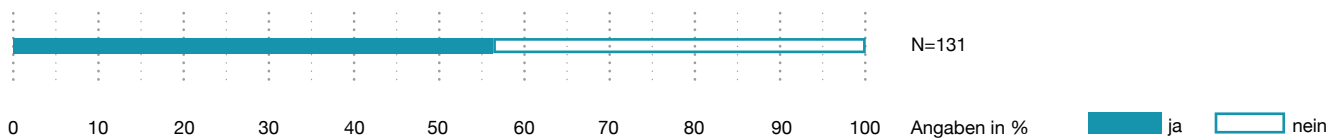
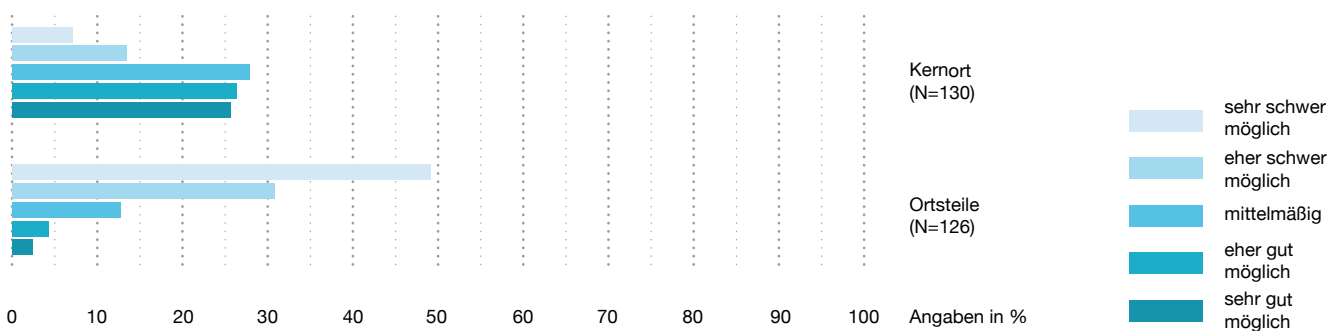


Abb. 26 | Ist der Zugang zur Alltagsversorgung in der Kommune ohne die Nutzung eines PKWs möglich?



2.4

Ergebnisse gegliedert nach Angebotsbereichen

Den betrachteten Angebotsbereichen liegen sehr unterschiedliche Planungs- und Betriebslogiken sowie gleichzeitig unterschiedliche Schwellenwerte bezüglich Tragfähigkeit zugrunde. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, bilden sich diese in den räumlichen Mustern und in der Verteilung der Standorte ab. Obwohl bei den Angebotsbereichen LEH, Grundschulen und hausärztliche Versorgung ein ähnlicher Anteil der Bevölkerung nicht versorgt ist (1,1 -1,3 Mio. Einwohner), sind die Schwerpunkte der Unterversorgung in unterschiedlichen Regionen in Bayern zu finden.

Die nachfolgende Betrachtung nach den vier Angebotsbereichen Grundschulen, Kindertagesbetreuung, hausärztliche Versorgung und Lebensmitteleinzelhandel fasst verschiedene Untersuchungsergebnisse zusammen:

Rahmenbedingungen und Planung

Hier werden rechtliche und raumplanerische Rahmenbedingungen erläutert, die im Rahmen einer Literaturrecherche erarbeitet wurden.

Ergebnisse quantitative Befragung

Ausgewählte Ergebnisse der quantitativen Online-Befragung werden für den jeweiligen Bereich dargestellt und diskutiert.

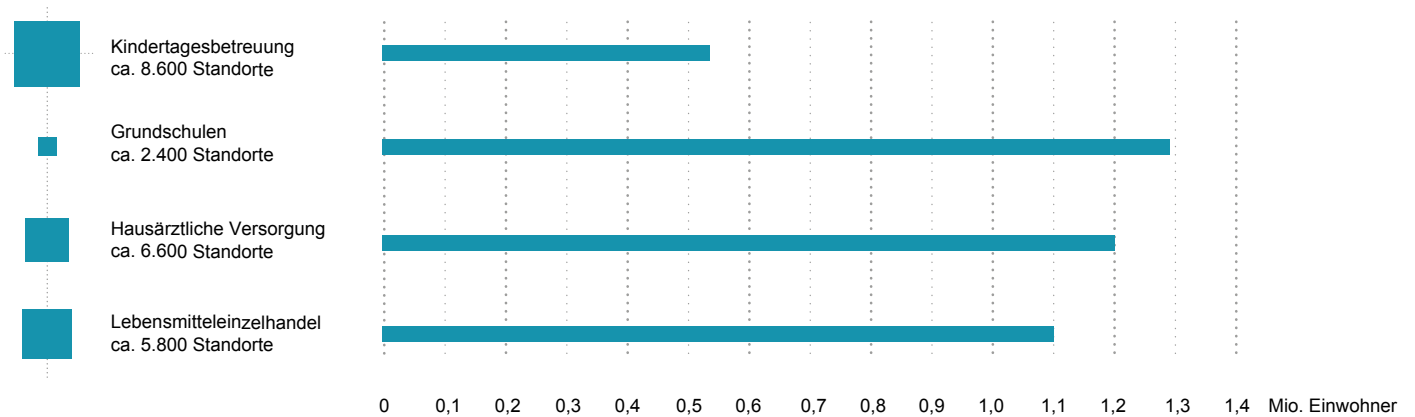
Ergebnisse Experteninterviews

Für die Angebotsbereiche hausärztliche Versorgung und Lebensmitteleinzelhandel werden ausgewählte Ergebnisse der in Baustein B durchgeführten Experteninterviews vorgezogen. Eine ausführliche Erläuterung der allgemeinen Ergebnisse der Experteninterviews folgt in Kapitel 3.1.

Ergebnisse räumlich-strukturelle Untersuchung

Die für alle vier Angebotsbereiche erarbeiteten Kartierungen werden im Kontext der zuvor genannten Punkte bewertet und diskutiert.

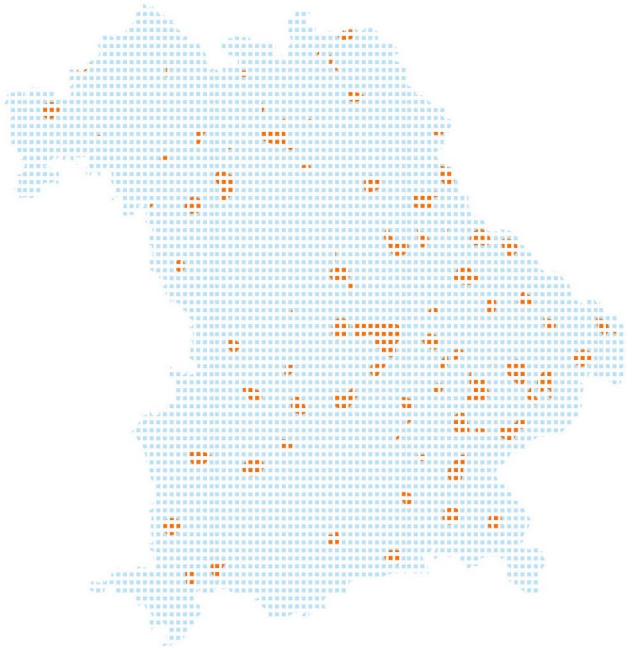
Abb. 27 | Anzahl Versorgungsstandorte | Anzahl Einwohner, die in 3 km Luftlinie keinen Standort erreichen



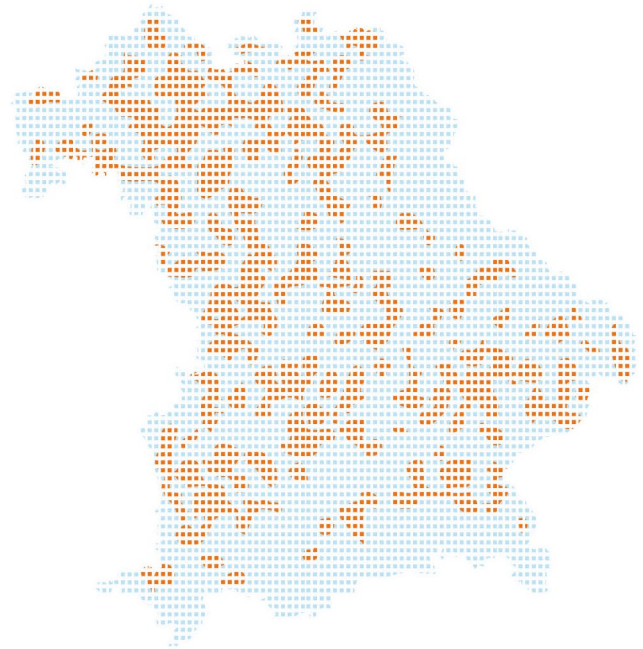
Eigene Berechnung, Standortdaten: Kita/Grundschulen: BY Landesamt für Statistik, Hausärzte: Kassenärztliche Vereinigung Bayern, LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH // Datenbasis Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Abb. 28 | Wo sind in den verschiedenen Angebotsbereichen die meisten Einwohner über drei Kilometer vom nächsten Angebotsstandort entfernt?

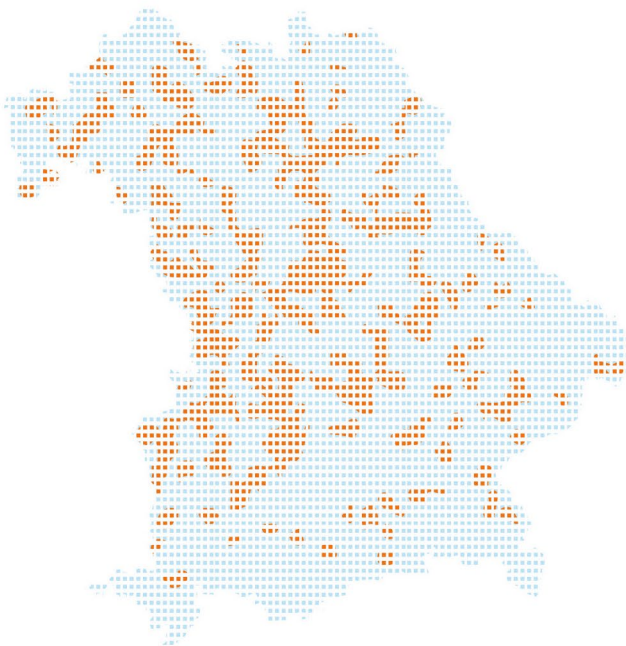
In Orange sind die einwohnergewichteten Schwerpunkte der Unterversorgung für die verschiedenen Angebotsbereiche abgebildet. Die Schwerpunkte unterscheiden sich räumlich.



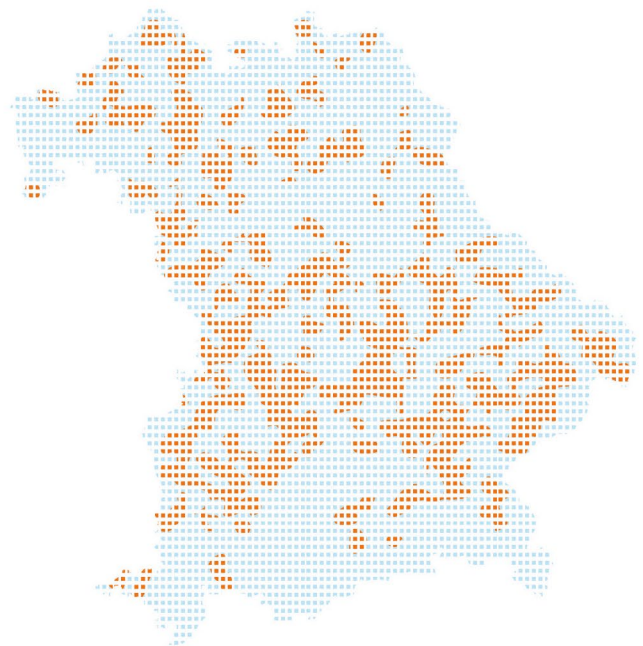
Kindertagesbetreuung



Grundschulen



Lebensmitteleinzelhandel



Hausärztliche Versorgung

Eigene Berechnung, Standortdaten: Kita/Grundschulen: BY Landesamt für Statistik, Hausärzte: Kassenärztliche Vereinigung Bayern, LEH: The Nielsen Company (Germany) GmbH // Datenbasis Zensus 2011: © Statistisches Bundesamt

Kindertagesbetreuung

Rahmenbedingungen und Planung

Den Kommunen obliegt die Planungsverantwortung für die Kindertagesbetreuung. Sie sind damit nach Art. 5 Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG, Sicherstellungsgebot) auch für die rechtzeitige Bereitstellung sowie den Betrieb von Plätzen in der Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen zuständig. Die Kommunen tragen dabei Planungs- und Finanzierungsverantwortung für die Angebote der Kinderbetreuung. Um die Bedarfe nach Betreuungsangeboten festzustellen, sind die Kommunen dazu angehalten, Bedürfnisse von Kindern und Eltern in regelmäßigen Abständen zu erheben und Aktualisierungen hinsichtlich der festgestellten Bedarfe vorzunehmen (Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2018).

Im Zuge der Planungsverantwortung muss durch die Kommunen der Subsidiaritätsgrundsatz (§ 4 Abs. 3 Teil Sozialgesetzbuch – SGB VIII, Art. 4 Abs. 3 BayKiBiG) beachtet werden: „Soweit Kindertageseinrichtungen in gleichermaßen geeigneter Weise wie von einem kommunalen Träger auch von freigemeinnützigen Trägern betrieben werden können, sollen die Gemeinden von eigenen Maßnahmen absehen. Ebenso ist das sogenannte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern zu berücksichtigen, wonach Leistungsberechtigte das Recht haben, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen (§ 5 SGB VIII, Art. 7 Abs. 1 Satz 1 BayKiBiG)“ (Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2018).

Die überörtliche Planung der Träger der öffentlichen Jugendhilfe bleiben von der örtlichen Bedarfsplanung unberührt. Nach § 80 SGB VIII sind benachbart gelegene kreisfreie und kreisangehörige Kommunen sowie Landkreise dazu angehalten, die Planungen untereinander abzustimmen, kommunale Zusammenarbeit ist, wenn möglich, anzustreben (Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2018).

Zwar entscheiden die Kommunen über den örtlichen Bedarf an Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der

Kindertagespflege. Die Gesamtverantwortung liegt jedoch bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten angesiedelt sind (Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2018).

Zusätzlich zu beachten ist das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. „Eltern haben das Recht, zwischen Einrichtungen der Kinderbetreuung und Angeboten der Kindertagespflege zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung zu äußern. Dieses sogenannte Wunsch- und Wahlrecht (Art. 5 SGB VIII) kennt keine Gemeinde- oder Landkreisgrenzen. Nach dieser bundesgesetzlichen Regelung können z. B. Eltern ihre Kinder grundsätzlich auch in Einrichtungen außerhalb ihres Wohnsitzes anmelden (sogenannte Gastkinder). Eltern können somit gezielt Angebote in Anspruch nehmen, die ihren pädagogischen Vorstellungen entsprechen. Bei diesen Gastkindverhältnissen sieht das BayKiBiG Ausgleichsregelungen zur Finanzierung zwischen der Aufenthaltsgemeinde des Kindes und dem betroffenen Träger vor“ (Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales 2018).

Ergebnisse quantitative Befragung

Betrachtet man nun explizit die Sicherung der Versorgungseinrichtungen der Kinderbetreuung im Kernort (Abb. 29), dann fällt auf, dass ein Großteil der Einrichtungen als »langfristig gesichert« eingeschätzt wird. Die überwiegende Zahl der verbleibenden Einrichtungen wird immerhin mit »mittelfristig gesichert« eingestuft. Damit zeichnet sich hinsichtlich der Bereitstellung von Einrichtungen der Kinderbetreuung die Wahrnehmung einer insgesamt stabilen Situation ab.

Vergleicht man die Versorgungsqualitäten der Kinderbetreuung im Kernort mit größeren Ortsteilen der Kommunen (Abb. 30), dann wird deutlich, dass die Differenzen zwischen Kernort und Ortsteilen vergleichsweise gering ausfallen. Somit besteht in beiden Teilräumen eine hohe Versorgungsqualität. Die größte Abweichung zwischen Kernort und Ortsteilen ist in der Kategorie K4 zu erkennen.

Abb. 29 | Wie langfristig erscheinen die Versorgungseinrichtungen im Bereich Kinderbetreuung im Kernort der Kommune gesichert?

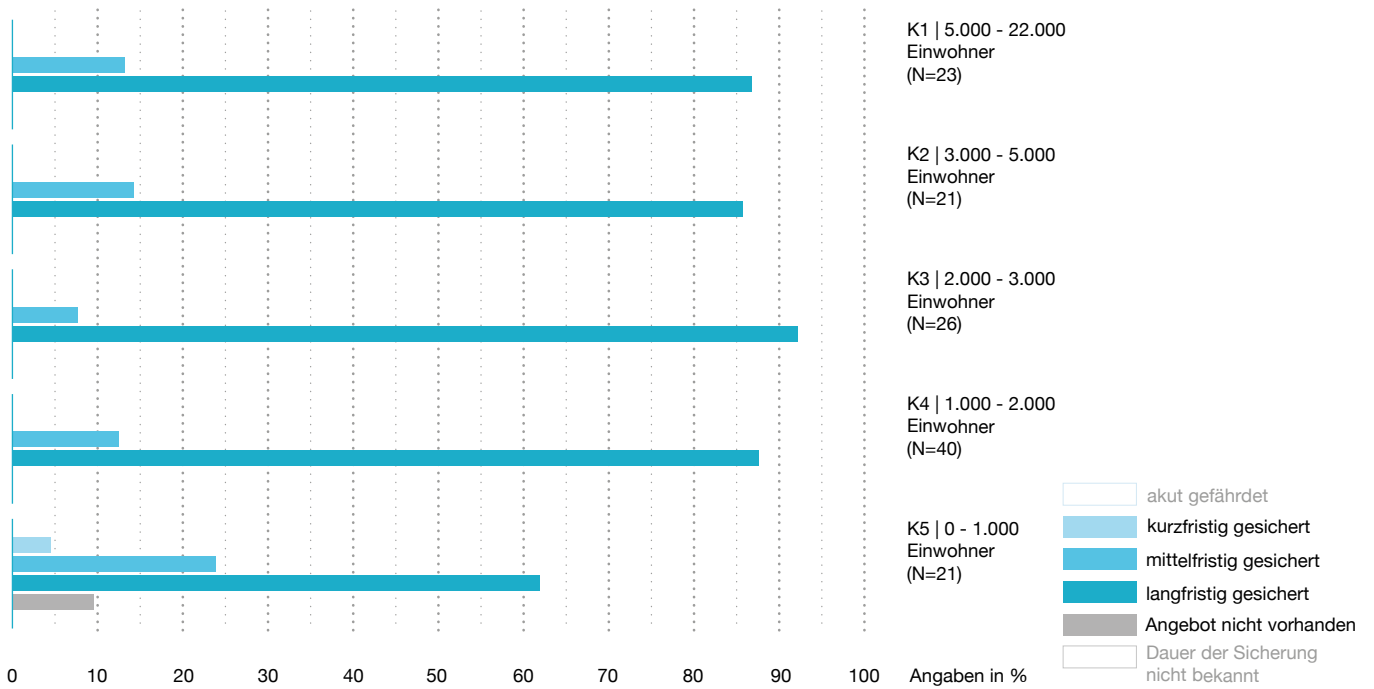


Abb. 30 | Wie wird die Qualität der Versorgung mit Einrichtungen der Kinderbetreuung im Kernort bzw. in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnern eingeschätzt?

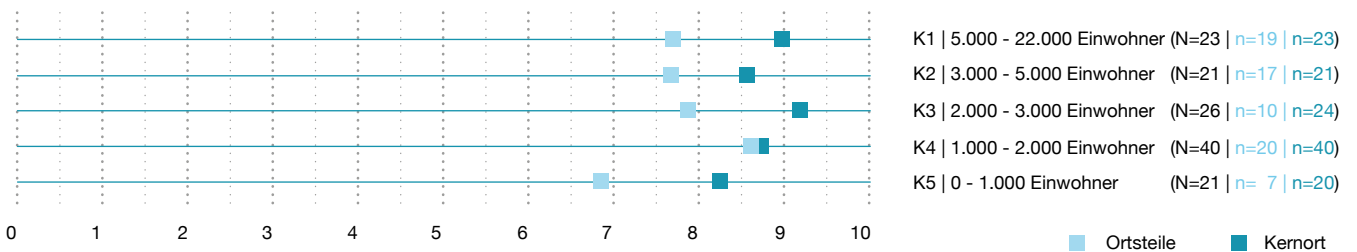
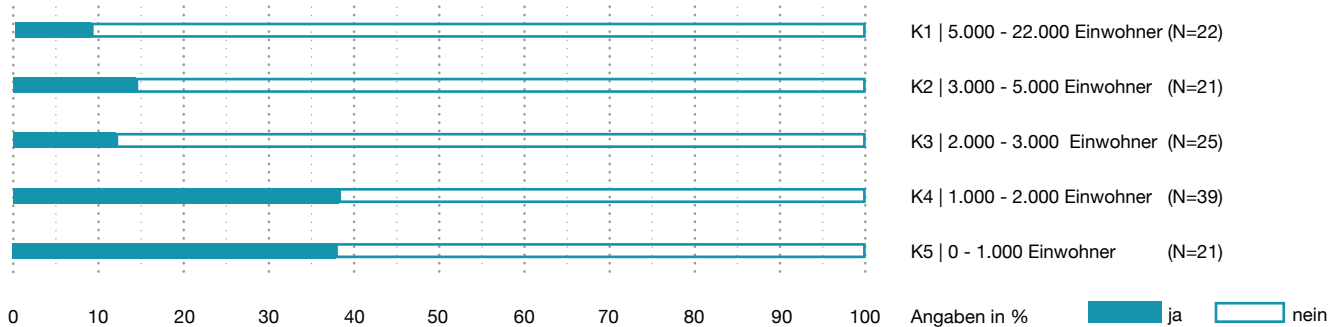


Abb. 31 | Gibt es interkommunale Kooperation im Bereich Kinderbetreuung?



Ein Blick auf die praktizierte interkommunale Kooperation im Bereich Kinderbetreuung (Abb. 31) zeigt, dass es vor allem in den größeren Kommunen der Kategorien K1, K2 und K3 nur in Einzelfällen interkommunale Kooperationen im Bereich Kinderbetreuung vorhanden sind. In den kleineren Kommunen der Kategorien K4 und K5 weisen etwas über ein Drittel der befragten Kommunen interkommunale Kooperationen im Bereich der Kinderbetreuung auf.

Ergebnisse räumlich-strukturelle Untersuchung

Kitas weisen mit nur 530.000 Einwohnern, die über 3 km vom nächsten Standort entfernt leben, die beste flächige Versorgung der vier untersuchten Angebotsbereiche auf. Häufig sind Standorte schon in Ortsteilen mit nur 500 EW vorhanden. In Unterfranken und im nördlichen Schwaben, wo die Siedlungsstruktur räumlich sehr konzentriert ist und kaum Ortsteile unter 500 EW zu finden sind, kann dadurch eine fast vollständige Versorgung in der Fläche erreicht werden. In Niederbayern hingegen wird die Siedlungsstruktur so kleinteilig, dass auch in diesem Angebotsbereich unterversorgte Bereiche entstehen. Zudem ist häufiger als bei anderen Angeboten nicht nur der Hauptort der Gemeinde versorgt. In 45% der Gemeinden mit Kita gibt es einen oder mehrere Komplementärstandorte, welche die flächige Versorgung verbessern.

Bei der strukturellen Betrachtung der Kitas muss beachtet werden, dass sich die Berechnung der potenziell unterversorgten Einwohner immer auf die Gesamtbevölkerung bezieht. Eine Reduktion auf Kinder war aufgrund der Datenlage zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht möglich.

Obwohl die Kindertagesbetreuung grundlegend in der Fläche vorhanden ist, können für die individuelle Auswahl der

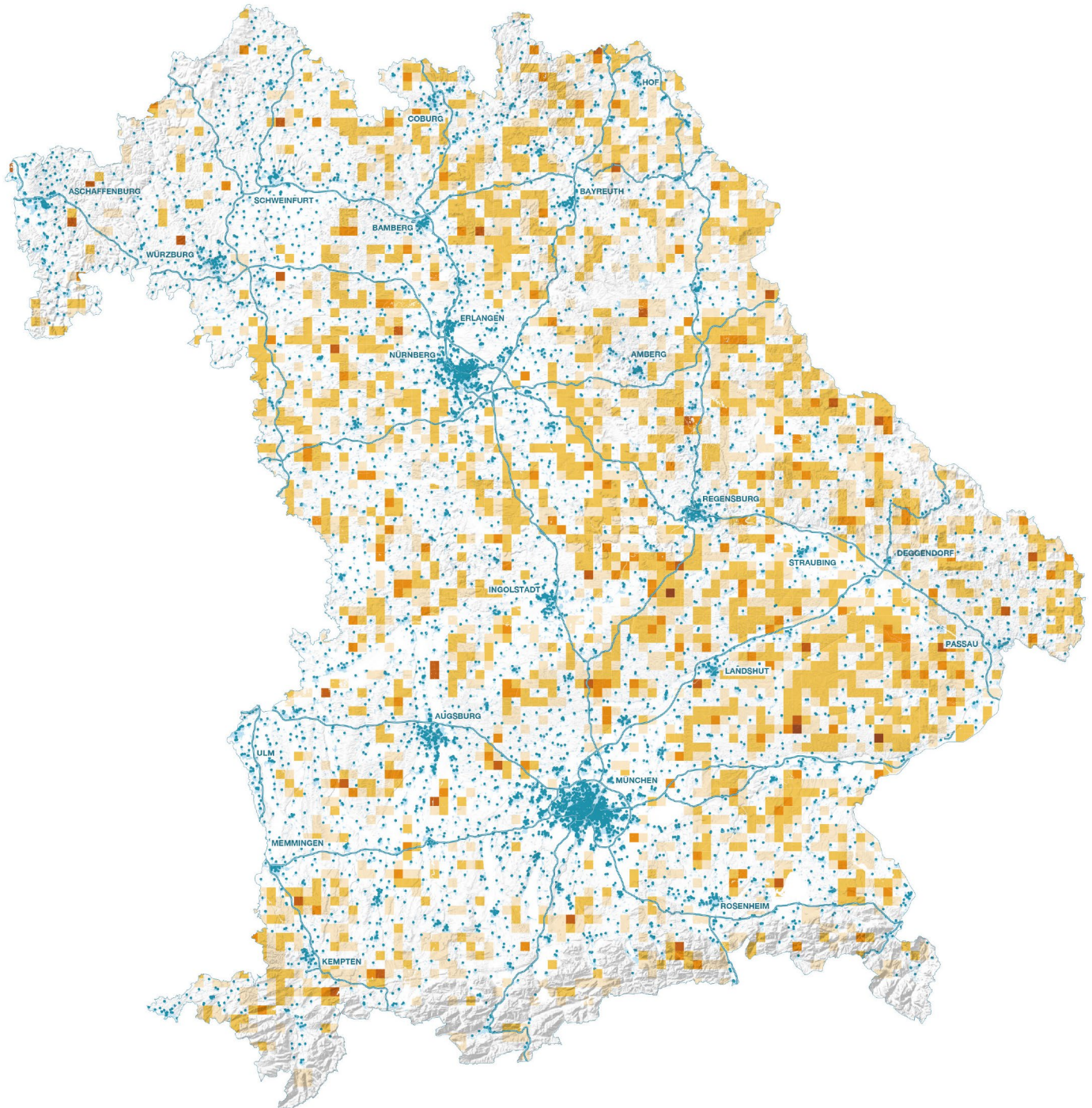
Einrichtung entscheidende Unterschiede in der Qualität der Versorgung auftreten. Öffnungszeiten, pädagogisches Konzept oder Betreuung in den Ferien sind Faktoren, die für die Wahrnehmung der Versorgungsqualität aus Perspektive der Eltern von Bedeutung sind. Der letzte Punkt wird auch in dem später stattfindenden Workshop 1 im Rahmen der Forschung gesondert hervorgehoben.

Der zugrundeliegende Datensatz zu Kindertageseinrichtungen stammt vom Bayerischen Landesamt für Statistik und bildet den Stand 03/2016 ab. Berücksichtigt werden sowohl Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft, als auch private Träger wie z.B. die katholische und evangelische Kirche, die Arbeiterwohlfahrt oder das Bayerische Rote Kreuz. Das Verzeichnis umfasst allerdings nur Kindertageseinrichtungen, die der Veröffentlichung ihrer Daten zugestimmt haben. Es ist daher davon auszugehen, dass es in Realität etwas mehr als die in der vorliegenden Studie berücksichtigten Standorte (ca. 8.600) vorhanden sind.

Als Kindertageseinrichtungen werden laut Datensatz außerschulische Tageseinrichtungen zur regelmäßigen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern definiert. Darunter fallen Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder. Kinderkrippen sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Kinder unter drei Jahren richtet, Kindergärten sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung richtet, Horte sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Schulkinder richtet und Häuser für Kinder sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich an Kinder verschiedener Altersgruppen richtet.

Abb. 32 | Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Kita Standort?

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie vom nächsten Kita Standort entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. Weiße Gebiete bedeuten entweder, dass alle Einwohner versorgt sind, oder dass es sich um unbesiedeltes Gebiet handelt.



Anzahl Einwohner > 3km Luftlinie vom nächsten Kita Standort



● Kita Standorte
 — Autobahn

M 1 : 2 000 000

0 km 20 50 100

Grundschulen

Rahmenbedingungen und Planung

Die Planungslogik für Schulen als Teil der Nahversorgung basiert auf der Einteilung in Schulsprengel, die für Pflichtschulen in Bayern festgelegt werden. Dabei handelt es sich um ein räumlich abgegrenztes Einzugsgebiet der jeweiligen Schule, das alle in diesem Sprengel wohnenden schulpflichtigen Kinder dazu verpflichtet, diese Schule zu besuchen (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2018). Schließen sich Schulen zu Schulverbänden zusammen, wird für das Verbundgebiet ein gemeinsamer Schulsprengel festgelegt.

Rechtlich erfolgt die Festsetzung der Schulsprengel auf Basis der schulorganisatorischen Vorgaben des BayEUG durch Rechtsverordnungen der zuständigen Regierungen, wobei eine Überschreitung von Gemeinde-, Landes- und Regierungsbezirksgrenzen grundsätzlich möglich ist. Soweit umsetzbar, wird auf Gemeindegrenzen sowie Ortsteile Rücksicht genommen. Dicht bebaute Gebiete führen zu einer feingliedrigen Abgrenzung der Schulsprengel, so dass eine Aufteilung nach Straßenzügen oder einzelnen Gebäuden vorzunehmen ist. Die Rechtsverordnungen zu den jeweiligen Schulsprengel sind in den Amtsblättern der Regierungen öffentlich und frei zugänglich (Jud 2016).

Vorgaben für die Klassenbildung im Schuljahr 2018/2019 umfassen für Grundschulen in Bayern eine Untergrenze von 13 sowie eine Obergrenze von 28 Schülern (Sekretariat der Ständigen Konferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2018). Aufgrund dieser Orientierungsgrößen ist auch in diesem öffentlich bereitgestellten Sektor ein Tragfähigkeitsdruck zu vermuten, der wiederum räumliche Konzentrationsprozesse nach sich zieht bzw. zog.

Ergebnisse quantitative Befragung

Hinsichtlich der interkommunalen Kooperation in Form eines Schulzweckverbandes ist auffällig, dass die Kommunen aller Größenklassen zu 60 bis 90 % über interkommunale Kooperationen in diesem Bereich verfügen.

Ergebnisse räumlich-strukturelle Untersuchung

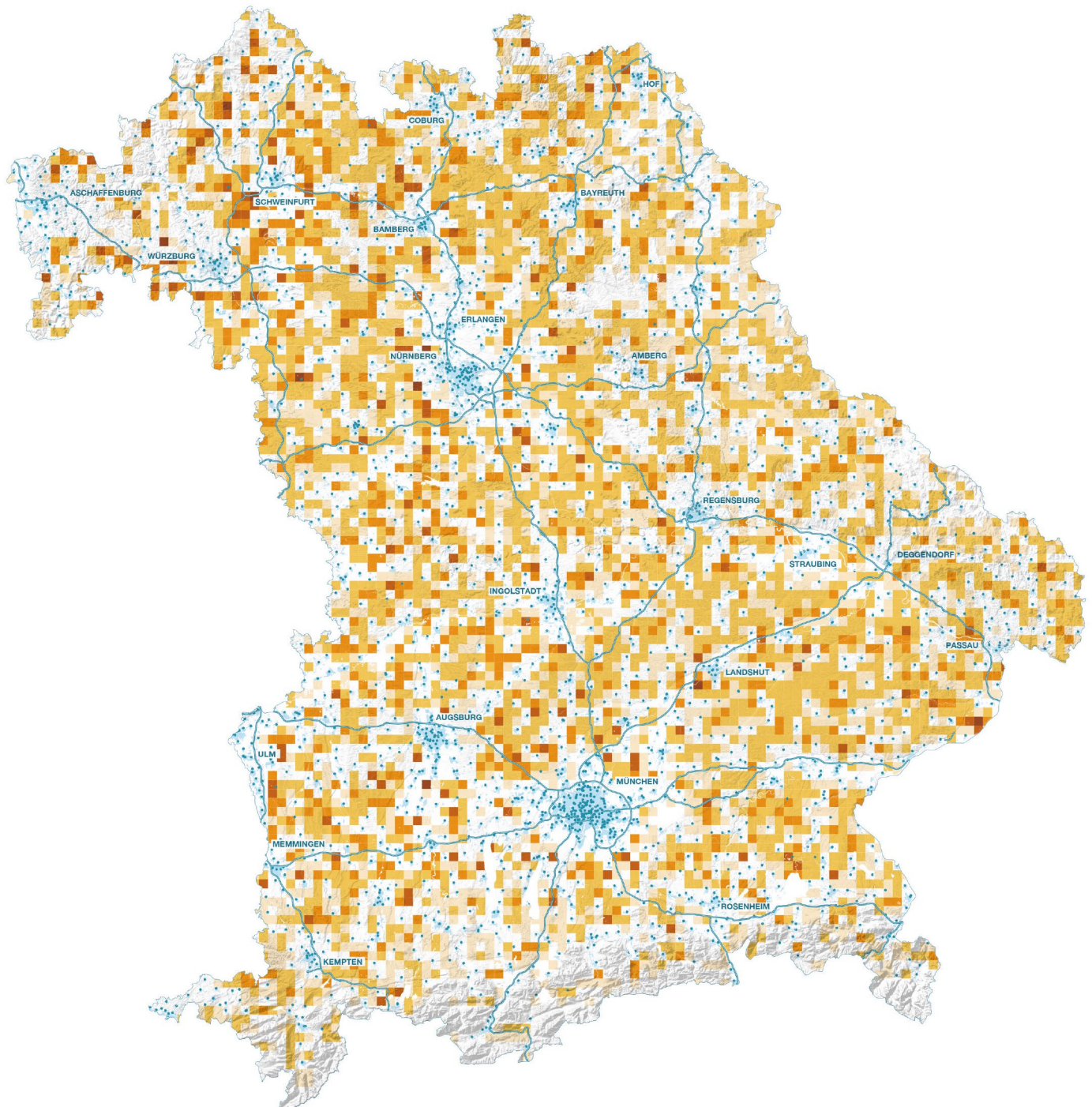
Die Grundschulen erreichen mit nur ca. 2.400 Standorten eine ähnlich gute flächige Versorgung wie der LEH mit ca. 5.800 Standorten oder die Hausärzte mit ca. 6.600 Standorten. Die vorab beschriebene räumliche Organisation in Grundschulsprengeln führt demnach zu einer (groß- wie auch kleinmaßstäblich) gleichmäßigeren Verteilung der Standorte, als es z.B. im nach privatwirtschaftlich optimierten Maßgaben LEH der Fall ist. Gleichzeitig können Gebiete identifiziert werden, die bei den Grundschulen eine schlechtere Versorgung als im LEH aufweisen (z.B. östliches Niederbayern). Hier erzielt der LEH durch Kleinflächenkonzepte eine bessere Versorgung in der Fläche, während aufgrund der vereinheitlichten Bemessung der Klassengrenzen bei Grundschulen solch spezifisch raumstrukturbezogene Lösungen eine Ausnahmeerscheinung bleiben.

Auch bei den Grundschulen basiert die Berechnung der potenziell unterversorgten Bevölkerung auf der Hochrechnungsmethode im Bezug zur Gesamteinwohnerzahl.

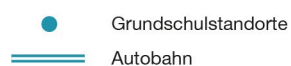
Der zugrundeliegende Datensatz zu den Grundschulen stammt vom Bayerischen Landesamt für Statistik und bildet den Stand 10/2015 ab. Das Verzeichnis basiert auf dem vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gepflegten Adressbestand der Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen für das Schuljahr 2015/16 (Stand: 1. Oktober 2015). Für die Untersuchung wurden die ca. 2.400 Grundschulstandorte in Bayern herangezogen.

Abb. 33 | Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Grundschulstandort?

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie vom nächsten Grundschulstandort entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. Weiße Gebiete bedeuten entweder, dass alle Einwohner versorgt sind, oder dass es sich um unbesiedeltes Gebiet handelt.



Anzahl Einwohner > 3km Luftlinie vom nächsten Grundschulstandort



M 1 : 2 000 000



Hausärztliche Versorgung

Rahmenbedingungen und Planung

Im Vorfeld der Neugestaltung der Richtlinien wurden für die Bedarfsplanung der Hausärzte der Kreis oder kreisfreie Städte unter Einbezug von Mitversorgungseffekten als Planungsgrundlage herangezogen. Grund für die neue Bedarfsplanung, die zum 1. Januar 2013 in Kraft trat, war das Ziel einer wohnortnäheren Versorgung. Gebietsreformen führten dazu, dass Kreise so stark in ihrer Größe gewachsen sind, dass sie keinen geeigneten Bezugsraum für die Bedarfsplanung der hausärztlichen Versorgung mehr darstellten.

Aktuell werden in der Bedarfsplanungs-Richtlinie der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns die Mittelbereiche, verstanden als Einzugsbereich für gehobene Dienstleistungen um eine Mittelstadt, als Planungsbereiche für die hausärztliche Versorgung festgelegt. Um eine homogene und beständige hausärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, kann sowohl eine Zusammenlegung als auch eine weitere Untergliederung der Mittelbereiche als abweichende Raumgliederung vorgenommen werden. So werden z.B. Unterschiede in Fläche und Ausdehnung der Mittelbereiche in Bayern als regionale Besonderheiten gewertet, die, unter Berücksichtigung der Faktoren Entfernung und Erreichbarkeit, eine entsprechende Aufteilung in kleinere Planungsbereiche erfordern, um den Ansprüchen einer bedarfsgerechten hausärztlichen Versorgung gerecht zu werden. Geprüft werden diese beiden Faktoren anhand des Kriteriums der Größe des Planungsbereiches. Ermittelt wird dies durch die Identifikation aller Mittelbereiche, die eine Entfernung der Ortsmitten der am weitesten auseinanderliegenden Gemeinden von mindestens 30 Kilometern aufweisen. Mittelbereiche die dieses Kriterium erfüllen, werden geteilt, da die wohnortnahe Versorgung als zentraler Bestandteil einer bedarfsgerechten hausärztlichen Versorgung gewertet wird. Die Teilung der Mittelbereiche soll unter Einbeziehung von Raumplanungsexperten vor Ort umgesetzt werden. Innerhalb dieser Raumeinheiten werden Über- und Unterversorgung dann entlang von Richtwerten, welche die Anzahl der Ärzte in Relation zur Wohnbevölkerung stellt, ermittelt. Sofern dann Zulassungsmöglichkeiten

bestehen, können Ärzte allerdings den Ort der Niederlassung innerhalb des Planungsbereichs selbst bestimmen (Kassenärztliche Vereinigung Bayerns 2016).

Ergebnisse quantitative Befragung

Betrachtet man die Sicherung der Versorgungseinrichtungen der hausärztlichen Versorgung (Abb. 34) so fällt auf, dass dieses Angebot in 81 % der befragten Kommunen der Kategorie K5 nicht vorhanden ist. Sofern Einrichtungen der hausärztlichen Versorgung aber vorhanden sind, sind diese in den befragten Kommunen überwiegend als »mittelfristig gesichert« oder »langfristig gesichert« eingeordnet. Hervorzuheben ist, dass die als »kurzfristig gesichert« bewerteten Einrichtungen der ärztlichen Versorgung in allen Kategorien vorhanden sind, wobei hier mit 30,8 % die Kommunen der Kategorie K3 herausstechen. Einrichtungen der hausärztlichen Versorgung, die als »akut gefährdet« eingestuft werden, sind mit Ausnahme der Kategorie K2, ebenfalls in geringer Anzahl vorhanden.

Vergleicht man explizit die Versorgungsqualitäten der hausärztlichen Versorgung im Kernort mit jenen weiterer größerer Ortsteilen der Kommune (Abb. 35), dann ist in der Gesamtbetrachtung erkennbar, dass die Versorgungsqualitäten in den Kernorten der Kommunen in allen Kategorien tendenziell besser bewertet werden, als in den größeren Ortsteilen. Die größte Differenz tritt an dieser Stelle zwischen Kernort und Ortsteilen der Kategorie K3 auf, während durchaus unerwartet die Versorgungsqualitäten in Kategorie K4 nahezu gleich sind.

Ergebnisse Experteninterviews

Die ergänzend interviewte Person aus dem Bereich Gesundheitswesen gibt an, dass eine Diskrepanz zwischen Angeboten zur Nachbesetzung und dem, was junge Ärzte erwarten, vorliegt. Der ländliche Raum wird als eher unattraktives Arbeitsumfeld beschrieben, was damit begründet wird, dass eine Ausdünnung der Strukturen und Alterung der Bevölkerung vorliegt und dies zu steigender Arbeitslast führt. Ein aufgrund fehlender Angebote der Alltagsgestaltung als unattraktiv wahrgenommenes Wohn- und

Abb. 34 | Wie langfristig erscheinen die Versorgungseinrichtungen im Bereich hausärztliche Versorgung im Kernort der Kommune gesichert?

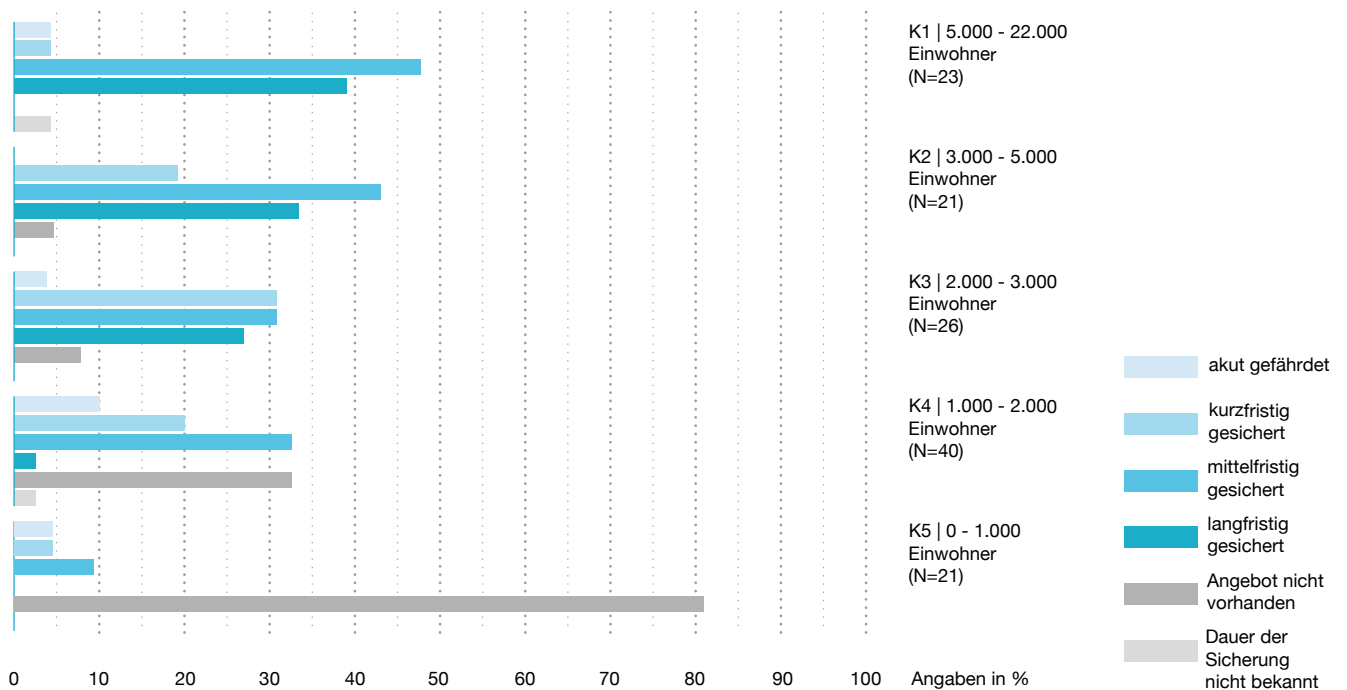
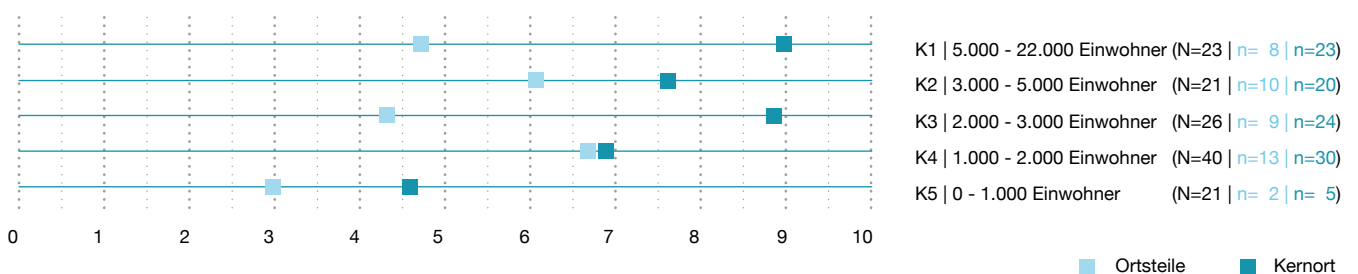


Abb. 35 | Wie wird die Qualität der Versorgung mit Einrichtungen der hausärztlichen Versorgung im Kernort bzw. in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnern eingeschätzt?



Lebensumfeld erschwert ebenfalls die Nachbesetzung von vakanten Stellen durch junge Ärzte, was zu einem relevanten Anteil an Arztpraxen ohne Nachfolge in strukturschwachen Regionen führt. Von Bedeutung sind sich ändernde Lebensmodelle. Oftmals sind in Partnerschaften beide Personen hochqualifiziert und finden das größere Jobangebot und passende Infrastruktureinrichtungen wie beispielsweise Kinderbetreuungseinrichtungen mit ausgedehnten und/oder flexiblen Öffnungszeiten eher in Großstädten vor, so dass diese dem ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsumfeld vorgezogen werden.

Grundsätzlich, so die interviewte Person, ist die Nachfrage nach ärztlicher Versorgung im ländlichen Raum vorhanden. Jedoch ist dieser häufig auch durch den demographischen Wandel und Abwanderung geprägt, was dazu führt, dass sich die Investitionen in eine neue Niederlassung schnell amortisieren müssen, da die Praxis bei fortschreitendem demographischem Wandel und damit sinkenden Patientenzahlen, perspektivisch nicht gewinnbringend weiterverkauft werden kann. Bevölkerungsprognosen stellen also einen wichtigen Parameter bei der Gründung einer neuen Niederlassung dar. An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich diese Aussagen auf das unternehmerische Risiko einer Praxisgründung beziehen. Die Etablierung kommunaler medizinischer Versorgungszentren als Arbeitgeber für Ärzte könnten diese Faktoren womöglich an Bedeutung verlieren lassen.

Konzepte, welche die Gründung von Niederlassungen unterstützend fördern sollen, sind vorhanden und werden eingesetzt. So findet eine gezielte Lenkung von Ärzten in unterversorgte Regionen statt, indem z.B. konkrete Stellenanzeigen in Ärzteblättern geschaltet werden. Stellenweise konnte so Unterversorgung in Gebieten überwunden werden.

Hinsichtlich der Erreichbarkeit sollte der ÖPNV den Zugang zur ärztlichen Versorgung gewährleisten. Mobile Lösungen der medizinischen Versorgung seien Ultima Ratio. Verschiedene Lösungen wie z.B. eine Filialpraxis oder eine Praxisgemeinschaft sind ebenso Zeichen eines Wandels in den Versorgungsstrukturen. Angebote, wie z.B. ein Patientenbus, sind als Pilotprojekte gestartet, aber nicht in ausreichender Form angenommen worden.

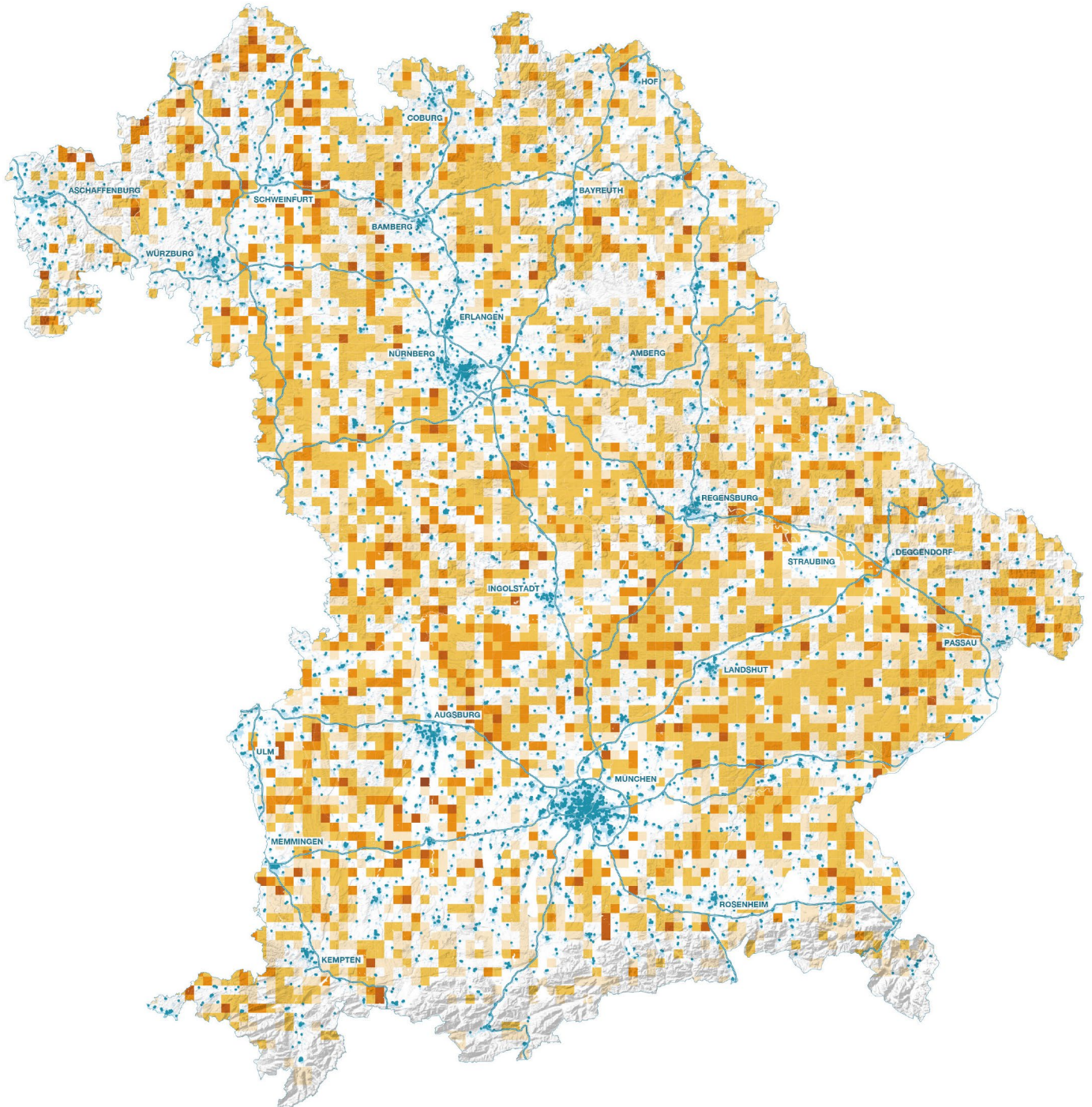
Ergebnisse räumlich-strukturelle Untersuchung

Da in der kleinräumigen Betrachtung der vorliegenden Untersuchung die Verteilung der Ärzte innerhalb der 204 Planungsbereiche berücksichtigt wird, sind auch in Bereichen die von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern als überversorgt eingestuft werden Bevölkerungsanteile zu finden, die weitere Luftliniendistanzen als 3 km zum nächsten Hausarzt überwinden müssen. Die Betrachtung auf Gemeindeebene zeigt zudem, dass Hausarztstandorte stark am Hauptort konzentriert sind. In ca. 84 % der Gemeinden, die einen oder mehrere Hausärzte haben, liegen die Standorte im Hauptort. Im Vergleich dazu liegt der LEH bei nur 69 %.

Der zugrundeliegende Datensatz zur hausärztlichen Versorgung wurde von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zur Verfügung und bildet den Stand 10/2017 ab. Abgebildet werden Praxisstandorte von Vertragsärzten die der Fachgruppe der „Haus- und/oder kinderärztliche Versorgung“ zuzuordnen sind. Als Praxisstandort werden Einzelpraxen, Gemeinschaftspraxen, Medizinische Versorgungszentren sowie Filialen definiert. Praxen mit eingeschränktem Leistungsspektrum werden für die Untersuchung nicht berücksichtigt. Nach diesen Eingrenzungen wird für die vorliegende Untersuchung mit einem Datensatz von ca. 6.600 Standorten gearbeitet.

Abb. 36 | Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Praxisstandort der hausärztlichen Versorgung?

Die Darstellung zeigt wie viele Einwohner über 3 km Luftlinie von der nächsten Hausarzt-Praxis entfernt leben. Je dunkler das Gelb der Rasterzelle, umso mehr Einwohner sind betroffen. Weiße Gebiete bedeuten entweder, dass alle Einwohner versorgt sind, oder dass es sich um unbesiedeltes Gebiet handelt.



Anzahl Einwohner > 3km Luftlinie vom nächsten Hausarzt Standort

□ 0 - 10	■ 500 - 1 000
■ 10 - 100	■ 1 000 - 2 000
■ 100 - 500	■ 2 000 - 3 000

● Hausarzt Standorte
 — Autobahn

M 1 : 2 000 000

0 km 20 50 100

Lebensmitteleinzelhandel

Rahmenbedingungen und Planung

Im Vergleich zu Grundschulen, Kindertagesbetreuung und Hausärztlicher Versorgung ist der Lebensmitteleinzelhandel ein weitestgehend privatwirtschaftlich geprägtes Segment der Alltagsversorgung. Für die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben sind aus planerischer Perspektive folgende rechtliche Rahmenbedingungen relevant.

An dieser Stelle sei auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Planung hingewiesen. Während die Baunutzungsverordnung (BauNVO) zu den Kompetenzen des Bundes zählt und regelt, was als großflächiger Einzelhandel verstanden wird, regelt die Landesplanung, als Landeskompetenz, wo sich dieser ansiedeln darf.

Baunutzungsverordnung, § 11 Sonstige Sondergebiete

Nach § 11 Abs. 3 Satz 1 der Baunutzungsverordnung gelten folgende Einzelhandelsziele:

- Einkaufszentren,
- großflächige Einzelhandelsbetriebe, die sich nach Art, Lage oder Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentlich auswirken können,
- sonstige großflächige Handelsbetriebe, die im Hinblick auf den Verkauf an letzte Verbraucher und auf die Auswirkungen den in Nummer 2 bezeichneten Einzelhandelsbetrieben vergleichbar sind,

sind außer in Kerngebieten nur in für sie festgesetzten Sondergebieten zulässig. Auswirkungen im Sinne des Satzes 1 Nr. 2 und 3 sind insbesondere schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie Auswirkungen auf die infrastrukturelle Ausstattung, auf den Verkehr, auf die Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich der in Satz 1 bezeichneten Betriebe, auf die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden, auf das Orts- und Landschaftsbild und auf den Naturhaushalt. Auswirkungen im Sinne des Satzes 2 sind bei Betrieben

nach Satz 1 Nr. 2 und 3 in der Regel anzunehmen, wenn die Geschoßfläche 1200 m² überschreitet. Die Regel des Satzes 3 gilt nicht, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Auswirkungen bereits bei weniger als 1200 m² Geschoßfläche vorliegen oder bei mehr als 1200 m² Geschoßfläche nicht vorliegen; dabei sind in Bezug auf die in Satz 2 bezeichneten Auswirkungen insbesondere die Gliederung und Größe der Gemeinde und ihrer Ortsteile, die Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung und das Warenangebot des Betriebs zu berücksichtigen.

Rechtsprechung zur Großflächigkeit

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24.11.2005 (Bundesverwaltungsgericht 2005) gelten folgende Leitsätze:

Einzelhandelsbetriebe sind großflächig im Sinne von § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauNVO, wenn sie eine Verkaufsfläche von 800 m² überschreiten.

Bei der Berechnung der Verkaufsfläche sind auch die Thekenbereiche, die vom Kunden nicht betreten werden dürfen, der Kassenvorraum (einschließlich eines Bereichs zum Einpacken der Ware und Entsorgen des Verpackungsmaterials) sowie ein Windfang einzubeziehen.

Da der Typus des Einzelhandelsbetriebs, welcher der wohnungsnahen Versorgung dient, häufig nicht mehr allein anhand der Großflächigkeit bestimmt werden kann, kommt dem Gesichtspunkt der Auswirkungen in § 11 Abs. 3 BauNVO erhöhte Bedeutung zu.

Umgang mit Agglomerationen

Im Landesentwicklungsplan Bayern 2018 (Bayerische Staatsregierung 2018) sind Bemerkungen zu räumlichen Wirkungen von Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben enthalten:

Zu 5.3.1 (B): „Neben Betrieben i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNVO sind aufgrund analoger räumlicher Wirkungen auch Agglomerationen von mindestens drei Einzelhandelsbetrieben

in räumlich funktionalem Zusammenhang, die erheblich überörtlich raumbedeutsam sind, als Einzelhandelsgroßprojekte erfasst.“

Beschränkung des Verkaufsflächenwachstums

Im Landesentwicklungsplan Bayern 2018 (Bayerische Staatsregierung 2018) sind weitere Bemerkungen zur Beschränkung des Verkaufsflächenwachstums enthalten:

Zu 5.3.1 (B): „Demgegenüber sind Betriebe bis 1 200 m² Verkaufsfläche, die überwiegend dem Verkauf von Waren des Nahversorgungsbedarfs dienen, in allen Gemeinden landesplanerisch zulässig. Die Größenordnung von 1 200 m² Verkaufsfläche ist gemäß den aktuellen „Struktur- und Marktdaten im Einzelhandel“ (BBE München, 2010) als Orientierungsrahmen für den wirtschaftlichen Betrieb eines breiten einzelbetrieblichen Nahversorgungsangebots anzusehen. Zugleich wird durch die Beschränkung auf 1 200 m² Verkaufsfläche ein übermäßiges Verkaufsflächenwachstum ausgeschlossen und werden damit Auswirkungen auf verbrauchernahe Versorgungsstrukturen vermindert.“

Landesplanerische Steuerung

Einzelhandelsgroßprojekte wirken regelmäßig erheblich auf bestehende Versorgungsstrukturen in den Standortgemeinden sowie den benachbarten (Zentralen) Orten ein, weshalb eine landesplanerische Steuerung der Ansiedlung sinnvoll erscheint. Nicht nur Größe und Warenumfang generieren Einfluss auf die Umgebung, die Einzelhandelsgroßprojekte bieten auch Anknüpfungsmöglichkeiten für die weitere Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben und weiterer Nutzungen. Die Bildung neuer Versorgungsstandorte, die zur Beeinträchtigung bestehender Strukturen führen können, ist wahrscheinlich. Um die Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte sowie die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, ergeben sich Steuerungsbedarfe, die durch die Raumordnung, in Bayern das sogenannte Landesentwicklungsprogramm, Umsetzung finden.

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern 2018 (Bayerische Staatsregierung 2018) formuliert daher folgende

Ziele (Z) und Grundsätze (G) für Einzelhandelsgroßprojekte:

5.3.1 Lage im Raum

(Z) Flächen für Betriebe im Sinne des § 11 Abs. 3 Satz 1 der Baunutzungsverordnung sowie für Agglomerationen (Einzelhandelsgroßprojekte) dürfen nur in Zentralen Orten ausgewiesen werden.

Abweichend sind Ausweisungen zulässig

- für Betriebe bis 1 200 m² Verkaufsfläche, die ganz überwiegend dem Verkauf von Waren des Nahversorgungsbedarfs dienen, in allen Gemeinden; diese Ausweisungen sind unabhängig von den zentralörtlichen Funktionen anderer Gemeinden zulässig und unterliegen nur der Steuerung von Ziel 5.3.2,
- für Einzelhandelsgroßprojekte, die überwiegend dem Verkauf von Waren des sonstigen Bedarfs dienen, nur in Mittel- und Oberzentren sowie in Grundzentren mit bestehenden Versorgungsstrukturen in dieser Bedarfsgruppe.

5.3.2 Lage in der Gemeinde

(Z) Die Flächenausweisung für Einzelhandelsgroßprojekte hat an städtebaulich integrierten Standorten zu erfolgen. Abweichend sind Ausweisungen in städtebaulichen Randlagen zulässig, wenn

- das Einzelhandelsgroßprojekt überwiegend dem Verkauf von Waren des sonstigen Bedarfs dient oder
- die Gemeinde nachweist, dass geeignete städtebaulich integrierte Standorte auf Grund der topographischen Gegebenheiten nicht vorliegen.

5.3.3 Zulässige Verkaufsflächen

(Z) Durch Flächenausweisungen für Einzelhandelsgroßprojekte dürfen die Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte und die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich dieser Einzelhandelsgroßprojekte nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Soweit sortimentspezifische Verkaufsflächen die landesplanerische Relevanzschwelle überschreiten, dürfen Einzelhandelsgroßprojekte,

- soweit in ihnen Nahversorgungsbedarf oder sonstiger Bedarf verkauft wird, 25 v.H.,
- soweit in ihnen Innenstadtbedarf verkauft wird, für die ersten 100 000 Einwohner 30 v.H., für die 100 000 Einwohner übersteigende Bevölkerungszahl 15 v.H. der sortimentspezifischen Kaufkraft im einschlägigen Bezugsraum abschöpfen.

5.3.4 Regelung für zusammengewachsene Gemeinden

(Z) Wenn Gemeinden mit mindestens einem Zentralen Ort einen baulich verdichteten Siedlungszusammenhang bilden, sind Ausweisungen für Einzelhandelsgroßprojekte, die innerhalb dieses Siedlungszusammenhangs oder direkt angrenzend liegen, in allen Gemeinden des Siedlungszusammenhangs zulässig; 5.3.1 Satz 2 Spiegelstrich 2 bleibt unberührt. Dabei dürfen Einzelhandelsgroßprojekte bei Sortimenten des Innenstadtbedarfs zusätzlich auf 7,5 v.H. der nach 5.3.3 maßgeblichen Kaufkraft einer zentralörtlich nicht niedriger eingestuften Gemeinde innerhalb des gemeinsamen Siedlungszusammenhangs zurückgreifen.

5.3.5 Zielabweichungsverfahren in grenznahen Gebieten

(G) Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der grenznahen Gebiete und deren Versorgung mit Einzelhandelseinrichtungen soll in diesen Gebieten das Zielabweichungsverfahren bei der Zulassung von Einzelhandelsgroßprojekten unter Berücksichtigung der Praxis in den Nachbarländern flexibel gehandhabt werden.

Raumordnungsverfahren

Insofern ein Einzelhandelsgroßprojekt im Sinne von § 11 Abs. 3 Baunutzungsverordnung (BauNVO) vorliegt, sind zum einen die bereits genannten Ziele für Einzelhandelsgroßprojekte anzuwenden sowie das Bauvorhaben einer Vorprüfung zu unterziehen, ob damit womöglich eine erhebliche überörtliche Raumbedeutsamkeit entfalten wird und das Vorhaben in den Anwendungsbereich eines Raumordnungsverfahrens fällt (vgl. Art. 24 Abs. 1 Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLplG)).

Ergänzend zur rechtlichen Einordnung sei an dieser Stelle zum besseren Verständnis der Interpretation der Untersuchungsergebnisse noch auf den aktuellen Diskurs um die 1.200 m² Liberalisierung im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels eingegangen. So wird im LEP 2013 die Schwelle der Großflächigkeit für Lebensmittelsupermärkte angehoben und geht mit einer Entkoppelung von der Zentralen-Orte-Hierarchie einher (Miosga 2015). „Ziel ist es, dass nun in jeder Gemeinde ein moderner Supermarkt mit bis zu 1.200 Quadratmetern Verkaufsfläche möglich ist. In der Konsequenz begeben sich nun auch kleinere Kommunen in den Ansiedlungswettbewerb um einen solchen Betrieb und weisen Flächen an den Ortsrändern aus. Lebensmittelgeschäfte und andere kleinere Läden mit Sortimenten aus den Randbereichen der Vollsortimenter, die sich bisher noch in den Ortskernen halten können, geraten enorm unter Druck. In der Folge ist eine weitere Ausdünnung und Konzentration des Standortnetzes zu erwarten. Gerade unter den Bedingungen des demografischen Wandels kann dies ein empfindliches Ausdünnen heute noch fußläufig erreichbarer Standorte mit sich“ (Miosga 2015).

Ergebnisse quantitative Befragung

Betrachtet man die Sicherung der Versorgungseinrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels im Kernort (Abb. 37), so ist augenfällig, dass, sofern das Angebot vorhanden und die Dauer der Sicherung bekannt ist, der Lebensmitteleinzelhandel als »langfristig gesichert« eingestuft wird. Die Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels der Kategorien K2, K3 und K4 sind überwiegend langfristig und mittelfristig gesichert, während in den befragten Kommunen der Kategorie 5 in 38,1 % keine Versorgungseinrichtung des Lebensmitteleinzelhandels vorhanden ist. Hier verteilt sich die Dauer der Sicherung der vorhandenen Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels abweichend zu anderen Gemeindegrößen auf alle Zeiträume der Sicherung.

Vergleicht man die Versorgungsqualitäten des Lebensmitteleinzelhandels zwischen Kernort und größeren Ortsteilen der Kommune (Abb.38), dann fällt auf, dass in den Orten

Abb. 37 | Wie langfristig erschienen die Versorgungseinrichtungen im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels im Kernort der Kommune gesichert?

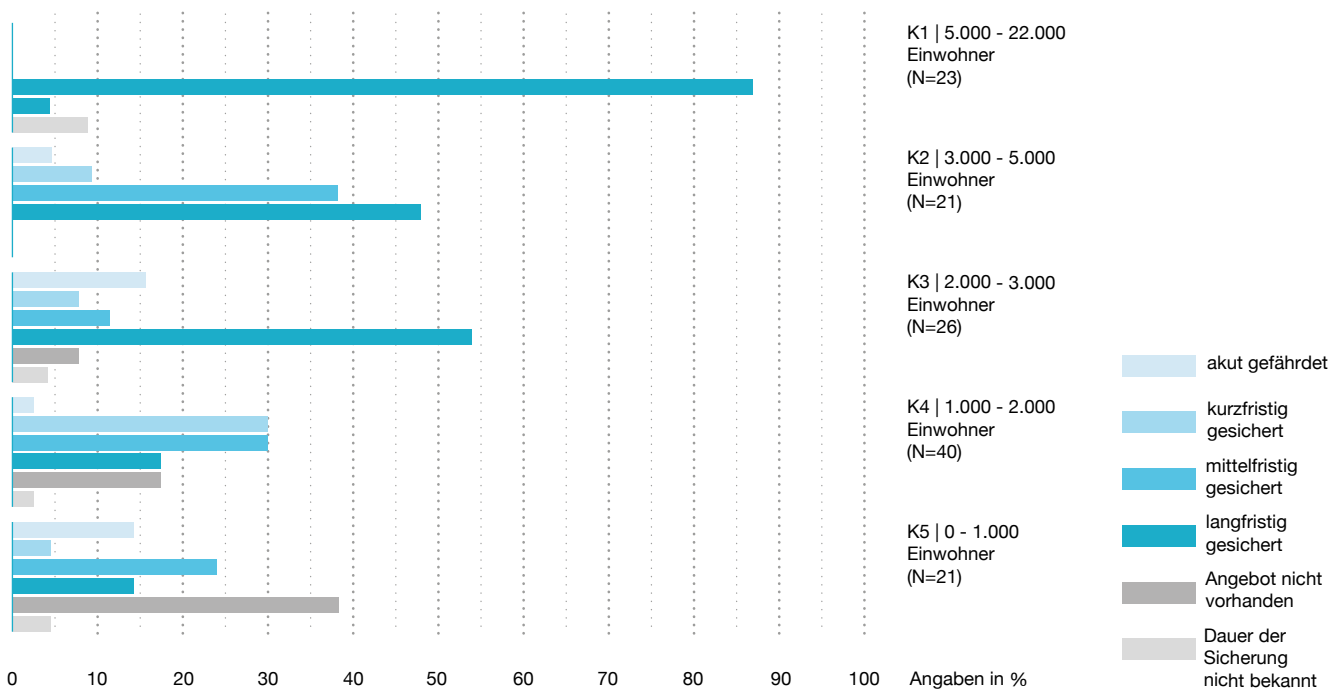
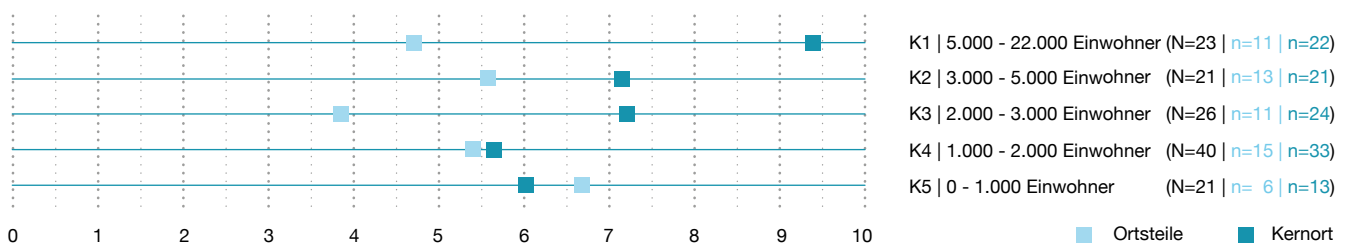


Abb. 38 | Wie wird die Qualität der Versorgung mit Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandels im Kernort bzw. in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnern eingeschätzt?



der Kategorien K1, K2 und K3 die Qualität der Versorgung im Kernort deutlich besser bewertet wird, als in weiteren größeren Ortsteilen selbiger. Eine besonders große Differenz ist bei Kommunen der Größe K3 zu beobachten. In der Kategorie K4 ist die Versorgungsqualität im Kernort der Kommunen sowie den größeren Ortsteilen auf insgesamt niedrigerem Niveau etwa gleich, während in kleinen Kommunen der Kategorie K5 die größeren Ortsteile der Kommune merkwürdigerweise eine bessere Versorgungsqualität ausweisen, als der Kernort selbst. Aus diesen deskriptiven Beschreibungen lassen sich mehrere mögliche Interpretationen ableiten. Womöglich sind größere Orte verstärkt Zentralisierungsprozessen unterworfen, so dass Ortsteile als schlechter versorgt wahrgenommen werden als der Kernort. Dass in Kategorie 5 die Kernorte eine schlechtere Versorgung aufweisen als die Ortsteile selbst, könnte zum einen mit der Zunahme von Gewerbeflächen auf der grünen Wiese, und damit außerhalb des Kernorts, oder Kleinstlösungen wie beispielsweise Dorfläden vor Ort erklärt werden. Entlang des vorliegenden Untersuchungsbefundes kann das aber bislang nur als begründete Vermutung formuliert werden, da ein Nachweis eine ortspezifische Nachuntersuchung erfordern würde.

Ergebnisse Experteninterviews

Allgemeine Entwicklungen Lebensmitteleinzelhandel

Allgemein, so die befragten Experten, sind Abwanderungen des Lebensmitteleinzelhandels aus den Ortskernen sowie Konzentrationsprozesse auf der „Grünen Wiese“ zu beobachten. Aus Branchenperspektive zu erklären ist dies damit, dass innerstädtische/innerörtliche Flächen für den Lebensmitteleinzelhandel kaum bezahlbar oder für Erweiterungsprozesse räumlich eingeengt sind und zu wenig Frequenz bringen würden, während die Flächen am Stadt- und Ortsrand günstiger und leichter mit dem PKW zu erreichen sind sowie dort nicht selten in Form von Fachmarktzentren eine räumliche Konzentration an Versorgern stattfindet.

Eine ebenso zu beobachtende Entwicklung sind Veränderungen im vorhandenen Sortiment der Lebensmitteleinzelhändler. So würden die Anforderungen der Konsu-

menten hinsichtlich Auswahl, Regionalität und Saisonalität zunehmen. Gerade für kleinflächigen Lebensmittelhandel mit geringerem Absatz ist es z.B. schwierig, stets ein umfassendes Sortiment an regionalem, saisonalem und frischem Obst und Gemüse vorzuhalten. Aber auch Discounter entwickeln sich weg von Massenvermarktern hin zu größeren und breiteren Sortimenten. Zu beobachten, so die Befragten, ist auch, dass die „Frischeorientierung“ der Kunden zunimmt, während eine Bevorratung mit langlebigen Produkten eher rückgängig ist. Als Treiber führen diese Aspekte somit zu Maßstabsvergrößerungen bei den Verkaufsflächen und damit aufgrund von Tragfähigkeitsüberlegungen auch zur Verringerung der Standortanzahl. Weiterhin sind verstärkt Filialisierungsprozesse auf Kosten kleinflächiger Konzepte, die inhabergeführt und nicht filialisiert sind, zu beobachten.

Hinsichtlich der Preissensibilität der Konsumenten werden uneinheitliche Aussagen getätigt. So gibt ein Teil der befragten Experten an, dass eine ausgeprägte Preissensibilität der Konsumenten vorhanden ist, an die sich der Lebensmitteleinzelhandel versucht anzupassen, während andere Befragte argumentieren, dass sogar ein Rückgang der Preissensibilität der Kunden zugunsten eines steigenden Bewusstseins für Wertigkeit und Qualität der Produkte zu beobachten ist.

Inhabergeführter Lebensmitteleinzelhandel

Die altersbedingte Geschäftsaufgabe inhabergeführten Lebensmitteleinzelhandels nimmt weiterhin zu, so die Befragten, da es schwierig ist, entsprechende Nachfolger zu finden. Die hohe Arbeitsbelastung, unattraktive Öffnungs- und Arbeitszeiten, ein Gehalt (für die Inhaber) deutlich unter dem Mindestlohn, viel persönlicher Idealismus sowie ein teilweise (zu) geringer Ertrag und die unsichere Wirtschaftlichkeit von Kleinflächenkonzepten im ländlichen Raum werden als Gründe angeführt. Aber auch die Verlagerung von Kundenströmen z.B. durch Ausbau eines konzentrierten Fachmarktzentrums kann Auslöser einer Standortaufgabe sein. Von Bedeutung in diesem Prozess sind die von Experten erwähnten Querverweise

zu Standorten des Lebensmittelhandwerks: Gerade hier wären vor Ort durchaus tragfähige Kundenmengen vorhanden, welche aber in der Kopplung von Erledigungen des Alltags häufig auf die Versorgung an anderen Standorten, beispielsweise an Backstationen der Tankstellen, welche durch das Zusatzangebot die Tragfähigkeit absichern wollen, ausweichen.

Der generelle Rückzug aus dem ländlichen Raum wird mit steigendem Wettbewerb in einer sich durch niedrige Margen auszeichnenden Branche und damit fehlender Tragfähigkeit und teilweise hohen Investitionsbedarfen erklärt.

Spezifika in ländlichem Raum

Speziell im ländlichen Raum kommt die Tatsache zum Tragen, dass der Konsument auch in einem kleinen Lebensmitteleinzelhandel das gleiche Sortiment wie in einem Großflächenkonzept erwartet und, aufgrund der vorhandenen Mobilität, bereit ist, weitere Wege auf sich zu nehmen, um ein größeres Warenangebot vorzufinden.

Des Weiteren wird dem ländlichen Raum eine geringere Konsumneigung zugeschrieben und dies mit abnehmenden Familiengrößen, Alterung der Bevölkerung vor Ort und Abwanderungsprozessen erklärt. Außerdem bringt, so die Befragten, die geringere Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum eine geringere Kaufkraft mit sich, was Standorte im ländlichen Raum hinsichtlich der zu erwartenden Gewinne unattraktiv erscheinen lassen kann.

Räumlich-strukturelle Untersuchung

Der zugrundeliegende Datensatz zum Lebensmitteleinzelhandel stammt vom Datenanbieter The Nielsen Company (Germany) GmbH und bildet den Stand 12/2017 ab. Der Datensatz enthält SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Discounter, große Supermärkte (800-1.499 m² Verkaufsfläche), Supermärkte (400-799 m²) und kleine Supermärkte (unter 400 m² Fläche). Erfasst sind sowohl inhabergeführte Läden, als auch Systemanbieter. Insgesamt sind damit ca. 5.800 Standorte in Bayern im Forschungsprojekt erfasst. Für die Untersuchung lagen im Unterschied zu den ande-

ren betrachteten Angebotsbereichen mehrere Zeitschnitte und weitere Hintergrundinformationen vor, so dass in den Befragungen und Expertengesprächen formulierten Vermutungen über Wandlungsprozesse zumindest in groben Abschätzungen nachgegangen werden konnte.

Die räumlichen Muster im Lebensmitteleinzelhandel wurden bereits im allgemeinen Teil der Untersuchung ausführlich diskutiert (siehe S. 22-37). Auf eine wiederholende Darstellung wird an dieser Stelle daher hier verzichtet.

2.5

Fazit Baustein A: Raumwissen Bayern

Nachfolgend werden die Leitfragen für den Untersuchungsbaustein Raumwissen beantwortet. Da die beiden ersten Fragen A1 und A2 anhand der Untersuchungsergebnisse ausführlich erläutert wurden, werden an dieser Stelle nur die wichtigsten Ableitungen aus der Betrachtung summarisch festgehalten. Die Fragen A3 und A4 werden ausführlicher diskutiert.

A1 & A2 | Wie bildet sich die räumliche Struktur der Alltagsversorgung in Bayern ab? Welche Räume sind als kritisch in Hinblick auf die alltägliche Versorgung der Bevölkerung einzuschätzen und welche Eigenschaften und Merkmale weisen diese Räume auf?

Die fein aufgelöste, flächendeckende Betrachtung zeigt, dass im ländlichen Raum Bayerns sehr unterschiedliche Strukturen zu finden sind, die in Hinsicht auf die Versorgung differenziert betrachtet werden müssen. Deutlich wird, dass neben dünn besiedelten Räumen auch in dichter besiedelten Gebieten in der Nähe von Ballungsräumen kritisch zu bewertende Strukturen zu finden sind. Gleichzeitig können peripher gelegene, ländlich geprägte Räume identifiziert werden, die eine sehr gute flächige Versorgung aufweisen. Die identifizierten Muster zeigen vereinzelte Ausfälle von Angebotsstandorten in größeren Ortsteilen, grundlegend fehlende Mindestgrößen von Ortsteilen, teilweise aber auch sehr kleinteilige Angebotsstrukturen, durch die eine fast flächige Versorgung erreicht werden kann.

Auch wenn in einzelnen Räumen durchaus strukturelle Ähnlichkeiten und Muster identifiziert werden konnten, stellen sich die ländlichen Räume Bayerns demnach in Hinblick auf die Versorgung keineswegs homogen dar. Hinsichtlich Sicherungsmaßnahmen müssen differenzierte und raumspezifische Lösungsansätze gefunden werden. Während in vielen Räumen die längerfristige Sicherung oder punktuelle Schaffung von Kleinststandorten einen wesentlichen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung der

Bevölkerung leisten kann, müssen bei nicht herstellbarer Tragfähigkeit von Zusatzstandorten Mobilitätslösungen gefunden werden, die den Ausfall kompensieren. Gleichzeitig kann die Schaffung von Mobilitätslösungen umgekehrt durchaus auch zu einer zusätzlichen und beschleunigten räumlichen Konzentration und zur Aufgabe von Versorgungsangeboten führen.

Da die Beschreibung kritischer Strukturen nach Faktoren wie Bevölkerungsdichte oder Bevölkerungsentwicklung nicht ausreichen, um differenzierte Aussagen zur Versorgungssituation zu machen, wurde eine verfeinerte Beschreibung von kritischen Strukturen auf Gemeinde- und Ortsteilebene erarbeitet. Dabei wird deutlich, dass die innere Struktur von Gemeinden, bzw. auch Mindestgrößen und Verteilungen von Siedlungselementen relevant sind.

Auf Gemeindeebene wurden zwei kritische Gemeindetypen identifiziert. Gemeinden, die keinen Versorgungsstandort haben und in der Regel unter 2.000 Einwohner aufweisen, machen die eine Hälfte der als potenziell unterversorgt identifizierten Einwohneranteile in Bayern aus. Die andere Hälfte entsteht innerhalb von Gemeinden, die zwar mindestens einen Versorgungsstandort haben, deren Gemeindefläche allerdings so groß ist, dass für die Bevölkerung in den Ortsteilen ohne eigene Versorgungsstandorte sehr weite Wege entstehen. Dabei handelt es sich häufig um kleine und mittelgroße Städte mit bis zu 20.000 Einwohnern und damit eine Ortskategorie, welche typischerweise bei der Bewertung der Alltagsversorgung nicht unter die Lupe genommen wird. Zudem sind auch wachsende und in prosperierenden ländlichen Bereichen der Verdichtungsräume gelegene Gemeinde betroffen.

Auf Ebene der Ortsteile sind erwartungsgemäß die kleinen Ortsteile mit weniger als 1.000 Einwohner in den meisten Fällen auf die Mitversorgung durch Nachbarorte angewiesen. Eine Ausnahme bildet die Versorgung mit Kindertagesbetreuung, die häufig auch in Orten mit 500-1.000

Einwohnern vorhanden ist. Ab einer Ortsteilgröße von 2.500 Einwohnern kommen nur vereinzelt Versorgungsausfälle bei alltäglichen Angeboten vor. Im Bereich dazwischen muss weiterführend betrachtet werden, unter welchen Rahmenbedingungen Versorgungsstandorte vorhanden sind bzw. aufrechterhalten werden können. Hier könnten Konkurrenzen, Lagekriterien etc. ausschlaggebend sein. Dieser Aspekt konnte im Rahmen der Studie nicht abschließend betrachtet werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur flächigen Versorgung in Bayern leisten Kleinflächenkonzepte im Lebensmitteleinzelhandel, gleichzeitig sind besonders diese Konzepte im ländlichen Raum weiterhin unter Druck. Indes ist für 860.000 Einwohner in Bayern ein Laden mit unter 400 m² Verkaufsfläche der einzige Versorgungsstandort innerhalb von drei Kilometern.

A3 | Welche Rolle spielen Kooperationen und Partnerschaften in der Alltagsversorgung und wie ist die Alltagsversorgung in den bisherigen Strategien und Konzepten repräsentiert?

Die räumlich-strukturelle Untersuchung zeigt, dass die Abhängigkeit von Mitversorgung durch größere Orte in Bayern zunehmend die Realität darstellt. Von den 2.031 Gemeinden in Bayern haben rund 500 keinen LEH-Standort und sind daher auf die Versorgung in Nachbarkommunen angewiesen. Auf Ebene der Ortsteile findet man auch in Kommunen mit LEH-Standort unterversorgte Bereiche, die weit vom Hauptort entfernt sind. Da davon auszugehen ist, dass auch in Zukunft nicht in allen Ortsteilen eine stationäre Versorgung mit Angeboten der Alltagsversorgung erreicht werden kann, sollte die Mitversorgung dieser Räume größere Aufmerksamkeit erhalten und mit organisatorischen Konzepten unterlegt werden.

Obwohl im ländlichen Raum Bayerns ein hoher Automobilitätsgrad besteht, müssen mit Blick auf weniger mobile

Gruppen, wie Kinder, Jugendliche und Senioren Lösungen gefunden werden, die eine alltägliche Versorgung ohne die Nutzung eines PKW ermöglichen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass in ca. 80 % der befragten Gemeinden der Zugang zu Angeboten der Alltagsversorgung ohne PKW aus den Ortsteilen eher schwer oder sehr schwer möglich ist.

Eine erste Ebene der Mitversorgung betrifft daher die Qualifizierung der nahräumlichen Erreichbarkeit mit anderen Verkehrsmitteln als dem PKW innerhalb der Gemeinde. Während innerhalb der fußläufigen Erreichbarkeit von einem Kilometer nur ca. 70 % der bayerischen Bevölkerung einen LEH-Standort erreichen, steigt der Anteil bei Betrachtung des drei Kilometer Radius auf ca. 90 %. Da die Untersuchung keine tatsächliche Erreichbarkeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln miteinbezieht, besteht die Möglichkeit, dass für einige der identifizierten Bevölkerungsanteile bereits eine gute Anbindung an den Versorgungsstandort per ÖPNV oder eine gut ausgebaute Fahrradverbindung besteht. Dennoch zeigt das Potenzial von rund 2,5 Millionen Einwohnern, dass durch die Qualifizierung der Anbindung nahe gelegener Ortsteile mit dem ÖPNV, Rufsystemen oder perspektivisch (und nur bei planvoller Integration) autonomer Systeme sowie durch attraktive Fahrrad- und Fußwege, ein wesentlicher Beitrag für die Versorgung geleistet werden kann. Die Mitversorgung innerhalb dieser Distanzen betrifft häufig die Kommune selbst, oder bezieht direkte Nachbarkommunen mit ein.

Die Studie zeigt gleichzeitig, dass ca. 10 % der bayerischen Bevölkerung auch innerhalb von drei Kilometer keinen Versorgungsstandort erreichen kann. Dabei handelt es sich größten Teils um Bevölkerung, die entweder in peripheren Ortsteilen innerhalb der Gemeinde leben, oder in Gemeinden, die keinen eigenen Versorgungsstandort aufweisen. Auf dieser Ebene kann die Versorgung im Rahmen von interkommunalen Kooperationen durch die Sicherung der Erreichbarkeit von versorgten Standorten in

Nachbarkommunen erreicht werden. Aus interkommunaler Sicht können größere Ortsteile, die innerhalb der Kommune peripher liegen, durchaus eine wichtige Stellung als Versorgungsstandort in der Region einnehmen.

Interkommunale Kooperationen können zudem einen Beitrag zu einer positiven räumlichen Entwicklung der Angebotsstandorte leisten. Eine regional abgestimmte Position bezüglich Innenentwicklung kann z.B. bei der Verhandlung mit Anbietern dazu beitragen, dezentrale Standorte zu vermeiden. Gerade bei Entscheidungen zu Neustandorten kann eine regionale Perspektive helfen, den für den Kooperationsraum optimalen Standort zu finden. Angebote, die aufgrund von Tragfähigkeitsproblemen in der Fläche nicht mehr zu halten sind, können an einem für den Kooperationsraum sinnvollen Standort gebündelt werden. Da Grundschulen, Kitas, Supermärkte und Hausärzte gerade in kleineren Orten nicht nur eine Versorgungsfunktion haben, sondern zum sozialen Austausch sowie zur Vitalität der Ortskerne beitragen, muss darauf geachtet werden, dass bestehende Angebote in der Fläche nur in Ausnahmefällen zugunsten eines in der Region zentral erreichbaren Standorts aufgegeben werden. Auch wenn die Versorgung durch eine gute Anbindung des nächstgrößeren Ortes in der Region gesichert werden könnte, muss darauf geachtet werden, dass kleine Elemente erhalten bleiben.

Die in Zukunft zunehmende Bedeutung der Mitversorgung wird im Rahmen der Studie durch die Befragung und die Betrachtung der Entwicklung des LEH in den letzten 12 Jahren deutlich. Die Befragung zeigt, dass in Gemeinden mit unter 3.000 Einwohnern die Sicherung der hausärztlichen Versorgung und des LEH-Standortes in vielen Fällen nur kurz- oder mittelfristig gegeben ist. Auch die Betrachtung der Entwicklung des LEH in den letzten 12 Jahren zeigt eine Ausdünnung von Standorten in kleinen Ortsteilen, wodurch sich die Versorgung in der Fläche wesentlich verschlechtert hat. Neustandorte wurden häufig in verkehrsgünstigen Lagen oder in größeren Zentren, die bereits

Versorgungsstandorte haben, beobachtet. Die Prozesse führen dazu, dass die Wege für die Bevölkerung generell weiter werden und die Abhängigkeit von der Versorgung in Nachbarorten- und Gemeinden zunimmt, wodurch letztlich neue Mobilitäts Herausforderungen entstehen. Auch in zwischen teilweise bestehende Konzepte wie kommunale Bürgerbusse und Fahrdienste stellen dabei keine ausreichende Antwort bereit.

A4 | Wie kann besseres Raumwissen zur Sicherung der Alltagsversorgung in ländlichen Räumen beitragen?

Im Kontext der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern ist differenziertes Wissen zu Teilräumen grundlegend. Die Aussage bisheriger Betrachtungen der Versorgungssituation in Bayern sind in zweierlei Hinsicht begrenzt. Entweder sind die Untersuchungen sehr detailliert, dafür nur für kleine Gebiete verfügbar, oder von nur geringem Detailgrad bzw. auf Aussagen zu bestimmten Raumtypen reduziert, dafür für ganz Bayern verfügbar (Details siehe Stand der Forschung S. 16).

Der vorgestellte Untersuchungsansatz eröffnet neue Perspektiven auf die Versorgungssituation in Bayern, indem verschiedene Maßstabebenen mit hoher Detailschärfe verknüpft werden. Da der bayernweiten Betrachtung fein aufgelöste Bevölkerungs- und Standortdaten zugrunde liegen, können Auswertungen auf beliebigen Maßstabebenen durchgeführt werden und die Karten für verschiedenen Zwecke genutzt werden.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Fokus der räumlich-strukturellen Betrachtung auf unterschiedlichen Ausprägungen der Verteilung von Angebotsstandorten im Verhältnis zur Wohnbevölkerung liegt. Aussagen über die tatsächliche Versorgungssituation für die Bevölkerung können durch diese Betrachtung nur bedingt gemacht werden, da weder Qualität des Angebots, noch die tatsächliche Erreichbarkeit für die Bevölkerung oder das individuelle

Versorgungsbedürfnis des Einzelnen im gewählten Ansatz berücksichtigt werden kann. Vielmehr werden durch die Untersuchung grundlegende räumliche Unterschiede und Muster in der Struktur deutlich, die als Grundlagenwissen zu einem besseren Verständnis des ländlichen Raums beitragen können.

Um in Zukunft noch detaillierteres Raumwissen zu erarbeiten, muss der entwickelte Ansatz auf verschiedenen Ebenen erweitert werden. Relevant sind die Erweiterung bzw. Verbesserung der zugrundeliegenden Datensätze, die verfeinerte Betrachtung der Erreichbarkeit unter Einbeziehung verschiedener Verkehrsmittel in ebenfalls räumlich feinteilig aufzubauenden Mobilitätsmodellen sowie die stärkere Integration der Nutzerperspektive.

Datensätze zu Standorten der Alltagsversorgung in Bayern sind die wesentliche Grundlage für die vorliegende Untersuchung. Aufgrund der bislang eingeschränkten Datenlage bzw. nur schlechtem Zugriff auf feingranulare Daten, welche von unterschiedlichen privatwirtschaftlichen Anbietern bereitgestellt werden, konnten die Untersuchungen nur für die Bereiche Kindertagesbetreuung, Grundschulen, Lebensmitteleinzelhandel, hausärztliche Versorgung und Apotheken durchgeführt werden. Dabei mussten beispielsweise die Daten zum LEH teuer von einem privatwirtschaftlichen Anbieter zugekauft werden. Für kleinteilige Angebote wie Bäcker und Metzger liegen bislang für Bayern keine entsprechend einsetzbare Datensätze vor. Für die Bewertung der Situation der alltäglichen Versorgung wären diese kleineren Angebote jedoch von Interesse. Mithilfe von jährlich aktualisierten Datensätzen könnte zudem ein Monitoring zu räumlichen Veränderungen in der Struktur der Alltagsversorgung durchgeführt werden. Um diese Potenziale voll auszuschöpfen, muss von staatlicher Seite eine entsprechende Dateninfrastruktur aufgebaut und für Forschung und Praxis zur Verfügung gestellt werden.

Die Integration der tatsächlichen Erreichbarkeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln ist durch eine Weiterent-

wicklung der vorgestellten Methodik möglich. Gängige Erreichbarkeitsmodelle können zum Einsatz kommen. Die tatsächliche Erreichbarkeit ist insbesondere auf regionaler Ebene relevant. Für interkommunale Zusammenschlüsse muss z.B. betrachtet werden, welche Ortsteile keine gute Anbindung zur Versorgungsstandorten aufweisen, um zu entscheiden, wie die Situation verbessert werden kann.

Die Nutzerperspektive ist relevant, um Wissen über die tatsächliche Benutzung des Raums zu erarbeiten. Während die räumlich-strukturelle Untersuchung darauf abzielt, eine generelle Verteilung von Bevölkerung und Angebotsstandorten zu untersuchen, könnte die Nutzerperspektive dazu beitragen alltägliche Routinen abzubilden. Häufig wird nicht der nächstgelegene Versorgungsstandort genutzt. Kopplungseffekte z.B. mit dem Arbeitsweg oder anderen Besorgungen sind von wachsender Bedeutung. In der qualitativen Befragung wurde dennoch die Wichtigkeit von traditionellen Verflechtungen, wie z.B. die Marktfunktion eines Ortes, betont. Methodisch kann hier einerseits mithilfe von Befragungen gearbeitet werden. Andererseits sind neu verfügbare digitale Daten wie z.B. das Tracking von Bewegungsmustern in ganzen Regionen vielversprechend.

3

Baustein B: Trends und Akteure der Alltagsversorgung

Im Baustein B: Trends und Akteure in der Alltagsversorgung werden auf Basis von Experteninterviews und eines Workshops allgemeine Herausforderungen und Trends der Alltagsversorgung skizziert. Gestaltende Akteure, Kräfte und Triebfedern werden identifiziert.

3.1

Ergebnisse Experteninterviews

Neben der strukturellen Betrachtung zur Generierung von Raumwissen ist auch die Perspektive von Praxisakteuren aus den verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung ein wichtiger Baustein.

Im Rahmen einer qualitativen Befragung von verschiedenen über Expertenwissen verfügenden Akteuren aus den projektrelevanten Bereichen der Alltagsversorgung sollten erste generierte Forschungsergebnisse kritisch reflektiert, ergänzend bereichsspezifisches Wissen abgefragt sowie neue Impulse und Denkanstöße für das Projekt gewonnen werden.

Methodik Experteninterviews

Die Konzeption der Befragung basiert auf einer Literaturanalyse sowie den Erkenntnissen der Auswertung der Entwicklungskonzepte ausgewählter Vertiefungsräume (siehe Zwischenbericht). Der Literaturanalyse lagen folgende Fragestellungen zu Grunde: 1) Was sind die grundsätzlichen Funktionsmuster von Lebensmitteleinzelhandel?, 2) Welche Auswirkungen haben diese Funktionsmuster auf die Nahversorgung im ländlichen Raum?, 3) Welchen Stellenwert nehmen Lieferketten, Logistikmanagement und Aspekte wie Automatisierung, Rationalisierung und Digitalisierung ein?.

Die am Anfang stehende Analyse der Entwicklungskonzepte ausgewählter Kommunen erfolgte vor dem Hintergrund der Fragestellung, welche Themen der Daseinsvorsorge bzw. der Alltagsversorgung auf kommunaler Ebene thematisiert und bearbeitet werden. Die Quintessenz dieser umfassenden Betrachtung ist, dass die Kommunen die Themen nicht vordergründig bespielen und es offensichtlich noch keine „Problem-Ownership“ gibt. Im Fokus der qualitativen Befragung steht der Austausch mit Vertretern verschiedener Institutionen aus dem Feld der Daseinsvor-

sorge. Es wurde ein Gesprächsleitfaden mit drei zentralen Themenblöcken entwickelt:

- Entwicklungen in verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung
- Standortentscheidungen und Logistik
- Daseinsvorsorge und Ländlicher Raum

Dieser bildet die Basis für problemzentrierte, qualitative Interviews mit Vertretern verschiedener Institutionen. Dabei wurden folgende Akteure befragt:

- Akteure aus dem Bereich Lebensmitteleinzelhandel
- Akteure aus dem Bereich Drogeriewaren
- Akteure aus dem Bereich Handelsberatung
- Akteure aus (bürgerschaftlichen) Initiativen
- Akteure aus dem Bereich Gesundheitswesen
- Akteure aus dem kommunalen Bereich

Insgesamt konnten telefonische oder persönliche Gespräche mit 13 Vertretern der genannten Bereiche geführt werden. Die Gesprächsprotokolle wurden aufbereitet und in Anlehnung an das Auswertungsverfahren der induktiven Kategorienbildung ausgewertet.

Ziel der Experteninterviews war es, Wissen, welches durch Literaturrecherche, die Auswertung der Entwicklungskonzepte (siehe Zwischenbericht: Michaeli et al. 2018) sowie die im vorherigen Kapitel erläuterte quantitative Befragung gewonnen wurde, mit Akteuren aus der Praxis kritisch zu reflektieren sowie in Gesprächen weitere Impulse für den weiteren Verlauf des Forschungsprojekts zu generieren.

Im Folgenden sollen allgemeine Herausforderungen und Trends der Alltagsversorgung auf Basis der geführten Experteninterviews skizziert werden.

Standortwahl

Grundsätzlich, so die befragten Personen aus dem Bereich Einzelhandel, sind die klassischen Standortfaktoren wie Frequenz, Erreichbarkeit/Parkplätze, Einzugsbereich, Sichtbarkeit, subsumiert unter der Aussage „Lage, Lage, Lage“, nach wie vor relevant und Verkehrsknotenpunkte als Standorte nach wie vor sehr attraktiv.

Für Filialisten im Bereich Lebensmitteleinzelhandel sind 5.000 Einwohner der Mindesteinzugsbereich, weil darunter die entstehenden Logistikkosten zu hoch sind. Standorte mit z.B. 3.000 Einwohnern vor Ort funktionieren aber dann, wenn der Standort günstig gelegen ist und das Umfeld als größerer Einzugsbereich fungieren kann. Für Drogeriewaren werden sogar Mindesteinzugsbereiche von 10.000 Einwohnern aufgerufen. Filialisten bevorzugen Standortcluster in Form von Fachmarktzentren, die gerade im ländlichen Raum auf der „Grünen Wiese“ angesiedelt werden. Die Multifunktionalität sowie die Stärkung der Nutzungsbündelung sind wichtig, attraktiv und bringen mehr Frequenz, die sogar auch die Realisierung von Kleinflächenstandorten an Standorten ermöglichen, welche in der Einzelstandortperspektive eigentlich uninteressant sind.

Hinsichtlich der Standortwahl geben die befragten Personen aus dem Bereich Einzelhandel an, dass Logistikkosten Standort- und Wettbewerbsfaktoren darstellen. Daher wird auf eine kostensparende, einfache und effiziente Logistik geachtet, die sich oftmals auf der „Grünen Wiese“ leichter realisieren lässt, als in innerörtlichen Lagen. Innerorts sei die Anfahrt erschwert und es müsse auf die Einhaltung der Geräuschemissionen vor allem in den Tagesrandstunden geachtet werden. Je näher ein Ort am eigenen Logistikzentrum liegt, desto einfacher ist die Realisierung eines dichten Filialnetzes und desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass ein weniger tragfähiger Standort erhalten wird,

da eine abgelegene Lage oftmals weitere Lieferwege und zunehmende Kosten bedeuten. Ein weiterer Einflussfaktor kann die Verkaufsfläche sein, die idealerweise auf die Kapazitäten eines LKWs ausgerichtet ist und nochmals die hohe Relevanz betriebswirtschaftlicher Aspekte unterstreicht.

Dem Mobilitätsverhalten der Konsumenten wird hinsichtlich der Standortwahl eine eher nachrangige Bedeutung zugeschrieben, da die Mehrheit der Konsumenten als sehr mobil eingeschätzt werden.

Mobilitätsverhalten

Befragt zu dem tatsächlichen Mobilitätsverhalten treffen die befragten Personen widersprüchliche Aussagen. So wird einerseits argumentiert, dass die alternde Baby-Boomer-Generation (geburtenstarke Generation in den Jahren 1945 bis 1965) zu kleinflächigeren Konzepten führt, da deren Mobilität abnimmt und der Trend deshalb wieder zu Kleinflächenkonzepten vor Ort geht. Andererseits wird die Ansicht vertreten, dass die Baby-Boomer-Generation auch im Alter die Mobilität nicht aufgeben wird und es verstärkt Mobilitätslösungen wie Shuttle-Services oder ähnliches geben wird.

Die fußläufige Erreichbarkeit ist laut den Befragten (auch vor dem Hintergrund des heutigen Automobilisierungsgrads) nur für ältere Menschen und junge Familien interessant, wobei ältere Leute eher alternative Mobilitätslösungen finden, wenn die wohnortnahe Versorgung nicht gegeben ist. Angesprochen wird auch, dass das derzeitige Mobilitätsverhalten für eine Reduktion der Kaufkraftbindung sorgt, da die größer werdende Mobilität zu immer größeren Einzugsbereichen führt.

Kleinflächenkonzepte versus Großflächenkonzepte

Die Aussagen der befragten Personen aus den Bereichen Einzelhandel und Handelsberatung zur Kleinflächen- und Großflächenkonzepten sind insgesamt sehr divers.

Großflächenkonzepte profitieren vor allem von Systematik, Skalierbarkeit und Rationalisierungsprozessen, individuelle Lösungen sind nicht vorgesehen. So ist die Logistik bei Großflächenkonzepten einfacher zu realisieren und genutzte Skaleneffekte ermöglichen auch das Bespielen von Regionen mit Filialen geringerer Tragfähigkeiten. Besondere Relevanz wird der Kostenstruktur, insbesondere den Personalkosten, zugeschrieben, welche bei Kleinflächenkonzepten, und den geringen Margen insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel, besonders wirkmächtig ist.

In einer mit engen Margen operierenden Branche wird eine Verkaufsfläche von 1.200 m² für den Lebensmitteleinzelhandel als Schwellenwert für eine Verkaufsfläche genannt, die Tragfähigkeit gewährleisten kann und für Filialisten gerade noch attraktiv ist. 800 m² seien oftmals bereits zu klein für das heute typische Sortiment, so die Aussage der Experten aus dem Bereich Lebensmitteleinzelhandel.

Hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit von Kleinflächenkonzepten gehen die Meinungen auseinander. Während einige der befragten Personen die Ansicht vertreten, dass insbesondere der Lebensmitteleinzelhandel durch den fortschreitenden demographischen Wandel gezwungen sein wird, zu Kleinflächenkonzepten zurückzukehren und bereits erste Trends erkennbar sind, vertreten andere Personen die Meinung, dass Kleinflächenkonzepte nicht mehr zeitgemäß und tragfähig sind. Als Vorteile gegenüber Großflächenkonzepten werden die höhere Übersichtlichkeit, „kurze Wege“ innerhalb des Ladens und vor Ort sowie Ansprechpartnern in Form von Personal hervorgehoben.

Kleinflächenkonzepte sind oftmals mit dem Problem der Tragfähigkeit konfrontiert. Diese Ertragsgrenze zu erreichen oder zu übersteigen wird für kleinen, inhabergeführten Einzelhandel immer schwerer und kann oft nur dann erreicht werden, wenn das Ladenlokal im baulichen Eigentum untergebracht ist und keine Mietkosten anfallen.

Je kleiner die Verkaufsfläche, desto besser muss das Konzept an die Bedarfe und Wünsche der Kunden angepasst sein, um mit einem Kernsortiment den erforderlichen Umsatz zu generieren. Dies gilt insbesondere für kleine, inhabergeführte Läden sowie Dorfläden. Dies ist auch vor dem Hintergrund interessant, dass einige Großhändler kleine, inhabergeführte Läden nur dann beliefern, wenn diese eine jährliche Umsatzschwelle erreichen, da die Belieferung ansonsten nicht attraktiv und rentabel ist. Der persönliche Kontakt zu den Kunden wird als wichtig eingeschätzt, da gerade im ländlichen Raum Einrichtungen der Alltagsversorgung auch als sozialer Treffpunkt und Ort der sozialen Interaktion fungieren. Alleine aus diesem Grund ist bereits die Förderung des Einzelhandels vor Ort sowie die innerörtliche Versorgung sehr wichtig.

Kleinflächenkonzepte werden zunehmend für den urbanen Raum interessant, da diese dort in hochfrequenten Lagen sehr umsatzstark sein können. Rationalisierungsprozesse spielen in diesem Anwendungsfalle keine Rolle.

Der größte ausgemachte Unterschied ist, dass privat geführte Läden, meist Kleinflächenkonzepte, auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgelegt sind, während filialisierte Betriebe, meist Großflächenkonzepte, lediglich in Zeithorizonten von 10 Jahren denken.

Alltagsversorgung als Funktion der Daseinsvorsorge – Strategische Ansiedlung

Auf die aktuelle Ansiedlungspraxis angesprochen, sprechen sich einige der befragten Personen aus dem Bereich Handelsberatung für eine übergeordnete Orientierung oder gar Steuerung, z.B. durch die Regionalplanung aus. Dort würden Planungsvorhaben objektiver eingeschätzt und es sei ein Gesamtüberblick über die Region vorhanden, Strukturproblemen könne so gezielter entgegengewirkt werden. Eine rein staatliche Steuerung der Daseinsvorsorge wird allerdings von Akteuren aus der Handelsberatung kritisch betrachtet, die Chancen einer aktiven und strategischen Lenkung der Standortansiedlung trotz allem als notwendig ansehen. Die Alltagsversorgung, vor allem den Bereich Lebensmitteleinzelhandel, alleine den Unternehmen zu überlassen wird ebenso kritisch bewertet, da für diese in erster Linie die Wirtschaftlichkeit und nicht eine flächendeckende Versorgung im Vordergrund stehen. Regionale Strategien für die Ansiedlung des Lebensmitteleinzelhandels sind nicht vorhanden, denn in der Regel sind die nur knappen Festlegungen des Landesentwicklungsplans Bayern die Basis für alle Handlungsstrategien. Für die zukunftsfähige Planung der Alltagsversorgung wird dieser, aufgrund der sehr diversen Strukturen der Kommunen, jedoch als nicht immer ausreichend bewertet.

Forderungen an die Raumplanung sowie die ländliche Entwicklung werden von den befragten Akteuren der Handelsberatung insofern formuliert, als dass man sich Vorschläge wünscht, wie der Einzelhandel aufs Land zurückgebracht werden kann.

3.2

Ergebnisse Workshop 1

Die Erkenntnisse aus den Experteninterviews wurden in Workshop 1 durch die Diskussion der Ergebnisse mit ausgewählten Vertretern verschiedener Institutionen erweitert. Hier stand die kritische Reflexion der bereits gewonnenen Erkenntnisse sowie das Schließen noch vorhandener Forschungslücken im Vordergrund. Außerdem sollten Handlungsmöglichkeiten und mögliche Anknüpfungspunkte an die Praxis diskutiert werden.

Methodik Workshop

Eingeladen waren Vertreter der Regierungsbezirke Bayerns, des bayerischen Gemeindetags, der Ämter für Ländliche Entwicklung, der Handelsberatung, der Bereiche Lebensmitteleinzelhandel und Gesundheitswesen sowie ILE-/Allianz-Manager und Bürgermeister.

Nach einer Begrüßung durch das Projektteam und einer kurzen Vorstellung der Workshop-Teilnehmer wurden die bisherigen Projektzwischenenergebnisse präsentiert und das Plenum für Nachfragen geöffnet.

Im Vorfeld des Workshops hat jeder Teilnehmer eine spezifische Fragestellung zugesendet bekommen, die im Plenum mit einem Statement im Umfang von 3 – 5 Minuten beantwortet werden sollte. Ziel der spezifischen Fragestellungen war zum einen, bisher offene Fragestellungen seitens des Projekt-Teams zu schließen und zum anderen spezifische Problemstellungen der unterschiedlichen Akteure aufzudecken. Die Ergebnisse wurden mittels Moderationskarten auf Moderationstafeln festgehalten und anschließend im Plenum zur Diskussion gestellt, um Anknüpfungspunkte und Kooperationsmöglichkeiten mit Instrumenten der Ländlichen Entwicklung zu identifizieren.

Die Ergebnisse des Workshops 1 wurden mittels einer Foto-Dokumentation festgehalten und an die Teilnehmer versandt.

Mit der Ergebnisauswertung von Workshop 1 konnten folgende Ableitungen in drei Themenblöcken zusammengefasst werden.

Raumwissen

In jeder Region sollten Wissen und Kenntnis zum Raum auf unterschiedlichen Skalenebenen vorhanden und zugänglich sein. Dies bezieht sich insbesondere auf den Aspekt, dass der Versorgungskontext als Grundlage für die Einschätzung und Planung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge einbezogen werden muss. Es ist sowohl das räumlich-strukturelle Wissen, also die generelle Verteilung von Angebotsstandorten und Bevölkerung relevant, als auch die Nutzerperspektive, welche implizites Wissen über alltägliche Routinen und die tatsächliche Benutzung des Raumes einbringt.

Das aufzubauende Raumwissen zur Versorgung sollte zwingend bei der Konzeption von Kooperationen durch planende Institutionen eingesetzt werden, um Absprachen zu tätigen und bei Bedarf geeignete strategische Partnerschaften zu bilden. Die Identifikation von Problemräumen bzw. Problemlösungsräumen dient dabei als Grundlage, wobei der entscheidende Maßstabszuschnitt auf übergemeindlicher Ebene zu erwarten ist. Die Akteure der Integrierte Ländliche Entwicklung sind in diesem Kontext zudem angehalten, in die Betrachtung Partner wie z.B. Städte im näheren Umfeld miteinzubeziehen. Auch sollte die Möglichkeit gedacht werden, dass verschiedene Partner nur zu Teilthemen (z.B. Versorgung) kooperieren.

Die Ergebnisse dieser Studie stellen dabei nur einen ersten Schritt dar. Auch Aspekte wie Mobilitätsverhalten der vor Ort ansässigen Bevölkerung sowie die tatsächliche Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollten soweit möglich berücksichtigt werden. Anknüpfungspunkte an den Vitalitäts-Check, wo bereits viel lokales und kommunales Wissen zusammengetragen ist, sind zu prüfen.

Mitversorgung

Ein sehr großer Teil der ländlichen Räume kann nicht über eigene (Kleinst-)Standorte versorgt werden. Diese Räume sind entweder auf die Mitversorgung durch größere Versorgungsknotenpunkte im Raum und/oder angepasste Mobilitätslösungen angewiesen. Insbesondere die einfache Anbindung von Ortsteilen, auch über alternative Verkehrslösungen wie z.B. E-Bikes, ist wichtig. Mögliche Anknüpfungspunkte könnte hier eine einbeziehende Betrachtung und Aktivierung des ländlichen Kernwegenetzes ergeben, ergänzt durch die Abschätzung welche Standorte sich in der Region beispielsweise unter Berücksichtigung für den jeweiligen Standort relevanter ökonomischer und sozialer Faktoren als Versorgungsknotenpunkt eignen würde. Trotz dieser (klein)regionalen Lösungen hat das kleinste verbleibende Element der Versorgung erste Priorität. Die verbleibenden Infrastrukturen in kleinen Orten oder Ortsteilen können nach wie vor als Kristallisationspunkte für das Leben auf dem Land dienen und daher gefordert bzw. wo nötig gefördert werden. Ihre Relevanz als Ort des sozialen Austauschs in kleinen Orten ist, ebenso wie der Stellenwert für die Vitalität kleiner Ortschaften oder Ortsteile, also hoch anzusehen.

Viele kleine Orte bzw. Ortsteile (mit weniger als 2000 Einwohnern) stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis oder in Konkurrenz zu kleinen und mittleren Städten oder größeren Ortsteilen, fallen aber bei einer Betrachtung nur auf der Gemeindeebene aus dem Blickfeld. Diese Ebene muss bei einer umfassenden Erörterung der Möglichkeiten der Mitversorgung (auch über die kommunalen Grenzen hinaus) unbedingt einbezogen werden, um Versorgung in der Fläche passgenau und sinnvoll zu organisieren. Hier sind auch unterschiedliche Zuständigkeiten, wie z.B. Ländliche Entwicklung und Städtebauförderung relevant und zum engeren Dialog aufgerufen.

Lebensumfeld

Die Qualität und Attraktivität des Lebensumfelds wird als Grundlage bzw. teilweise auch als Voraussetzung für die umfassend funktionierende Daseinsvorsorge bewertet, obwohl damit Bereiche berührt werden, welche nicht unbedingt direkt der Daseinsvorsorge zugeordnet werden können. So können beispielsweise das Angebot an Wohnraum, Kinderbetreuung und Freizeitmöglichkeiten entscheidende Faktoren sein, die im Bereich Gesundheitswesen wiederum zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten führen oder die Möglichkeit bieten, Teilzeitarbeitsmodelle im ländlichen Raum stärker zu etablieren. Diese komplexen Abhängigkeiten sind noch zu wenig auf der Tagesordnung.

Auch unkonventionelle Lösungen sollen, wo nötig und möglich, in Modellvorhaben oder mit Experimentalklauseln erprobt bzw. etabliert werden. Gleichzeitig müssen privatwirtschaftliche Anbieter gefordert werden, Verantwortung für die Versorgung auch in ländlichen Räumen zu übernehmen.

Besonderes Augenmerk soll daraufgelegt werden, die richtigen Akteure miteinander zu vernetzen. Die Integrierte Ländliche Entwicklung bzw. die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern könnten als Vernetzungslotsen agieren. Das dazu notwendige Wissen über die relevanten Akteure sollte erworben und in einer Datenbank gesichert und aufgebaut werden.

3.3

Fazit Baustein B: Trends und Akteure in der Alltagsversorgung

Im Folgenden sollen die Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst werden.

B1) Wer gestaltet im Bereich der Alltagsversorgung?

Zunächst muss zwischen den Akteuren der Alltagsversorgung differenziert werden. Während die Planungsverantwortung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen auf kommunaler bzw. freistaatlicher Seite liegt und die hausärztliche Versorgung durch die Bedarfsplanungs-Richtlinie der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns gesteuert wird, unterliegen Lebensmitteleinzelhandel und Drogeriewaren vermehrt marktwirtschaftlichen Prozessen. Insgesamt wird der Bereich der Alltagsversorgung von sehr vielen unterschiedlichen Akteuren bespielt, die nach mannigfaltigen Logiken handeln.

Die Unterschiedlichkeit der Akteure fußt zum einen auf deren institutioneller Zugehörigkeit, und umfasst Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie weiteren, die Alltagsversorgung gestaltend Institutionen wie Vereine, Verbände, Vereinigungen, Planung und Beratung sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, und zum anderen auf den bespielten Bereichen der Alltagsversorgung.

Die mannigfaltigen Handlungs- und Planungslogiken der Akteure (siehe Kap. 2.4) werden nicht nur durch die Tätigkeit in verschiedenen Bereichen der Alltagsversorgung und die institutionelle Zugehörigkeit der Akteure konstituiert, sondern finden sich auch innerhalb der einzelnen Bereiche der Alltagsversorgung wieder. Exemplarisch sei auf Akteure im Bereich Lebensmitteleinzelhandel verwiesen, der beispielweise alleine in der institutionellen Kategorie Wirtschaft verschiedene Formen der Logistik und verschiedene Vertriebsformen- und -größen (u.A. Filialnetze, inhabergeführte Läden, genossenschaftliche Dorfläden) umfasst, deren Akteure sehr diverse Handlungslogiken verfolgen.

Neben Raumwissen wäre auch umfangreiches Akteurswissen, welches sowohl Gestaltungskompetenzen der unterschiedlichen Akteure als auch Wissen über die verschiedenen Handlungs- und Planungslogiken umfasst, wichtig. Um die zukünftigen Herausforderungen der Alltagsversorgung kompetent begegnen zu können, wäre die Bündelung des Raum- und Akteurswissen an einer zentralen Stelle sinnvoll.

B2) Welche Kräfte und Triebfedern wirken im Bereich der Alltagsversorgung?

Beeinflusst werden die Entwicklungen insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel und Drogeriewarenhandel maßgeblich durch das (Konsum-) Verhalten der Kunden, an welchem die Sortimentsbedarfe angepasst und die Lage im Raum ausgerichtet wird. Der Wunsch nach einem breiten Sortiment und bequemer Erreichbarkeit mit dem Auto schlagen sich unter anderem in gut erreichbaren Standorten auf der „Grünen Wiese“ mit größeren Verkaufsflächen nieder. Aber auch betriebsinterne Skaleneffekte, kostensenkungs- und Rationalisierungsstrategien die z.B. Logistikprozesse, Ladenlayout und Betriebsformate beeinflussen die Standortwahl entscheidend und gestalten das Standortnetz neu. Nicht-tragfähige Standorte werden zumindest von Filialisten nur in Einzelfällen aus strategischen Gründen erhalten.

Auch wenn inhabergeführter Lebensmitteleinzelhandel oder Dorfladen-Konzepte eine größere Verbundenheit zum Standort aufweisen und auch soziale Aspekte betont werden, unterliegen auch diese marktwirtschaftlichen Effekten bis hin zur Geschäftsaufgabe, wenn die wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht mehr gegeben ist.

Der Stellenwert von lokalem Ehrenamt und dessen Beitrag zur Sicherung der Alltagsversorgung darf nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Initiativen vor Ort, wie z.B. Dorfläden, die durch ehrenamtliche und/oder lokale Akteure initiiert werden, sollten daher unterstützt werden. Ebenso wie weitere Ideen, die zur Erhaltung von Strukturen der Alltagsversorgung und der Vitalität der Ortskerne beitragen. Auch neue Organisationsformen oder die Kombination verschiedener Angebote der Alltagsversorgung sollten auf Konsistenz und Passgenauigkeit für den jeweiligen Raum überprüft und als Chance zur aktiven Gestaltung der Alltagsversorgung vor Ort wahrgenommen werden.

B3 | Können Kooperationen oder Partnerschaften zu einer besseren Versorgung führen und wie müssten diese gestaltet werden?

Die Versorgung großer Teile des ländlichen Raumes kann nicht allein über eigene, dem jeweiligen Ortsteil zugeordnete, Standorte sichergestellt werden. Langfristig betrachtet, wird eine größere Anzahl an Teilräumen auf die Mitversorgung durch größere Versorgungsknotenpunkte im Raum oder die Sicherstellung der Versorgung durch mobile Konzepte oder innovative Mobilitätslösungen angewiesen sein. Diesbezüglich muss das Thema Versorgungspartnerschaften verstärkt thematisiert werden.

Insbesondere Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum könnten eine wichtige Rolle als Mitversorger für kleine Orte übernehmen. Eine dezidierte Betrachtung einzelner Problemlagen und die Entwicklung zielgerichteter Lösungen für Versorgungsknotenpunkte unter Berücksichtigung aller relevanter Faktoren wäre ein erster Schritt, um den Zugang zur Alltagsversorgung zu gewährleisten und in der Fläche passgenau und an die jeweiligen Bedarfe angepasst zu organisieren. Auch Kooperationen in einzelnen Bereichen können gewinnbringend sein und sollten angestrebt werden. Unterschiedliche Zuständigkeiten, wie z.B. Ländliche Entwicklung und Städtebauförderung sind an dieser Stelle zum engeren Dialog angeregt.

Unbedingt mitbeachtet werden sollte die Funktion von Infrastrukturen der Alltagsversorgung als Ort des sozialen Austauschs sowie deren Stellenwert für die Vitalität von Orten.

4

Ableitungen und Handlungsfelder

Alltagsversorgung wurde in der Studie aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Neue Erkenntnisse wurden vor dem Hintergrund einer räumlichen Sichtweise, als auch jener von relevanten Akteurskonstellationen, zusammengetragen. Damit konnte der Frage, welche räumlichen Strukturen der Alltagsversorgung aus welchen Handlungssträngen heraus entwickelt werden, in bislang nicht vorliegender, systematischer Vertiefung mit Fokus auf den ländlichen Raum in Bayern nachgegangen werden.

Um nun das neue Wissen in Empfehlungen für die Ländliche Entwicklung einfließen lassen zu können, wurden die Ergebnisse aus den beiden Untersuchungsbausteinen in zwei Workshops mit Vertretern der Verwaltung für Ländliche Entwicklung diskutiert und zu Handlungsfeldern für die Sicherung, Unterstützung und Weiterentwicklung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum verdichtet. Die Ableitungen werden anhand der folgenden thematischen Schwerpunkte gegliedert und dargestellt:

- Mitversorgung und Partnerschaften sind zentrale Themen: Versorgungsmuster überspringen räumliche und administrative Grenzen und Maßstabsebenen. Sie müssen daher in gesamt-räumlicher Sicht bewertet und qualifiziert werden.
- Lebensqualität, Soziales und Versorgung sind eng verknüpft: Orte der Alltagsversorgung sind Zentralitäten in sozial-räumlichen Netzwerken und damit über die Versorgungsfunktion hinaus bestimmend für die Lebensqualität im ländlichen Raum.
- Raumwissen ist eine wichtige Grundlage: Neue Technologien und Lebensstile verändern radikal die Nutzungsmuster der Strukturen der Alltagsversorgung. Das Wissen zur Funktionsweise des Raums bedarf einer ständigen Aktualisierung.

Mitversorgung und Partnerschaften sind zentrale Themen

Die Mitversorgung auf verschiedenen räumlichen Ebenen wurde im Rahmen der Studie als wichtiges Thema identifiziert. Einerseits sind Ortsteile innerhalb von Gemeinden auf die Mitversorgung im Hauptort angewiesen, andererseits müssen sich Bewohner von kleinen Gemeinden in Nachbarkommunen versorgen. Somit überspringen Versorgungsmuster räumliche und administrative Grenzen sowie Maßstabsebenen.

Während die nahräumliche Erreichbarkeit von Angeboten z.B. aus peripheren Ortsteilen häufig bereits auf kommunaler Ebene verbessert werden kann, ist bei Abhängigkeit von benachbarten Städten und Gemeinden ein überkommunaler oder gar (klein)regionaler Blick notwendig. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Rückzugs von Angeboten der Alltagsversorgung aus der Fläche ist diese interkommunale Perspektive mit abgestimmtem Handeln in Partnerschaften essenziell, um eine bedarfsgerechte Versorgung für die Bevölkerung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Qualifizierung der kleinräumigen Erreichbarkeit

Die Verbesserung der kleinräumigen Erreichbarkeit von Angebotsstandorten der Alltagsversorgung setzt auf der ortsbaulichen, bzw. kommunalen Ebene an. Der Fokus liegt auf der Schaffung von attraktiven Fuß-, Fahrrad- und ÖPNV-Verbindungen, E-Bike-Infrastruktur, Mitfahrdiensten oder perspektivisch auch autonom fahrenden Mobilitätsdiensten innerhalb und zwischen den Ortsteilen einer Kommune und ggfs. darüber hinaus.

Neben der fußläufigen Distanz von einem Kilometer wird vor allem die erweiterte Erreichbarkeitsdistanz von drei Kilometern eingeschätzt, die eine erste Ebene der Mitversorgung von z.B. nahe gelegenen Ortsteilen sowie Randlagen im Hauptort adressiert. Durch die Qualifikation dieser Ebene kann ein großer Teil der bayerischen Bevölkerung besser versorgt werden als heute.

Im Rahmen der Instrumente der Ländlichen Entwicklung sollte das Thema daher vermehrt in Konzepte zu Dorferneuerungs-, Gemeindeentwicklungs- oder ILE-Prozessen einfließen. Auch können Möglichkeiten der synergetischen Kopplung mit der Erstellung des landwirtschaftlichen Kernwegenetzes geprüft werden.

Gemeinsame Verhandlungsposition für integrierte Standorte

Dezentrale Angebotsstandorte, die gerade im LEH vielerorts zu finden sind, müssen in Zukunft vermieden werden. Eine integrierte Lage der Angebote der Alltagsversorgung ist nicht nur für die fußläufige Erreichbarkeit essenziell, sie leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Gesamtvitalität der Orte, fördert und katalysiert sie doch auch die Entwicklung weiterer, für die Attraktivität des Ortes relevanter, Angebote.

In Planungsprozessen mit Betreibern und Anbietern ist die Verhandlungsposition der Kommunen jedoch häufig eingeschränkt. Bei mangelndem Entgegenkommen bezüglich des Standorts wird häufig mit dem Wegzug in eine Nachbargemeinde gedroht. Eine regional bzw. interkommunal abgestimmte, gemeinsame Haltung stärkt die Position und den Gestaltungsspielraum der Kommunen. Durch die geschlossene Ablehnung von dezentralen Standorten und das in vorbereitenden Prozessen entwickelte Aufzeigen von alternativen, integrierten Entwicklungsmöglichkeiten in der Region kann ein Umdenken der Anbieter erwartet werden.

ILEen, die in Bayern in vielen Kommunen das interkommunale Handeln in verschiedenen Themen etablieren, können ein wichtiger Anknüpfungspunkt und der richtige Maßstab für das erläuterte Ziel sein. Innerhalb der ILE-Prozesse muss hierzu frühzeitig eine Sensibilisierung stattfinden, die eine interkommunale Perspektive auf das Versorgungsthema fördert. Erfolge, die innerhalb von ILEen in anderen Themenbereichen erzielt wurden, können eine wichtige Vertrauensbasis für die ausgewogene Diskussion zu Versorgungspartnerschaften bilden. Bestimmte räumliche Situationen werden Partnerschaften über den ILE-Zuschnitt hinaus notwendig machen (z.B. mit der nächstgelegenen Stadt), um das Thema erfolgreich zu bespielen.

Abgestimmtes Handeln in flexiblen Partnerschaften

Die gemeinschaftliche Sicherung von Angeboten über kommunale Grenzen hinweg kann Tragfähigkeitsprobleme von Einrichtungen der Alltagsversorgung abmildern und direkte, wie auch indirekte Kosten reduzieren. Zudem verbessern abgestimmte Konzepte für Standorte und Mobilität die Erreichbarkeit der Angebote und damit Mitversorgung von Nachbarkommunen und Ortsteilen.

Je nach Angebotsbereich der Alltagsversorgung sind die räumlichen Zuschnitte und relevanten Akteure der Partnerschaften sehr unterschiedlich. Während die ILE z.B. der richtige Zuschnitt für eine interkommunal organisierte Ferienbetreuung von Kindern sein kann, muss für eine regional abgestimmte Position bezüglich LEH-Entwicklung ggf. die nächstgelegene Stadt miteinbezogen werden, bezüglich Mobilität kann der Landkreis oder sogar die Regionalplanung ein wichtiger Partner sein. Somit müssen Partnerschaften sowohl akteursbezogen, als auch bezüglich des Raumzuschnitts durchlässig gehandhabt werden.

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung kann dabei eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie als Netzwerkknoten agiert, der übergeordnetes Raumwissen für Bayern (z.B. relevant für regional abgestimmte Entwicklungsstrategien für die Alltagsversorgung) und Wissen über Akteure, die in verschiedene Prozesse miteinbezogen werden müssen, bereitstellt. Die ILE kann einen grundlegenden räumlichen Zuschnitt bilden, auf dessen Basis an das Thema angepasste, flexible Partnerschaften entstehen. Ein solcher Ansatz sollte in Modellvorhaben der Ländlichen Entwicklung erprobt werden.

Lebensqualität, Soziales und Versorgung sind eng verknüpft

Orte der Alltagsversorgung sind Zentralitäten in sozialräumlichen Netzwerken und damit, über die Versorgungsfunktion hinaus, bestimmend für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Neben der reinen Versorgungsfunktion sind Lebensmittelläden, Kitas, Grundschulen und auch Hausärzte im ländlichen Raum ebenso wichtige Treffpunkte für die Dorfgemeinschaft. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Lebensqualität. Während in vielen Gemeinden und Ortsteilen kleine, stationäre Angebote gehalten werden können, stehen andere vor dem Problem, dass auch diese schließen und somit häufig die letzten Orte des sozialen Austausches verloren gehen. Die Bevölkerung muss sich im Nachbarort versorgen, weniger mobile Bevölkerungsgruppen sind auf Mobilitätslösungen, familiäre oder nachbarschaftliche Hilfe oder mobile Lösungen angewiesen. Die soziale Integration dieser Gruppen wird zunehmend herausfordernd.

Steht die Sicherung und Förderung von Angeboten der Alltagsversorgung in kleinen Orten ohnehin im Fokus, bedeutet diese zweite Funktionalität den zwingenden Erhalt und die Entwicklung von weiteren niederschweligen Angeboten, die zu einem attraktiven Lebensumfeld und zu sozialem Austausch beitragen und damit auch Phänomene der Abwanderung dämpfen.

Attraktives Lebensumfeld durch kleinste Elemente

Neben Gemeinschaftshäusern, Vereinsstrukturen, Dorfläden und Dorfcafés können auch Gemeinschaftsangebote im Freiraum wie Spielplätze, Skatebahn oder Boule-Plätze, ein attraktives Wohnraumangebot sowie alternative Konzepte des Arbeitens dazugehören. Diese „kleinsten Elemente“, oder Kombinationen aus ihnen, können entscheidend dafür sein, ob die Bevölkerung im ländlichen Raum wohnhaft bleibt bzw. sich neu ansiedelt. Indirekt können sie Kristallisationspunkte für die Anlagerung neuer Angebote oder Konzepte der Alltagsversorgung sein.

Im Rahmen von ILE und Dorferneuerung wurden bereits Projekte wie z.B. die Sanierung der Back- und Brauhäuser im Rodachtal, die IG Oma (Interessengemeinschaft zur Förderung der dörflichen Entwicklung in Oberdorf und Martinszell) oder der Verein „Zeit füreinander“ der ILE Dorfschätze etabliert. Die Ländliche Entwicklung fungiert dabei als Fördergeber, aber auch als Netzwerk, das regional wichtige Themen vorantreiben kann. Förderungen im Rahmen des Leerstandsprogramms können dazu beitragen das Entstehen neuer Angebote in der Anfangsphase zu unterstützen, indem die Instandsetzung geeigneter Immobilien im Kernort unterstützt wird.

Maßgeblich ist bei allen Angeboten, dass diese durch die lokale Bevölkerung unterstützt und mitgetragen werden. Aus diesem Grund muss die Bevölkerung bei der Entwicklung der kleinsten Elemente bereits frühzeitig und aktiv mitwirkend eingebunden werden.

Zukünftige Bedarfe mitdenken

Der demografische Wandel sowie die Veränderung von Lebensstilen, Arbeits- und Familienformen führen zu sich verändernden Routinen der Alltagsgestaltung und damit zu neuen Anforderungen an das Lebensumfeld. Neben den herkömmlichen Wohnraum- und Versorgungsangeboten werden vielfältige, attraktive Mietraumangebote, ein modernes Vereinsangebot, schnelles Internet sowie alternative Arbeitskonzepte wie Co-Working-Spaces auch im ländlichen Raum vermehrt nachgefragt. Angebote wie Kinderbetreuung sind grundlegend, um z.B. den Alltag von alleinerziehenden Männern und Frauen zu gestalten oder eine Berufstätigkeit beider Elternteile zu ermöglichen. Wichtig ist dabei nicht nur das Vorhandensein von Angeboten, sondern auch der zeitliche Umfang (z.B. Betriebszeiten) sowie die Stetigkeit und Zuverlässigkeit der Angebote z.B. während der Ferienzeiten. Ein ausreichendes Angebot kann hier oft nur mit der innovativen Verknüpfung von Geschäftsmodellen gelingen und verlangt nach sorgfältigen Konzepten in den Gemeinden und ländlichen Regionen. Das Vorhandensein solcher und ähnlicher Angebote kann indirekt ausschlaggebend sein, ob sich eine junge Hausärztin oder einen jungen Hausarzt am Ort niederlässt.

Kleinflächenkonzepte im LEH fördern und fordern

Kleinflächenkonzepte im LEH leisten einen wesentlichen Beitrag für die Versorgung in der Fläche, sind in Einrichtung und Betrieb jedoch häufig vulnerabel. Die Unterstützung durch Förder- und Sicherungsprogramme kann entscheidend für den Fortbestand dieser Angebote sein. Die Ländliche Entwicklung leistet hier z.B. mit der „Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung für vitale Dörfer“ einen wichtigen Beitrag. Neugründungen von Dorfläden, die durch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und ehrenamtlich oder genossenschaftlich betrieben werden, wurden in der Praxis im Rahmen von ILE-Prozessen bereits durchgeführt.

Der Fokus darf jedoch nicht nur auf der Etablierung von Dorfläden liegen. Vielmehr müssen auch privatwirtschaftliche Anbieter im „konventionellen Markt“ vermehrt angesprochen und der Betrieb von Kleinflächenkonzepten forciert und unterstützt werden.

Hier kann die Verwaltung für Ländliche Entwicklung übergeordnet eine wichtige Rolle einnehmen, indem der Kontakt mit privatwirtschaftlichen Unternehmen im LEH gesucht wird und Konzepte für ländlich-periphere Standorte eingefordert werden. Im Austausch mit erfahrenen Betreibern von Kleinflächenkonzepten kann übergeordnetes Know-How zu förderlichen oder hinderlichen Bedingungen für den erfolgreichen Betrieb in kleinen Orten erarbeitet werden. Netzwerke, Beratungsstrukturen und Kontakte hierzu müssen aufgebaut werden. Das zentral gesammelte Wissen kann den betroffenen Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Raumwissen ist eine wichtige Grundlage

Die strukturelle Untersuchung zur Alltagsversorgung hat einige mitunter überraschende Ergebnisse zutage gefördert. So sind es nicht nur dünn besiedelte, periphere Räume welche sich bezüglich der Alltagsversorgung als kritisch darstellen. Auch in zentraler gelegenen Wachstumsgebieten wurde substanzieller Handlungsbedarf identifiziert, wodurch die räumliche Beschränkung von Förderprogrammen in Frage gestellt werden muss. Genaues Hinschauen aus mehreren Perspektiven ist notwendig, um Handlungsräume zu finden und spezifische Problemlagen wie z.B. den großen Anteil der potenziellen Unterversorgung unterhalb der Gemeindeebene sichtbar zu machen und gezielt reagieren zu können. Übliche Bewertungen auf Ebene der Gemeinde bilden die volle Problemlage diesbezüglich nicht ausreichend ab.

Zudem verändern neue Technologien und Lebensstile radikal die Nutzungsmuster der Strukturen der Alltagsversorgung. Das Wissen zur Funktionsweise des Raums bedarf einer ständigen Aktualisierung.

Unterstützung durch Raumwissen

Die Unterstützung von Kommunen und Regionen mit zentral aufgearbeitetem Wissen kann daher, neben Fördermitteln, ein wichtiges Instrument für die bedarfsgerechte Entwicklung der Alltagsversorgung in ländlichen Räumen sein. Die Erarbeitung, Aufbereitung und qualifizierte Kommunikation dieses Wissens zur räumlichen Struktur und zu Akteuren der Alltagsversorgung sollte zunächst auf übergeordneter Ebene erfolgen und auf lokaler Ebene gespiegelt und ergänzt werden. Dieses kombinierte Raumwissen trägt wesentlich dazu bei passende Handlungsräume zu identifizieren, ortsspezifische Herausforderungen zu benennen und darüber mit lokalen Akteuren in Austausch zu kommen.

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung kann so, mithilfe des erarbeiteten Raumwissens, als zentraler Netzwerkknoten eine Schlüsselrolle für die Sicherung der Alltagsversorgung im gesamten ländlichen Raum Bayerns einnehmen.

Problemanalyse aus unterschiedlichen Perspektiven

Der datenbasierten Top-Down-Analyse der Versorgungsstruktur steht die Wahrnehmung der kommunalen Akteure sowie der betroffenen Bevölkerung gegenüber. Die Ergebnisse der beiden Perspektiven stimmen jedoch nicht in allen Punkten überein. Während gewisse Kompensationsmechanismen wie mobile Versorgungslösungen in der strukturellen Betrachtung nicht miteinbezogen werden können, werden in der Praxis teilweise Defizite nicht erkannt, weil durch die Bevölkerung individuelle Lösungsstrategien etabliert wurden. Andere Defizite werden durch individuelle Betroffenheit hingegen überschätzt. Daher reicht es weder aus, datenbasiert eine noch so fein aufgelöste Globalsicht einzunehmen, noch ausschließlich auf

bürgerschaftlich getriebene Bottom-Up-Prozesse zu setzen. Für die Bewertung der Situation und der Entwicklung von Sicherungs- und Verbesserungsansätzen müssen vielmehr beide Perspektiven miteinbezogen werden. Erst das Zusammenführen beider Perspektiven kann zu tragfähigen Lösungsansätzen führen.

Der Top-Down-Ansatz kann zudem dazu dienen mit Akteuren vor Ort ins Gespräch zu kommen und subjektive Einschätzungen mit der objektiven Sachlage zu spiegeln. Der „Reality-Check“ vor Ort ergänzt zudem als Nebeneffekt die Datensätze. Er kann als verbindlicher Teil der Vorbereitung von Dorferneuerungen oder eines ILEKs aktiviert werden.

Raumwissen weiterentwickeln, aktuell halten und kommunizieren

Das erarbeitete Raumwissen muss für die Anwendung in der Praxis weiterentwickelt und aufbereitet sowie aktuell gehalten werden. Die Aktualität muss durch die Integration der mittelfristig verfügbaren Ergebnisse des Zensus 2021 sowie durch die regelmäßige Erneuerung der Standortdaten der Anbieterseite und gewährleistet werden.

Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit zu Standortdaten nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Aktuell fortgeschriebene Adressdatensätze zu Einrichtungen der Alltagsversorgung in ganz Bayern müssen zentral vorgehalten werden. Denkbar wäre die Angliederung der Informationen an das Geoportale Bayern, in dem bereits eine Vielzahl von Geodaten einfließen.

Eine Weiterentwicklung des Raumwissens ist vor allem hinsichtlich der Erreichbarkeit auf Basis von Mobilitätsdaten, beispielsweise tatsächlicher Reisezeiten verschiedener Verkehrsmittel wichtig. Gerade auf interkommunaler Ebene kann die Bewertung der Erreichbarkeit dazu beitragen, fundierte Entscheidungen bezüglich Standort- bzw. Mobilitätsentwicklung zu treffen.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Kommunikation und Aufbereitung des neuen Raumwissens, welches bei der Verwaltung für Ländliche Entwicklung vorliegt und in die Praxis einfließen soll. Dabei sollten die Karten der strukturellen Untersuchung den Kommunen nicht unkommentiert zur Verfügung gestellt werden. Mitarbeiter müssen hinsichtlich der Interpretationsfähigkeit geschult und qualifiziert werden, damit das Wissen sinnvoll genutzt werden kann.

Handlungsfelder und Maßnahmen für die Ländliche Entwicklung in Bayern

Für die Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum kann die Ländliche Entwicklung mit ihren Programmen einen wichtigen Beitrag leisten. Die zuvor erläuterten Ableitungen und thematisch abgegrenzten Handlungsfelder setzen auf verschiedenen Maßstabsebenen an, von denen heute bereits viele von der Ländlichen Entwicklung bespielt werden. Instrumente wie die Dorferneuerung und Gemeindeentwicklung sowie die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE), die auf dem überkommunalen Maßstab ansetzt, bieten Anknüpfungspunkte, die sowohl auf eine Detailsicht aus lokaler Perspektive setzen, als auch einen Überblick über die großräumige Situation und damit regionalen Handlungsspielraum bieten. Gleichzeitig bestehen aus diesen und anderen Programmen der Ländlichen Entwicklung bereits vielfältige, produktive Akteursnetzwerke, deren Aktivierung für die Sicherung der Alltagsversorgung von Relevanz sein können. Bislang wird dieses Potenzial jedoch noch nicht voll ausgeschöpft.

Mit dem Ziel in Zukunft einen verstärkten Beitrag zur Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum leisten zu können, werden daher in der folgenden Übersicht jene Handlungsfelder benannt, welche auf der Basis der vorangestellten Ableitungen aufbauen und die im Rahmen der Workshops mit Akteuren und Experten aus der Ländlichen Entwicklung diskutiert und als unterstützend eingeschätzt wurden.

Um eine kompakte Übersicht zu gewährleisten, wurde in der nachfolgenden Listendarstellung auf erläuternde Details verzichtet. Diese sind im vorangestellten Abschnitt auf den Seiten 83-89 dieses Berichts zu finden.

Informieren, vernetzen und anstoßen von Kooperationen und Partnerschaften

Die Ländliche Entwicklung...

... adressiert bei allen von ihr begleiteten, strukturbildenden Prozessen mit räumlicher Komponente (z.B. ländliche Siedlungsentwicklung, interkommunale Allianzen, Qualifizierung der Wegenetze und Landstruktur) das Thema der Alltagsversorgung.

... fördert dabei intern und extern durch Schulungen, prozessbegleitende Beratung und Bereitstellung von Informationsmaterial das Bewusstsein, dass die Sicherung der Alltagsversorgung neben der kommunalen auch aus einer interkommunalen Perspektive betrachtet werden muss.

... baut ein Arbeits- und Wissensnetzwerk zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum auf, in dem die Verwaltung für Ländliche Entwicklung ein zentraler Knotenpunkt ist.

... intensiviert hierzu auch Kontakte zu wichtigen bereitstellenden Akteuren der Alltagsversorgung, (z.B. KVB, privatwirtschaftliche Akteure im LEH, Träger von Kindertageseinrichtungen, Fachstellen der Landkreise, etc.).

... bündelt alle Aktivitäten im Themenbereich unter dem Dach einer nach innen und außen sichtbaren Marke „Initiative Alltagsversorgung“, welche organisatorisch dem Bereich Zentrale Aufgaben zugeschlagen wird.

... erprobt in Modellvorhaben räumlich flexible Partnerschaften zur Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum, wobei die ILE als Raumzuschnitt zugrunde liegt.

Unterstützung durch Wissen

Die Ländliche Entwicklung...

... baut zentrales Wissen zu Akteuren der Alltagsversorgung auf. In Datenbanken pflegt und entwickelt sie das Raumwissen zur Alltagsversorgung weiter.

... vermittelt intern und extern das neue Raum- und Akteurswissen und schafft damit eine wichtige zentrale Anlaufstelle für Fragen der Bereitstellung der Alltagsversorgung in ländlichen Räumen.

... stehen im Austausch mit lokalen Akteuren, um z.B. in Modellversuchen Wissen über interkommunal günstige Angebotsstandorte aufzubauen.

... entwickelt das Raumwissen zu Grundlagen weiter, welche in die Vorbereitung von ILE-Prozessen, Gemeindeentwicklungskonzepten, Dorferneuerungen oder die Förderung von Kleinunternehmen einfließen können.

... entwickelt das Raumwissen hinsichtlich der Erreichbarkeit auf Basis tatsächlicher Reisezeiten verschiedener Verkehrsmittel weiter.

... stellt vor dem Hintergrund von Versorgungspartnerschaften das Raumwissen als Grundlage für abgestimmte Konzepte unter Einbezug größerer Orte bereit.

Direkte oder indirekte Qualifizierung der Alltagsversorgung durch Aktivierung der eigenen Instrumente

Die Ländliche Entwicklung...

... wird mit ihren Instrumenten auch in ländlichen Räumen aktiv, die bislang nicht im Fokus standen (z.B. in Räumen, die durch starke Wachstumsprozesse überformt, jedoch ländlich geprägt sind).

... qualifiziert im Rahmen von allen Dorferneuerungs-, Gemeindeentwicklungs- und ILE-Prozessen die kleinräumige Erreichbarkeit von Versorgungsstandorten.

... unterstützt Workshops und Runde Tische im Rahmen von ILE-Prozessen, die sich bestimmten Themen der Alltagsversorgung wie z.B. der hausärztlichen Versorgung / Nachfolge widmen, um frühzeitig Lösungsansätze zu finden. Hierzu sensibilisiert sie die Akteure frühzeitig auch für interkommunale Lösungsansätze.

... informiert und ermutigt ILE-Manager und Bürgermeister das Thema der Alltagsversorgung aktiv zu bespielen und bringt das Thema aktiv bei ILE-Fortschreibungen ein, wenn interkommunale Zusammenarbeit bereits erfolgreich erprobt ist.

... fördert nicht nur Dorfläden, sondern fordert gleichzeitig Kleinflächenkonzepte von privatwirtschaftlichen Anbietern ein.

... fördert hierfür lokal angepasste und maßgeschneiderte, manchmal unkonventionelle Lösungen und alternative Betreibermodelle, unterstützt gemeinschaftliche und (bürger-)genossenschaftliche Konzepte, um Bindung der Bevölkerung an das Angebot zu stärken. Hierzu führt sie Workshops und ähnliche Formate durch, um spezifische Potenziale vor Ort zu aktivieren.

... fördert in allen ländlichen Regionen innovative Modellprojekte, die neue Wohn- und Arbeitsformen sowie integrierte Konzepte der alltäglichen Versorgung erproben, um synergetische Potenziale zu erschließen und damit die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Versorgungsstruktur flächendeckend langfristig zu stärken.

... fördert ergänzend, dort wo keine direkte Versorgungsinfrastruktur hergestellt werden kann, weitere kleinste Orte und Elemente die vor Ort Lebensqualität und sozialen Austausch sichern.

Qualifizierungsbedarfe innerhalb der Bayerischen Verwaltung für Ländlichen Entwicklung

Um die benannten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen umsetzen zu können, müssen innerhalb der Verwaltung für Ländliche Entwicklung vorhandene Arbeitsstrukturen und -schwerpunkte weiterentwickelt, qualifiziert und teilweise um neue Ziele und Aufgaben ergänzt werden. In einem dritten Workshop wurden erste Ideen für eine solche Weiterentwicklung gesammelt und formuliert.

Qualifizierungsbedarf wurde, in Bezug auf das untersuchte Thema Alltagsversorgung, bei Weiterbildung und Qualifikation der Mitarbeiter sowie bei der Vernetzung und Wissensweitergabe intern und extern ausgemacht. Das Instrumentarium der Ländlichen Entwicklung wurde hingegen für die Zwecke der Unterstützung und Förderung der Alltagsversorgung als weitgehend gut und ausreichend befunden.

Qualifizierung der inneren Strukturen

Um die Alltagsversorgung als wichtiges Thema der Verwaltung für Ländlichen Entwicklung zu verankern, müssen interne Strukturen und Stellen geschaffen werden, die einen Überblick über den Themenkomplex haben. An den Ämtern für Ländlichen Entwicklung (ALE) könnte dieser Anlaufpunkt bei den Fachlichen Diensten (F3) angesiedelt werden, das sodann mit einem ergänzenden Personalbudget unterstützt werden muss. Hier müssen über die gesamte Laufzeit der Dorferneuerungs-, Gemeindeentwicklungs- und ILE-Prozesse zentrale Informationen zusammenlaufen und enger Austausch mit den Projektleitern herrschen. Gleichzeitig kann die Stelle zentraler Anlaufpunkt für die verschiedenen Akteure bezüglich übergeordnetem Raum- und Akteurswissen sein. Die genaue Ausformulierung, wann wer beteiligt ist, wer welches Fachwissen benötigt und welche Kooperationen förderlich sein könnten, muss als Voraussetzung für die Einrichtung der zusätzlichen Stellen erarbeitet werden.

Das interne Wissen zum Thema Alltagsversorgung ist ein weiterer wesentlicher Punkt. Das notwendige Know-How, das Mitarbeiter der Verwaltung für Ländliche Entwicklung auf der jeweiligen Ebene benötigen, um im Feld der Alltagsversorgung zu agieren, muss definiert, aufgearbeitet und aktualisiert vorgehalten werden.

Für die interne Weiterbildung der Mitarbeiter wurden im Workshop verschiedene Ebenen angesprochen. Einerseits muss z.B. über Newsletter oder Veranstaltungen grundlegendes Bewusstsein für das Thema geschaffen werden, andererseits muss das Personal darüber hinaus fachlich im Thema qualifiziert werden. Neben der Winterfortbildung wäre ein Anknüpfungspunkt die Aktivierung der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAK), um fachliche Seminare mit dem Thema der Alltagsversorgung zu etablieren.

Zentrale Punkte die weiterzuentwickeln sind:

- Zentrale Stelle für Know-How zur Alltagsversorgung: Wo kann intern das Wissen zur Alltagsversorgung zentral zusammenlaufen? Wer hat den Überblick? Muss eine neue Stelle geschaffen werden?
- Benötigtes Know-How im Ablauf der Prozesse der Ländlichen Entwicklung: Welche internen Akteure sind wann im Prozess beteiligt? Welches Wissen benötigen sie und wo kann das Wissen abgeholt werden?
- Fachliche Weiterbildungen für Mitarbeiter: Wo können fachliche Weiterbildungen für Mitarbeiter angesiedelt sein? Welche Inhalte müssen vermittelt werden?

Aufbau eines Netzwerks Alltagsversorgung und Initiative Alltagsversorgung

Durch den Aufbau eines Netzwerks zur Alltagsversorgung mit der Verwaltung für Ländliche Entwicklung als zentralem Netzwerkknoten kann eine wichtige Kommunikations- und Wissensplattform für verschiedene Akteure, die im Themenschwerpunkt ländliche Entwicklung tätig sind, geschaffen werden.

Wichtige Akteure und Institutionen, die im Rahmen der durchgeführten Workshops identifiziert wurden, sind beispielsweise die auch im ländlichen Raum tätige Städtebauförderung, Regionalplanung, Landratsämter, Bayerischer Gemeindetag, Kommunen, LEADER-Akteure, KVB, Regionalmanagement, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen im LEH und andere Dienstleistungssektoren der Alltagsversorgung.

Hierzu sind folgende Aspekte vorrangig zu bearbeiten:

- Aufbau einer Datenbank über relevante Akteure und Ansprechpartner (sowohl übergeordnet, als auch in den ÄLE regional angepasst)
- Aufbau von Kontakten zu relevanten Akteuren in der Alltagsversorgung
- Raumwissen erarbeiten und für den späteren Verwendungszweck in Prozessen der ländlichen Entwicklung strukturierend aufarbeiten, pflegen und externen Partnern zur Verfügung stellen
- Veranstaltungen für die Vernetzung von Akteuren durchführen (z.B. Sensibilisierungskonferenzen)

Im Rahmen des dritten Expertenworkshops wurde vorgeschlagen alle Aktivitäten im Themenschwerpunkt unter dem Dach einer „Initiative Alltagsversorgung“ zu bündeln, um damit die Sichtbarkeit des Querschnittsthemas Alltagsversorgung bei der Integration in allen oben

genannten Programmen und Projekten der Ländlichen Entwicklung zu erhöhen. Als zunächst horizontal gedachte Struktur innerhalb der Verwaltung für Ländliche Entwicklung erhält der Themenschwerpunkt dadurch eine Eigenständigkeit, welche die Option einer späteren Erweiterung, beispielsweise innerhalb neuer Aufgabenfelder der GAK, eröffnet.

Hintergrund dieser vorbereitenden Überlegungen zu einer ausbaufähigen Organisationsstruktur ist die im Rahmen des Projekts abgeleitete Erkenntnis, dass auch wenn in allen bestehenden ILE-, LEADER- oder anderen Prozessen eine Aktivierung des Themas stattfindet, keine flächendeckende Durchdringung erreicht werden kann. Vielmehr müssen auch in Räumen in denen gesamtstrukturell bislang kein ländlicher Raum mit erhöhten Förderbedarf festgestellt werden konnte, spezifische und punktuell unterstützende oder fördernde Maßnahmen im Bereich der Alltagsversorgung angedacht werden. Zudem erleichtert ein solcher Projektaufbau die spätere Durchführung von Modellvorhaben auch in projektbasierten oder programmatischen Kollaborationen mit anderen staatlichen Ressorts oder Drittpartnern, welche typischerweise bislang nicht in die Projekte der Ländlichen Entwicklung eingebunden sind.

5

Ausblick

Die vorliegende Studie zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum hat auf verschiedenen Maßstabsebenen – vom Ortsteil bis zur flächendeckenden Betrachtung Bayerns – Ergebnisse erzielt, welche einen neuen Blick auf die räumliche Struktur, darunterliegende Entwicklungsbedingungen und allfällige Herausforderungen für die Zukunft eröffnet haben. Dieses neue Wissen zur räumlichen Struktur der Alltagsversorgung kann dazu dienen, ergänzte und verbesserte Strategien zu Siedlungsentwicklung, Mobilitätslösungen sowie Steuerung von Standortprozessen im ländlichen Raum zu entwickeln und somit einen substanziellen Beitrag zur Sicherung und Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu leisten.

Um in Zukunft noch detaillierteres Raumwissen zu erarbeiten, welches auch in der Praxis Anwendung finden kann, muss der im Projekt entwickelte Ansatz nun erweitert werden. Relevant sind die anwendungsorientierte Strukturierung, Erweiterung bzw. Verbesserung der zugrundeliegenden Datensätze. Von hohem Nutzen erscheint auch die integrierende und verfeinerte Betrachtung der Erreichbarkeit unter Einbeziehung verschiedener Verkehrsmittel in ebenfalls räumlich feinteilig aufzubauenden Mobilitätsmodellen für den ländlichen Raum sowie die stärkere Integration der Nutzerperspektive.

Gerade in Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen der sich immer schneller verändernden Lebensstile, des demographischen Wandels und der Digitalisierung, muss mehr Grundwissen zur aktuellen räumlichen Struktur der Versorgung aufgebaut werden, um diesen Wandel aktiv gestalten zu können.

Die Entwicklung von vertieftem Raumwissen wird in den nächsten Jahren zunehmend von Bedeutung sein, um die Herausforderungen durch sich verändernde Lebensstile, demographischen Wandel und Digitalisierung bewältigen zu können. Neue methodische Entwicklungen sowie eine erweiterte Verfügbarkeit von fein aufgelösten Datensätzen bieten die Möglichkeit, die bestehenden Ansätze weiter zu vertiefen.

Die Innovation der hier vorgestellten Arbeit liegt in der Kombination der feinen Aufgliederung der Daten mit der übergeordneten, bayernweiten Auswertung. Dadurch entsteht erstmals eine wirklich flächendeckende Vergleichbarkeit, sowie die Möglichkeit Einzelfälle von wiederkehrenden Mustern zu unterscheiden. So ist z.B. die Unterversorgung in peripheren Ortsteilen der Gemeinden ein Problem, das vielfach bewusst ist. Jedoch wird erst durch die bayernweite Auswertung deutlich, dass der große Anteil von ca. 50 % der Unterversorgung in genau solchen Gemeinden entstehen, die im Hauptort zwar einen Versorgungsstandort haben, deren periphere Ortsteile jedoch nicht versorgt sind. Somit wird die Wichtigkeit der inneren Struktur und der Abstimmung von Standorten und Mobilitätsmöglichkeiten aufgezeigt. Dasselbe gilt für Kleinflächenkonzepte im LEH, die zwar als wichtige Elemente für die Alltagsversorgung benannt werden, bislang aber nicht deutlich wurde, welchen wesentlichen Beitrag sie für die Versorgung in der Fläche leisten.

Ein erster Schritt wurde in der Studie in Richtung der Beobachtung von Veränderungsprozessen und Standortverlagerungen im Lebensmitteleinzelhandel gemacht. Während bei den anderen Angebotsbereichen nur ein bestimmter Zeitpunkt abgebildet werden konnte, wurde im LEH eine Zeitreihe betrachtet, wodurch die Entwicklung der räumlichen Struktur nachgezeichnet werden konnte. Beobachtungen, wie das verstärkte Entstehen von Neustandorten

an übergeordneten Verkehrsinfrastrukturen geben Hinweise auf räumliche Elemente, die dominant wirksam werden. Erst eine vertiefte Betrachtung der Dynamiken könnte hier weiteren Aufschluss geben und ggfs. zu einer angepassten räumlichen Planungsstrategie und damit einem Steuerungseffekt beitragen. Zudem können Bedingungen in besonders stabilen ländlichen Regionen in qualitativen Vor-Ort-Untersuchungen vertieft betrachtet werden, wodurch Ableitungen für die Übertragbarkeit auf andere Regionen erarbeitet werden können. Hierzu müssen konsistente Datenbanken zu Angebotsstandorten der Alltagsversorgung jährlich fortgeschrieben und für die Forschung umfassend verfügbar gemacht werden.

Eine Möglichkeit der methodischen Erweiterung bietet die Simulation möglicher Entwicklungsszenarien auf Basis der vorliegenden Daten und Datenreihen. Beispielsweise kann simuliert werden, welchen Effekt es für die Versorgung in der Fläche hätte, in allen Ortsteilen mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern einen Angebotsstandort zu etablieren, bzw. zu sichern. Somit kann festgestellt werden, durch welche Maßnahmen quantitativ bessere Strukturen entstehen, wodurch ggfs. neue Förderprogramme informiert werden können. Allerdings muss ein solch technischer Ansatz zwingend von einem qualitativen Teil, der lokales Wissen einbindet verknüpft sein, damit er praxisnahe und damit umsetzbare Ergebnisse liefern kann.

Eine wichtige Erweiterungsperspektive der Studie stellt die Integration von Mobilitäts- und Erreichbarkeitsmustern dar. Berücksichtigt wurde bislang lediglich das Verhältnis des nächstgelegenen Angebotsstandortes zur Wohnbevölkerung. In der Praxis der Organisation von Alltagsroutinen und -routen wird jedoch nicht immer der nächstgelegene Lebensmitteleinzelhandel genutzt. Vielmehr kommen Faktoren wie Preis, Angebotsvielfalt, Öffnungszeiten oder die Lage entlang ohnehin bewältigter täglicher Wegstre-

cken zum Tragen. Diese individuelle Perspektive konnte im Rahmen der Studie nicht ausreichend miteinbezogen werden. Eine derart konzipierte methodische Erweiterung birgt jedoch erhebliches Erkenntnispotenzial, weil bislang kaum auf systematische Studien in diesem Bereich zurückgegriffen werden kann, obwohl eine hohe Interdependenz zwischen den Faktoren zu vermuten ist.

Eine erste Erweiterung als Integration der Erreichbarkeitsperspektive auf Basis verschiedener Mobilitätsformen wie zu Fuß, mit dem Fahrrad, PKW oder ÖPNV ist technisch möglich (siehe Ahlmeyer & Wittowsky 2018 und ILS 2018). Vor allem auf interkommunaler Ebene ist diese Perspektive für die Anwendung in der Praxis grundlegend, um beispielsweise interkommunal abgestimmte Standortentscheidungen zu bewerten oder neue Mobilitätskonzepte zu erarbeiten, die allenfalls auch Entscheidungen zum ländlichen Wegebau oder der Kernwegenetze sinnvoll ergänzen können. Auch die Betrachtung von Potenzialen autonom fahrender Mobilitätssysteme könnte perspektivisch sinnvoll sein, um den vielfach als hoch eingeschätzten Beitrag für die Organisation der Erreichbarkeit der Alltagsversorgung in der Fläche in einer systematischen Studie besser abschätzen zu können.

Die zweite Erweiterung um die tatsächlichen Benutzungsmuster und Alltagsroutinen ist hingegen als wesentlich aufwändiger einzuschätzen. Benötigte Datengrundlagen, wie individuelle Bewegungsdaten die im Mobilfunk anfallen, sind bislang nur bis zu einem begrenzten Auflösungsgrad verfügbar. Die Nutzbarkeit dieser neuen Datengrundlagen wird in der Forschung gerade erst beleuchtet (Schmidt & Männel 2017). Dennoch wären gerade in Hinblick auf die alltägliche Versorgung Informationen zu täglichen Wegeroutinen äußerst wertvoll, um Szenarien zu Standort- und Mobilitätsoptimierung im ländlichen Raum durchzuführen.

In Bezug auf die anwendungsorientierte Verwendung der Ergebnisse bzw. der Methodik sei zuletzt darauf hingewiesen, dass eine Analyse (egal welchen Detailgrads) weder Konzeption, Planung oder Entwurf tragfähiger Systeme ersetzen kann. Ein klares Bild der Ist-Situation trägt zwar dazu bei, dass eine objektive Planungsgrundlage besteht, am Ende müssen die Daten jedoch interpretiert und in eine Konzeption übersetzt werden. Der konzipierende Teil der Studie (Kapitel 4) gibt einen ersten Ausblick auf Handlungsempfehlungen. Eine weiterführende Konzeption von Ansätzen und die Entwicklung von Werkzeugen für die Planungspraxis in ländlichen Räumen wurden im Rahmen der Studie jedoch nicht fokussiert. Dieser nächste Schritt ist jedoch weiterführend zwingend notwendig. Die Verfasser hoffen mit der Erarbeitung von neuem Wissen zum ländlichen Raum und der Struktur der Alltagsversorgung hierzu einen Beitrag geleistet zu haben und damit Impulse für die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Räumen Bayerns gesetzt zu haben.

6

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ALE / ÄLE	Amt / Ämter für Ländliche Entwicklung
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BZA	Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung am ALE Oberbayern
EW	Einwohner
FüAK	Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ILE	Integrierte Ländliche Entwicklung
ILEK	Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
Kita	Kindertagesbetreuung
KVB	Kassenärztliche Vereinigung Bayerns
LEADER	„Liaison entre actions de développement rural“, akteursorientierter Ansatz im Rahmen der ländlichen Entwicklungspolitik der Europäischen Union
LEH	Lebensmitteleinzelhandel
MIV	Motorisierter Individualverkehr
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr

Abbildungsverzeichnis

Abb. 01 Projektablauf: Zwei ergänzende Bausteine	9
Abb. 02 Raumstruktur in Bayern: Unterschiede in Siedlungsstruktur und Einwohnerdichte	15
Abb. 03 Methodik: Exemplarische Darstellung des Vorgehens	19
Abb. 04 Welche Gebiete sind im 3 km Radius versorgt?	23
Abb. 05 Welche Muster sind in der räumlichen Struktur des Lebensmitteleinzelhandels zu finden?	25
Abb. 06 In welchen Gemeinden entsteht der größte Anteil der Unterversorgung?	27
Abb. 07 Welchen Einfluss hat die kleinräumige Lage auf die fußläufige Erreichbarkeit?	29
Abb. 08 Ab welcher Größe haben Ortsteile einen Versorgungsstandort?	31
Abb. 09 Welche Relevanz hat die Größe von Ortsteilen in verschiedenen Siedlungsstrukturen?	31
Abb. 10 Wie wird in verschiedenen Angebotsbereichen die Versorgung in der Fläche erreicht?	33
Abb. 11 Welche Anbieter versorgen kleine Orte im ländlichen Raum?	34
Abb. 12 Wie hat sich die Zahl der Einwohner, die innerhalb von 3 km keinen LEH erreichen, seit 2005 entwickelt?	35
Abb. 13 Sind Gemeinden mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung besser versorgt?	37
Abb. 14 Auswahl der Vertiefungsräume auf Basis der räumlich strukturellen Untersuchung	39
Abb. 15 Rücklauf aus den befragten Kommunen	41
Abb. 16 Wie wird die Qualität der Alltagsversorgung in der Kommune eingeschätzt?	42
Abb. 17 Wie wird die Qualität der Alltagsversorgung im Kernort der Kommune für verschiedene Angebotsbereiche eingeschätzt?	43
Abb. 18 Wird in der Kommune eine Unterversorgung in Teilräumen wahrgenommen?	45
Abb. 19 Wird im Kernort der Kommune Unterversorgung wahrgenommen?	45
Abb. 20 Gab es Schließungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?	45
Abb. 21 Gab es Neuansiedlungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?	46

Abb. 22 Gab es Konkurrenzen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren?	47
Abb. 23 Gab es Standortverlagerungen von Versorgungseinrichtungen, Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsangeboten in den letzten 10 Jahren über Grenzen der Kommune hinweg?	47
Abb. 24 Wie langfristig sind Versorgungseinrichtungen im Kernort der Kommune gesichert?	49
Abb. 25 Ist der Zugang zu ÖPNV-Angeboten sichergestellt?	49
Abb. 26 Ist der Zugang zur Alltagsversorgung ohne die Nutzung eines PKWs möglich?	49
Abb. 27 Anzahl Versorgungsstandorte Anzahl Einwohner, die in 3 km Luftlinie keinen Standort erreichen	50
Abb. 28 Wo sind in den verschiedenen Angebotsbereichen die meisten Einwohner über drei Kilometer vom nächsten Angebotsstandort entfernt?	51
Abb. 29 Wie langfristig ist die Kinderbetreuung im Kernort der Kommune gesichert?	53
Abb. 30 Wie wird die Qualität der Kinderbetreuung im Kernort und in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnerinnen und Einwohnern eingeschätzt?	53
Abb. 31 Gibt es interkommunale Kooperation im Bereich Kinderbetreuung?	53
Abb. 32 Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Kita Standort?	55
Abb. 33 Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Grundschulstandort?	57
Abb. 34 Wie langfristig ist die hausärztliche Versorgung im Kernort der Kommune gesichert?	59
Abb. 35 Wie wird die Qualität der hausärztlichen Versorgung im Kernort und in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnerinnen und Einwohnern eingeschätzt?	59
Abb. 36 Wo erreichen die meisten Einwohner innerhalb von drei Kilometern keinen Praxisstandort der hausärztlichen Versorgung?	61
Abb. 37 Wie langfristig sind Standorte des Lebensmitteleinzelhandels im Kernort der Kommune gesichert?	65
Abb. 38 Wie wird die Qualität des Lebensmitteleinzelhandels im Kernort und in größeren Ortsteilen mit min. 200 Einwohnerinnen und Einwohnern eingeschätzt?	65

Literaturverzeichnis

- Ahlmeyer, F., & Wittowsky, D. (2018). Was brauchen wir in ländlichen Räumen? Erreichbarkeitsmodellierung als strategischer Ansatz der regionalen Standort- und Verkehrsplanung. *Raumforschung und Raumordnung*, 76(6), 531-550. doi:10.1007/s13147-018-0558-8
- Bayerischer Landtag (2018). Bericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“. Drucksache 17/19700. URL: https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK_Lebensverhaeltnis_Abschlussbericht.pdf
- Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (2018): *Bedarfsplanung/Rechtsanspruch*. URL: <https://www.stmas.bayern.de/kinderbetreuung/einrichtungen/bedarfsplanung.php>, zuletzt aufgerufen am 04.03.2019.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2018): *Die Grundschule in Bayern. Wie funktioniert das Sprengelprinzip*. URL: <https://www.km.bayern.de/eltern/schularten/grundschule.html>, zuletzt aufgerufen am 14.11.2018.
- Bayerische Staatsregierung (2018): *Landesentwicklungsprogramm Bayern 2018*. URL: https://www.landesentwicklung-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesentwicklung/Dokumente_und_Cover/Instrumente/LEP_Lesefassung_2018/LEP_Stand_2018.pdf, zuletzt aufgerufen am 14.11.2018.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010). *Laufende Raumbeobachtung - Raumabgrenzungen*. URL: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/raumtypen2010_node.html, zuletzt aufgerufen am 28.06.2019
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015). *Indikatoren zur Nahversorgung: Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des erweiterten täglichen Bedarfs. BBSR-Analysen Kompakt, 10/2015*.
- BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017). *Raumordnungsbericht 2017: Daseinsvorsorge sichern*. Bonn.
- Bertelsmann Stiftung (2017). *Typ 5: Städte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen*. URL: wegweiser-kommune.de, zuletzt aufgerufen am 28.06.2019
- BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2010). *Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte: gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion*. BMVBS-Online-Publikation, 12/2010.
- BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013a). *Nahversorgung in ländlichen Räumen*. BMVBS-Online-Publikation, 02/2013.

- BMVBS Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013b). Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke: Programmstrategie zum Städtebauförderungsprogramm. Berlin.
- BMVI Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015). Sicherung der Daseinsvorsorge durch regionale Abstimmung von ÖPNV- und Versorgungsstrategien. BMVI-Online-Publikation, 10/2015.
- BMVI Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016). Regionalstrategie Daseinsvorsorge: Leitfaden für die Praxis. Berlin.
- Bundesverwaltungsgericht (2005): Urteil vom 24.11.2005 – BverwG 4 C 10.04. URL: <https://www.bverwg.de/241105U4C10.04.0>, zuletzt aufgerufen am 14.11.2018.
- Dehne, P. (2013). Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen ist notwendig. In: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Ed.), Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck (pp. 6-8). Bonn.
- Einig, K. (2008). Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. Informationen zur Raumentwicklung, 1/2. 2008, 17-40.
- Holz-Rau, C., Günthner, S., & Krummheuer, F. (2010). Daseinsvorsorge ist keine Dortseinsvorsorge: Hinweise zur Planung in dünn besiedelten Räumen. Informationen zur Raumentwicklung (7).
- ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (2018). Daseinsvorsorgeatlas in der Region Göttingen. Dortmund.
- Jud, Michaela (2016): Schulsprengel Bayern. Ein Beispiel für ein gelungenes GDI-Projekt. In: DVW Bayern e.V. Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement. Mitteilungen. 68 (2), . 109 – 121. URL: <http://www.dvw.de/sites/default/files/landesverband/bayern/anhang/beitragkontext/2016/jud.pdf>, zuletzt aufgerufen am 14.11.2018.
- Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (2016): Bedarfsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Stand 1. Dezember 2016. URL: <https://www.kvb.de/fileadmin/kvb/dokumente/Praxis/Bedarfsplanung/KVB-Bedarfsplan.pdf>, zuletzt aufgerufen am 14.11.2018.
- Koppers, L., Miosga, M., Sträter, D., & Höcht, V. (2018). Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.
- Michaeli, M., Ehrhardt, D., Miosga, M., & Boß, D. (2018). Stadt und Land Partnerschaften – Alltagsversorgung im ländlichen Raum: Zwischenbericht 1. Unveröffentlicht.

- Michaeli, M., Kiehlbrei, N., Westner, A., de Vries, W., Büchs, S., & Magel, H. (2016). Die Rolle der ILE in der räumlichen Entwicklung. München: Fakultät für Architektur der TU München; Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land; Michaeli, Mark; Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung, de Vries, Walter; Magel, Holger.
- Miosga, M. (2015). Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen!. München: BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Neumeier, S. (2013). Modellierung der Erreichbarkeit öffentlicher Apotheken: Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung. Thünen Working Paper 14.
- Neumeier, S. (2014). Modellierung der Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung. Thünen Working Paper 16.
- Schmidt, A., & Männel, T. (2017). Potenzialanalyse zur Mobilfunkdatennutzung in der Verkehrsplanung. Fraunhofer IAO. URL: <http://www.iao.fraunhofer.de/lang-de/images/iao-news/telefonica-studie.pdf>, zuletzt aufgerufen am 11.11.2019.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2018): Vorgaben für die Klassenbildung Schuljahr 2018/2019. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Klassenbildung_2018.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.06.2019.
- Steinführer, A. (2015). Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. Raumforschung und Raumordnung, 73(1), 5-16. doi:10.1007/s13147-014-0318-3
- Steinführer, A., Küpper, P., & Tautz, A. (2012). Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden-Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Braunschweig.
- Wittmer, A., & Linden, E. (2017). Zukunft Mobilität: Gigatrend Digitalisierung. Universität St. Gallen. URL: https://cfac.unisg.ch/-/media/dateien/instituteundcenters/cfac/mobilit-2040_gigatrend-digitalisierung_a5_final.pdf, zuletzt aufgerufen am 11.11.2019.

Verwendete Datensätze

Standortdaten Lebensmitteleinzelhandel

Der Datensatz zum Lebensmitteleinzelhandel stammt vom Datenanbieter The Nielsen Company (Germany) GmbH und bildet den Stand 12/2017 ab. Der Datensatz enthält SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Discounter, große Supermärkte (800-1.499 m² Verkaufsfläche), Supermärkte (400-799 m²) und kleine Supermärkte (unter 400 m² Fläche). Erfasst sind sowohl inhabergeführte Läden, als auch Systemanbieter. Insgesamt sind damit ca. 5.800 Standorte in Bayern im Forschungsprojekt erfasst.

Standortdaten hausärztliche Versorgung

Der Datensatz zur hausärztlichen Versorgung wurde von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns zur Verfügung und bildet den Stand 10/2017 ab. Abgebildet werden Praxisstandorte von Vertragsärzten die der Fachgruppe der „Haus- und/oder kinderärztliche Versorgung“ zuzuordnen sind. Als Praxisstandort werden Einzelpraxen, Gemeinschaftspraxen, Medizinische Versorgungszentren sowie Filialen definiert. Praxen mit eingeschränktem Leistungsspektrum werden für die Untersuchung nicht berücksichtigt. Nach diesen Eingrenzungen wird für die vorliegende Untersuchung mit einem Datensatz von ca. 6.600 Standorten gearbeitet.

Standortdaten Grundschulen

Der Datensatz zu den Grundschulen stammt vom Bayerischen Landesamt für Statistik und bildet den Stand 10/2015 ab. Das Verzeichnis basiert auf dem vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gepflegten Adressbestand der Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen für das Schuljahr 2015/16 (Stand: 1. Oktober 2015). Für die Untersuchung wurden die ca. 2.400 Grundschulstandorte in Bayern herangezogen.

Standortdaten Kindertagesbetreuung

Der Datensatz zu Kindertageseinrichtungen stammt vom Bayerischen Landesamt für Statistik und bildet den Stand 03/2016 ab. Berücksichtigt werden sowohl Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft, als auch private Träger wie z.B. die katholische und evangelische Kirche, die Arbeiterwohlfahrt oder das Bayerische Rote Kreuz. Das Verzeichnis umfasst allerdings nur Kindertageseinrichtungen, die der Veröffentlichung ihrer Daten zugestimmt haben. Es ist daher davon auszugehen, dass es in Realität etwas mehr als die in der vorliegenden Studie berücksichtigten Standorte (ca. 8.600) vorhanden sind.

Als Kindertageseinrichtungen werden laut Datensatz außerschulische Tageseinrichtungen zur regelmäßigen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern definiert. Darunter fallen Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder. Kinderkrippen sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Kinder unter drei Jahren richtet, Kindergärten sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung richtet, Horte sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich überwiegend an Schulkinder richtet und Häuser für Kinder sind Kindertageseinrichtungen, deren Angebot sich an Kinder verschiedener Altersgruppen richtet.

**Alltagsversorgung im ländlichen Raum –
Schlussbericht zum Projekt Stadt und Land Partnerschaften
©2020**

**Technische Universität München
Arcisstrasse 21
D-80333 München**

**sustainable urbanism
Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land**

**Prof. Dipl. Arch. ETH Mark Michaeli
Tel +49 89 289 22486
michaeli@tum.de
www.ar.tum.de/land/**

**Denise Ehrhardt, M.Sc.
Projektleitung
Tel +49 89 289 25014
denise.ehrhardt@tum.de**

**Universität Bayreuth
Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung**

**Prof. Dr. Manfred Miosga
Tel +49 921 55 2280
manfred.miosga@uni-bayreuth.de
www.stadtregion.uni-bayreuth.de**

**Daniela Boß, M.Sc. Geogr.
Tel +49 921 55 4695
daniela.boss@uni-bayreuth.de**

